

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: halbjährlich 3,30 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Verzeichnisse für 1906 unter Nr. 8203. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Russland 2 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonnenzeile oder deren Raum 40 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf. (mit das erste Wort frei). Insetze für die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphisch: „Socialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Wittwoch, den 12. August 1903.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Zur Lage der preussischen Bergarbeiter.

Zur Beurteilung der Ursachen, aus denen sich die großen Erregungen unter den preussischen Bergarbeitern, insbesondere im Ruhrrevier herleiten, bieten auch die amtlichen Berichte der Berginspektoren für das Jahr 1902 einiges recht beträchtliches Material.

Nur wenige dieser Berichte, wie die der Bergreviere Kassel und Goslar wissen zu melden, daß die Löhne sich annähernd auf der alten Höhe hielten. Wo dies der Fall, ward es erreicht durch vermehrte Arbeitsleistung bei verminderter Kopfzahl. So sagt unter anderem der Bericht von Kassel: „Die gedrückte Geschäftslage... hat eine Herabminderung der Löhne nicht mit sich gebracht. Der Ausgleich ist durch erhöhte Arbeitsleistung des einzelnen Arbeiters entstanden, wie daraus hervorgeht, daß in den letzten acht Monaten des Berichtsjahres trotz geringerer Kopfzahl der Belegschaft gleiche und größere Förderziffern erreicht sind wie im Vorjahre.“ Das aber sind die Ausnahmefälle. Die weitaus überwiegende Anzahl der Berichte der Bergreviere muß ganz erhebliche Lohnminderungen trotz zahlreicher Feiertage und Herabsetzung der Belegschaften konstatieren.

Wir können im Folgenden nicht alle Thatsachen dieser Art berücksichtigen. Wir werden nur einige der markantesten verzeichnen. So gingen im Bergrevier Jahze die Durchschnitts-Schichtlöhne der Dauer von 4,75 M. in 1901 auf 4,40 M. in 1902 zurück. Auf den Steinkohlenbergwerken des Bergreviers Ost-Beuthen betrug der reine Jahreslohn eines Arbeiters im Durchschnitt 815 M., auf den Erzbergwerken 628 M. gegen 898 M. und 629 M. im Vorjahre. Daneben kamen noch die Prämien in Höhe von 10 Proz. des verdienten Lohnes, welche früher für regelmäßiges Anfahren gewährt worden waren, durchweg in Wegfall. Im Bergrevier Königshütte erfuhr die Löhne gegen das Vorjahr im Durchschnitt eine Abnahme von 8 Proz., „weil wohl auf allen Werken Feiertage eingelegt werden mußten“. In Süd-Rattowitz ging der Jahres-Durchschnittslohn der Belegschaft von 817 M. auf 762 M. zurück. Auch für Nord-Rattowitz wird eine „empfindliche Einbuße“, ein Zurückgehen des Jahres-Durchschnittslohnes auf den Kopf der Belegschaft um 2,9 Proz. von 964 M. auf 936 M. festgestellt. Im Bezirk Ost-Waldenburg fiel der Schichtlohn der Belegschaft von 2,86 M. auf 2,70 M., also um 16 Pf., während er im Vorjahre nur um 6 Pf. zurückgegangen war. „Prägt sich die Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse“, sagt der betreffende Bericht hinzu, „schon in dem Rückgang der Schichtlöhne aus, so tritt diese im Gesamtverdienst eines Arbeiters noch mehr in die Erscheinung, da im Berichtsjahre durchschnittlich zehn Schichten weniger als im Vorjahre verfahren worden sind.“ In West-Waldenburg fiel der Durchschnittslohn der Belegschaft von 2,95 M. auf 2,75 M. Dem Vorkurs des amtlichen Berichtes zufolge „weisen die Zahlen des Berichtsjahres ein wesentlich ungünstigeres Resultat auf als die des Vorjahres, eine Folge der durch den gedrückten Geschäftsgang bedingten Lohnherabsetzungen, zum Teil auch der Verminderung der durchschnittlichen Leistungen, die für den Kopf der Belegschaft im Jahre 1901 — 183 Tonnen, im Berichtsjahre hingegen nur 176 Tonnen Kohlen betragen hat“. Auch der Böttcher Bericht stellt für den Braunkohlen-, Salz- und Erzbergbau einen Rückgang der Löhne gegenüber dem Vorjahre um 3—4 Proz. fest.

In dem Vorstehenden haben wir nur Zahlen aus dem Ober-Bergamtsbezirk Breslau mitgeteilt, wo, wie besonders hervorzuhellen ist, die Gesamtbelegschaft gegenüber 1901 eine wesentliche Erhöhung erfahren hat. Aus allen übrigen Revieren lauten die Berichte durchweg noch ungünstiger. So hat im Bergrevier Weisensfeld „die bereits im Vorjahre bestandene ungünstige Lage der Braunkohlen-Industrie auch im Lauf des Jahres 1902 keine Besserung erfahren. Zwar haben die größeren Werke Arbeiterentlassungen in weiterem Umfang nicht eintreten lassen, doch mußte zeitweise die Schichtdauer gekürzt werden... Die auf den Tag und die ganze Belegschaft berechneten Löhne der Arbeiter fast aller Klassen auf den Braunkohlenwerken sind im Durchschnitt um etwa 5 Proz. zurückgegangen“, der Durchschnitts-Jahresverdienst von 957 auf 908 M. gefallen. Auch für die übrigen Bezirke und Reviere des sächsischen Bergbaus werden teilweise erhebliche Lohnkürzungen festgestellt, die durchweg „in den schlechten Absatzverhältnissen“ ihre Ursache haben. Dazu kam, daß, wie der Bericht für das Bergrevier Ost-Halle ausdrückt, Arbeiter überall reichlich vorhanden waren. „Das Angebot von Arbeitskräften war durchweg erheblich größer als der Bedarf. Arbeiterentlassungen haben auf fast allen Gruben stattgefunden...“ Im Revier Stolberg-Gisleben fiel der Durchschnittslohn der im Kupferschiefer-Bergbau beschäftigten 15 004 Arbeiter bei einer Gesamtbelegschaft von 15 549 Köpfen von 3,90 M. auf 2,94 M., also um volle 14 Proz. Im Bergrevier Osnabrück ging der Durchschnittslohn für unter Tage beschäftigte Arbeiter I. Klasse (Aus- und Vorrückung, Abbau und Förderung) von 2,98 M. in 1901 auf 2,64 M. zurück; für „das starke Sinken der Löhne“ macht der Bericht die „allgemeine schlechte Lage der Werke“ verantwortlich. Im Bergrevier Dortmund I mußten in der ersten Hälfte des Berichtsjahres nicht weniger als 185 Feiertage eingelegt werden. Nach einer dem Bericht für Dortmund II beigefügten Lohnabelle des Bergmeisters Köhler waren die Löhne gerade der unter Tage beschäftigten Arbeiter im dritten Quartal 1902 unter die des gleichen Quartals in 1899 erheblich heruntergegangen. Während der reine Vierteljahrsverdienst für das dritte Quartal 1899 für die Arbeiter der I. und II. Klasse 374 bezw. 251 M. betragen hatte, ergab er für die gleichen Monate des Jahres 1902 nur mehr 325 bezw. 240 M.; auf die Gesamtbelegschaft berechnet, reduzierte sich der Reinerwerb des dritten Quartals von durchschnittlich 316 M. auf durchschnittlich 281 M., also um 11,7 Proz. Gleiches muß der Bericht für das Revier Dort-

mund III feststellen. „Durch die ungünstige Lage des Kohlenmarktes, welche in den durch das Kohlenhandels beschlossenen Förderbeschränkungen ihren Ausdruck fand, sind die Rechen des Reviers allenthalben zu Betriebseinschränkungen gezwungen gewesen. Um Arbeiterentlassungen nach Möglichkeit vorzubeugen, sahen sich die Rechenverwaltungen zur Einlegung von Feiertagen gezwungen. So sind beispielsweise auf der Zeche Dorfeld 29, auf Zeche Germania 20, Zeche Zollern I 16 Feiertage im Lauf des Berichtsjahres eingelegt worden.“

Der Bericht für Herne stellt ein Sinken des Durchschnittslohnes von 6,7 Proz. fest, während die Arbeitsleistung für die Schicht von 0,84 Tonnen auf 0,859 Tonnen stieg. Im Bericht für Gelsenkirchen heißt es: „Die auch im Jahre 1902 noch anhaltende gedrückte Lage auf dem Kohlenmarkt hatte naturgemäß eine Verminderung des Abzuges und dementsprechend eine Einschränkung der Förderung zur Folge... Die Gesamtbelegschaft des Reviers fiel von 16 967 Mann im Jahre 1901 auf 15 851, d. i. um 6,58 Proz.“ „Der durchschnittliche Verdienst hat gegenüber den Vorjahren eine Abnahme von 6,16 Proz. erfahren.“ Dem Offener Bericht zufolge betrug „der Gesamtverdienst eines Arbeiters in den ersten drei Quartalen 871 M. gegen 954 M. in der gleichen Zeit des Vorjahres.“

Daneben ist selbstverständlich, daß im Berichtsjahre Ausstände kaum zu verzeichnen sind. Wo doch der eine oder andere partielle Streik ausbricht, geschieht dies, wenn auch erfolglos, um drohenden Lohnkürzungen vorzubeugen. Wie Krisen auf die Lebenshaltung und die Konsumfähigkeit der Arbeiter zu wirken pflegen, dafür bietet der Diezer Bericht einige bemerkenswerte Zahlen, wonach der letztjährige Warenumsatz sich in den Konsumvereinen zu Ems von 340 143 M. auf 299 800 M., und zu Friedrichsberg von 68 378 M. auf 62 967 M. vermindert hat.

Ueber den Stand der Bournkrankheit im Ruhrrevier und die Maßnahmen, die man in der Bekämpfung dieses Leidens gegen die desselben verdächtigen Arbeiter beliebt, ist von uns bereits das Nötige gesagt worden. Aus den Berichten der Bergreviere mag nur hervorgehoben sein, daß man in einer halbprozentigen Karbollsäure ein Mittel zur Vernichtung des Bourns gefunden zu haben glaubt; „es besteht die Absicht, auf der Zeche „Graf Schwerin“ in größerem Umfang die Versuche derartig durchzuführen, daß die Grubenräume mit einer halbprozentigen Karbollsäure besprengt werden, welche aus einem besonderen Bassin durch die vorhandene Veriefelungsleitung den Bauen zugeführt wird.“

Nachdem in den letzten Monaten insbesondere der Kohlenmarkt eine gewisse Belebung erfahren hat, darf man als gewiß annehmen, daß das Bild, wie es uns die preussischen Bergreviere von der Lage der Bergarbeiter entworfen, nicht in allen seinen Einzelheiten mehr zutrifft. Immerhin bildet das Beringe, das sich aus diesen amtlichen Berichten entnehmen läßt, ein wertvolles und unüberlegliches Material, um die Kräfte in ihren verheerenden Wirkungen auf einen der wichtigsten und zahlreichsten deutschen Arbeiterzweige erkennen zu lassen und um die Ursache der jetzigen Erregung unter der Bergarbeiterchaft zu erkennen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 11. August.

Das gesegnete Hochwasser.

Rehntausende Menschen in Oberschlesien leiden unsäglich unter den Folgen der Hochwasser-Katastrophe und der Verschärfung der preussischen Regierungsgewalt. Mancher beklagt nahe Verwandte, die im Strudel der Wasser den Tod fanden, zahlreiche sehen ihre Habe vernichtet und harren der Hilfe noch in bangem Zweifel, ob sie schnell genug und hinreichend gebracht werde.

Inmitten all dieser trüben Not hat das ewig gültige Gesetz doch auch Erfreuliches gesendet, es bewährt sich das schale Philisterrwort, daß jedes Uebel auch seine guten Seiten habe. Die Klopffechter des Monarchismus und Byzantinismus haben den beglückenden Segen der verheerenden Ueberschwemmung erblüht.

Die Kaiserin hatte sich entschlossen, das Ueberschwemmungsgebiet zu besuchen, und in einem Hofzug von sechs Salonwagen fährt sie durch das schlesische Land. Die Absicht und das Thun der Kaiserin ist verständlich. Sie wünscht Kenntnis der schlesischen Zustände zu gewinnen wie mancher andre daselbe wünscht und daselbe ausführen würde, wenn er die Mittel dazu hätte und wenn er in der Lage wäre, hier und da selbst mit einigen Geldgaben unmittelbar einzugreifen.

Diese unaufrichtige Absicht der Kaiserin, die angeht die Furchtbarkeiten der Hochwasserwirkungen und der politischen Fragen, die sich daran knüpfen, anscheinend geringen Anlaß zu weiteren Betrachtungen giebt, wird in der gesamten Presse des jüngerlichen und bürgerlichen Byzantinismus zu einer außerordentlichen Angelegenheit emporgehoben. Dieser vor keiner Gefinnungslosigkeit scheuenden Presse gedeiht das schlesische Unglück zu einem — Triumphzug der Monarchie!

Es tritt in jener Presse eine hoch gesteigerte Kunst zu Tage, auch diesen erschütternden Anlaß zu monarchistischen Verherrlichungen zu nützen. Von den Rednern, die der Schlamm der Hochflut vernichtet und auf denen nicht bald ein Halm wieder wächst, steigt empor der Huldigungschorus für das Hohenzollernhaus.

Ein Beispiel möge ein Auszug des Berichtes bieten, den die „Kreuzzeitung“ aus dem Ueberschwemmungsgebiet veröffentlicht:

„Der hochherzige Entschluß Ihrer Maj. der Kaiserin, die durch die Hochwasserkatastrophe der Julitage besonders hart betroffenen Bevölkerung der Kreise Reize und Reustadt O.-S. ihre und Sr. Maj. des Kaisers innige Teilnahme an der schweren Heimtückung zum Ausdruck zu bringen, den beklümmerten Herzen zu betragen, daß unser erlauchtes Herrscherpaar getreu den Traditionen

des Hohenzollernhauses gerade in den Zeiten der Not und der Prüfung mit seinem Troste, seiner Liebe und seiner Hilfsbereitschaft den Landeskindern nahe sein will. Diese rechte und echte Hohenzollernart weckte überall lebhafteste Freude, erfüllte die Wutlosen mit neuer Hoffnung, gab dem ganzen Lande die Gewißheit, daß es an einer wirksamen und ausgiebigen Staatshilfe nicht fehlen werde.“

Nachdem Ihre Majestät gestern den hübschen Landsitz Rabinen verlassen, traf sie nach ununterbrochener Fahrt heute morgen acht Uhr mittels Sonderzuges auf Bahnhof Ziegenhals ein. Hier hatte sich zum Empfange der Präsident der Bezirksregierung zu Duppeln Holz und der Landrat des Kreises Reize, Igl. Kammerherr v. Jerin-Gesetz eingefunden. Nach kurzer Begrüßung begab sich Ihre Majestät, in deren Begleitung sich die Hofdame Gräfin Keller und der Vice-Oberceremonienmeister und Kammerherr vom Dienst Ihrer Majestät der Kaiserin von dem Kneesebeck befanden, durch die Straßen der Stadt nach der von den Truppen des Pionier-Bataillons Nr. 6 unter Leitung des Hauptmanns und Compagniechefs Ehlmann im Zuge der Freitvaldbauerstraße erbauten Hofbrücke. Hier hatten sich die Mitglieder der städtischen Körperschaften versammelt, an deren Spitze begrüßte der Bürgermeister von Ziegenhals Ihre Majestät namens der Stadt, gedachte der schweren Heimtückung, die Ziegenhals betroffen und sprach den innigen Dank der Bürgerchaft für die durch den hohen Besuch der Stadt und ihren Bewohnern erwiesene Teilnahme aus. Ihre Majestät gab zu erkennen, daß es ihr Bedürfnis gewesen sei, sich von der Lage im Ueberschwemmungsgebiet persönlich zu unterrichten. Sodann nahm die Kaiserin die Meldung des Majors und Kommandeurs des schlesischen Pionier-Bataillons Nr. 6 Drume entgegen. Weiterhin begrüßte die erlauchte Frau den Erzpriester, Stadtpfarrer Dietrich in überaus liebenswürdiger Weise und zog dann mit der ihr eignen Leutseligkeit den Pastor Wendel in ein längeres Gespräch. Sie erinnerte daran, daß „es wohl lange und schwere Stunden gewesen seien“, die Ziegenhals erlebt habe, und daß es lange dauern werde, bis Ziegenhals die Schädigungen werde überwunden haben. Dann nahm Ihre Majestät die Vorstellung der Amts- und Gemeindevorsteher aus den betroffenen Ortshäusern, und zwar des Amtsvorstehers May und des Ortsvorstehers Teuber aus Deutsch-Wette, sowie des Amtsvorstehers Mählisch und des Gemeindevorstehers Kirchner aus Schönwalde entgegen und unterließ sich in herzlicher Teilnahme mit dem Arbeiter Berg aus Deutsch-Wette, dessen Frau und Entelkind in den Hochwasserfluten den Tod gefunden haben. Weiterhin ließ sich die Kaiserin von den geschädigten Besitzern, dem Fabrikbesitzer Handfchel aus Deutsch-Wette sowie dem Fabrikbesitzer Methner in Ziegenhals über die entstandenen Schäden berichten. Hieran zog die hohe Frau noch den Hauptmann und Compagniechef Ehlmann in ein kurzes Gespräch, in dem sie der militärischen Hilfe anerkennend gedachte. Während des längeren Verweilens begrüßte Ihre Majestät ferner die Mitglieder der städtischen Körperschaften und unterließ sich besonders mit dem hochbetagten Stadtverordneten Josef Vietsch, einem der ältesten Bürger der Stadt, längere Zeit. Inzwischen trat der Sängerkorps des Igl. katholischen Lehrerseminars hervor und brachte unter Leitung des Musiklehrers Esburg eine Hymne „Gott grüße Dich, Kaiserin“ zum Vortrag. Die Kaiserin dankte huldvoll den Sängern wie dem Dirigenten und verabschiedete sich nach einigen Fragen von dem letzteren, indem sie ihm die Hand reichte. Ehe die Kaiserin wieder den Wagen bestieg, wandte sie sich einem im Spalier stehenden alten, barschigen Wälterlein zu, richtete einige Fragen an sie und drückte ihr freundlich die Hand.

Unter den jubelnden Gekrüften der unabsehbaren Menge begab sich hierauf Ihre Majestät mit den Damen und Herren ihres Gefolges nach dem etwa eine Stunde entfernten, vom Hochwasser fürchtbar verödeten Arnoldsdorf. Auf dem Wege dorthin fand die hohe Frau überall rührende Beweise der treuen Liebe der Schlesier zu ihrem Kaiserhause. Die Bewohner der Ortshäusern hatten es sich nicht nehmen lassen, ihre Häuser und Häuschen mit allerhand Fähnchen, Schleißen, Kaiserbildern, Kränzen, Tannenzweigen auszurüsten, und so schmücklich auch die Veranstaltung des allerhöchsten Besuches war, es mußte doch jedes patriotische Gemüt lebhaft erstreuen, zu sehen, wie in der kleinste und ärmlichsten Hütte getreuer worden war, dem dankbaren Empfinden ihrer Bewohner auch äußerlich in wenn auch schlechter, so doch wahrhaft herzlichem Art Ausdruck zu verleihen.

In Dürcklungsdorf erwartete die Kaiserin eine besondere und himmlische Ueberraschung: hier begrüßten eine Anzahl frischer amuttiger Mädchen und etliche junge Frauen in alt-schlesischer, ungemein gefälliger Bauertracht die Kaiserin, die, als sie die Gruppe gewahrte, sofort halten ließ und in leutseligster Weise einen poetischen Gruß entgegennahm, dem Fräulein Martha Vietsch, eine Tochter des Fabrikbesizers Vietsch, darbot. Bei dem ins Gespräch gezogenen Fabrikbesitzer Vietsch erkundigte sich Ihre Majestät danach, ob die Mädchen stets in schlesischer Bauertracht gingen, was dieser für einen Teil zusagen konnte, gab alsdann ihrer besonderen Freude über die Huldigung Ausdruck und bat, den Teilnehmern an der Gruppe ihren Dank zu übermitteln...“

In dieser Art geht die Schilderung der Reize der Kaiserin weiter, um schließlich in diesen Hymnen zu münden:

„So schwer auch das Landesmütterliche Herz unsrer Kaiserin von all den trüben Bildern, die hier unaufhörlich an ihrem Auge vorüberzogen, mag verwundet worden sein, es muß ihr aber bei alledem wohlgethan haben, auf Schritt und Tritt im Volke der wahrhaft innigen Liebe und Treue zum Kaiserhause zu begegnen. Der Gnadenbeweis, den die Kaiserin der Provinz Schlesien gegeben hat, zeigt aufs neue, wie unzertrennlich unser erhabenes Hohenzollernhaus mit seinem Volke verbunden ist.“

In solchen Vergleichen der Untertänigkeit arbeiten zahlreiche Wälter, der Besuch der Kaiserin wird zum Ereignis. Und doch wissen all diese byzantinisch Schwelgenden, daß eine einzelne Frau, die das Ueberschwemmungsgebiet bereist, weder die Verschärfung der Gesetzgebung zu ändern, noch die Not durch ihre Anwesenheit zu lindern vermag. Man duldet nicht, daß die Kaiserin in stiller Betrachtung die furchtbare Menschennot sieht und mitteilend sich den Leidenden nahe fühlt, man mißbraucht das menschliche Mitgefühl zu einer lärmenden Demonstration.

Das natürliche Empfinden des Volkes wendet sich voll Ekel von dieser widerwärtigen Ausbeutung menschlicher Not zu monarchistischen Qualifikationen!

Vielleicht beschäftigt sich der Kronrat der preussischen Minister, der am Donnerstag unter Vorsitz des Kaisers stattfinden soll, mit der Frage, wie der Uberschwemmung der Monarchie durch die Schlammflut des Byzantinismus einigermaßen vorgebeugt werden kann.

Wahlparole.

Wahlparole! so rufen die Konservativen der Regierung auch jetzt zu den Landtagswahlen wieder ebenso eifrig zu, wie zu den Reichstagswahlen. Und „Wahlparole!“ antworten nun auch die Liberalen. Auch ihnen soll die Regierung eine Wahlparole geben. Die „Berliner Zeitung“ erhebt diesen Ruf als Antwort auf die konservativen Rufe. Es soll allerdings einen andern Zweck haben. Klar sehen wollen die Liberalen, was von der Regierung zu erwarten sei, auf daß sie ihre Wahlvorbereitungen treffen könnten. Was die „Berliner Zeitung“ sonst zur Begründung ihres Verlangens sagt, scheint uns wirklich das Bedürfnis nach Klarheit bei den Liberalen ebenso zu rechtfertigen, wie das gleichfalls ausgesprochene Verlangen der Minderheit durch die Regierung. Dies sei citiert:

„Andererseits würde es für die Wahlen von großer Wichtigkeit sein, die Stellung der Regierung zu kennen gegenüber dem als sicher anzusehenden Unternehmen der Konservativen und der Centrumspartei zur Befriedung Preußens mit einem Schulgesetz von der Art des Jellischen. Daß ein solcher Versuch gemacht werden wird, und daß ihm, wenn es bei den jetzigen Mehrheitsverhältnissen des Abgeordnetenhauses auch in Zukunft verbleibt, voller parlamentarischer Erfolg beschieden wäre, das ist ganz zweifellos. Nun kommt aber die interessante Frage, was die Regierung zu diesem Unternehmen sagen würde. Der „getreue Eckart“, Großherzog Friedrich von Baden, hat wohl in Berlin Potsdam nicht mehr den Einfluß, der ihn zum zweitenmal zum Retter Preußens vor einem solchen Verhängnis machen könnte. Wie steht die Regierung zu dem Vorschlag? Will sie überhaupt es bei dem, von einzelnen wirtschaftspolitischen Richtern abgesehen, tiefdunklen Wüde der inneren Politik Preußens bewenden lassen oder am Ende gar die Reaktion, die Brentano kürzlich „die große Gefahr für die Zukunft des deutschen Volkes“ genannt hat, noch steigern und verschärfen?“

Die Blindwilligkeit der Liberalen von der Minderheitsgruppe ist anerkennenswert. Die liberale Partei von der Socialdemokratie bis zum Großherzog von Baden wäre wirklich groß. Nüchtern für den „liberalen Gedanken“ und nüchtern für die freiheitliche Entwicklung des deutschen Volkes und speziell der preussischen Verhältnisse schien es uns jedoch, wenn das liberale Bürgertum aus eigener Kraft, ohne die kindlichen Hoffnungen auf den getreuen Eckart aus dem Rasterlande, sich zu einer ernsten Politik und zu rückhaltlosem Kampfe gegen die Reaktion aufraffte. Minderheit durch die Regierung — die Liberalen müssen ja wissen, ob sie der Minderheit so bedürftig sind; wer jedoch den Drachen Reaktion bekämpfen und das Volk von der agrarischen Gefahr befreien will, der muß allein Minderheitspolitik im Volke selber suchen. Die Stellung der Regierung zur preussischen Junkerreaktion kennt man ausreichend und die Reaktion ist eine so handgreifliche Thatsache, daß man ihr gegenüber die denkbar klarste Stellung schon jetzt nehmen kann — wenn man den Mut dazu hat. Die Regierung würde sich auch mit einem wirklich liberalen Bürgertum abfinden, aber sie denkt nicht daran, ihm den Rücken zu stärken. Im Volke aber verbessern die Liberalen ihre Stellung wahrlich nicht durch Anrufen der Regierung oder etwelcher getreuer Eckarte der liberalen Sage.

Deutsches Reich.

Die Bewegung der Ruhr-Bergleute kam am Sonntag in einer größeren Anzahl Versammlungen zum Ausdruck, die an verschiedenen Orten des Reviers stattfanden. Von den Rednern wurde auf die steigende Erregung der Arbeiter hingewiesen, die auf die Behandlung der 50 000 wurmkranken Bergleute und auf das immer ärger werdende Wagnis zurückzuführen sei. Die Führer mahnten zwar zur Ruhe, aber wenn die Behördenverwaltung nicht einlenken, dann könne es leicht gegen den Willen der Organisationen zum Streik kommen. Dann aber würden die Bergarbeiter solidarisch zusammenstehen.

Es scheint, daß die Grubenarbeiter doch einlenken wollen. Zu dem gestern schon gemeldeten Beschluß des Vereins für bergbauliche Interessen, die Zahlung des vollen Schichtlohnes an Wurmkranken zu empfehlen, dem einige Zechen schon nachgegeben sind, melden heute bürgerliche Blätter:

„Infolge der großen Erregung unter den Bergarbeitern über das Wagnis lenken die meisten Zechen ein, indem sie das Ruhen bedeutend einschränken. Einige Gruben wollen auch die Kontrolle des Ruheens den Arbeitern auf deren Kosten gestatten. Die Bergbehörde macht ihren Einfluß dabei geltend.“

Es dauert immer sehr lange, bis den kapitalgehaltigen das elementare Pflichtgefühl kommt, und es bedarf dazu erst der energischsten Regungen der Arbeitererschaft. Hoffentlich bringt die starke Bewegung unter den Bergarbeitern ernstliche Abhilfe der offenbaren Mißstände.

Zu den sächsischen Landtagswahlen.

Aus Sachsen wird uns in Ergänzung unserer Mitteilungen über die dortige politische Situation geschrieben:

Den sächsischen Landtagswahlen bilden die Kartellparteien nicht so lange entgegen, wie den Reichstagswahlen. Noch besteht ja das „elendeste aller Wahlsysteme“, das Dreiklassen-Wahlsystem, das die große Mehrheit der Wähler brutal entrechtet und den Kapitalproben und Ausbeutern den Sieg sichert.

Aber es ist den Wahlrechtsräubern trotzdem nicht wohl ums Herz. Die Wucht des socialdemokratischen Sieges vom 15. Juni lastet schwer auf ihnen. Sie sind sich sehr gut bewußt, daß dieser Sieg das Ende ihrer Herrschaft bedeutet, die sie usurpatorisch nur mit Gewaltmitteln zu verlängern suchen. Denn das Gewächs der Kartellpresse über eine zu vollziehende Wahlrechtsreform hat den Zweck, die Gewaltthätigkeit der kapitalistischen Minderheit in milderen Tönen erscheinen zu lassen. Käme eine Wahlrechtsreform — woran wir jedoch stark zweifeln — dann als Farce. Höchstens zur gnadenvollen Ueberlassung einer möglichst niedrig abgegrenzten Zahl von Landtagsmandaten an die Socialdemokratie könnten sich die Nationalliberalen wie die Konservativen aufschwingen. Und doch hat die Socialdemokratie, wie uns durch die Reichstagswahlen betrieblen, die große Mehrheit der gesamten Bevölkerung Sachsens hinter sich. Eine so schätzbare Forderung des Wahlrechts könnte nicht als Reform bezeichnet werden und habe die begangene Ungerechtigkeit nicht auf. Ohne völlige Befreiung der 1896 verübten Wahlentrechtung wird dem Kampfe um Wahlrecht nicht das mindeste von seiner jetzigen Schärfe genommen.

Gewiß wird die Socialdemokratie immer agitieren für die Einführung des allgemeinen, direkten und geheimen Wahlrechts mit Proportionalverfahren. Aber man braucht nur an die Zeit ihrer Agitation vor der Wahlentrechtung zurückzudenken, um sofort zu erkennen, daß zwischen jener, wir möchten sagen herkömmlichen Agitation und dem Kampfe gegen die Schmälerung von Wollrechten, speziell gegen den Wahlrechtsraub ein großer Unterschied zu machen ist. Die Wahlrechtsräuber haben den Kampf provokiert, in dem sie jetzt die erste, schwere und entscheidende Niederlage erlitten haben. Das mindeste, was sie in aller Einfachheit thun könnten, wäre, zu sagen: Wir haben eingesehen, daß das Dreiklassen-Wahlsystem schädlich ist, gut, stellen wir darum vorerst den status quo ante wieder her, sagen wir, das Wahlrecht wieder ein, wie es bis 1896 bestand.

Die Socialdemokratie wird dann immer noch auf ihrer Forderung des gleichen, allgemeinen, direkten, geheimen Wahlrechts stehen bleiben, aber dem Kampfe ist der Stachel der Provokation genommen, der sich immer tiefer bohrt, je länger das Wahlrecht besteht.

Selbst bei der großen Wählerzahl, die die Socialdemokratie bei der Reichstagswahl erhielt, ist nicht daran zu denken, daß sie unter dem alten Landtags-Wahlrecht, das den Census einer direkten Staatssteuer von 3 M. voraussetzte, die Mehrheit der Mandate für die Zweite Kammer erränge. Darüber brauchen wir uns keinen Illusionen hinzugeben; höchstens 20 von 82 Mandaten wären uns sicher, mehr zu erringen, bereitete die Wahlkreiseinteilung und die Bestimmung über die relative Mehrheit.

Genug, die Situation ist verfahren, die Gegner zappeln in ihrer eignen Schlinge, möchten zwar gern heraus, wollen aber das von ihnen begangene Unrecht nicht ausbügeln und müssen darum so lange zappeln, bis sie verendet sind. Die Erregung des bittersten Unrechts durch ein geringeres Unrecht macht für sie die Sache nur noch schlimmer, denn dem Eingeständnis eines Unrechts muß seine Befreiung folgen, sonst ist das Eingeständnis nur als eine elende Heuchelei zu betrachten. Belieben die Wahlrechtler eine solche Pötte zu spielen, dann werden die Mühlen der Socialdemokratie noch schneller laufen. Es gäbe im Landtage wie im Lande eher keinen Augenblick Ruhe, bis das Unrecht getilgt ist.

Im Wahlkreise Dessau-Berth haben die Vertrauensmänner der freisinnigen Parteien jetzt ihren Kandidaten an Stelle des verstorbenen Richard Köpcke gefunden. Der bisherige Abgeordnete Karl Schrader, der bei der letzten Wahl in seinem Wahlkreise Landsberg-Soldin unterlag, ist außerloren.

Die Nationalliberalen haben die Absicht einer Kandidatur Wülfing fallen gelassen und beabsichtigen den Direktor der Dessauer Zuckerfabrik Kommerzienrat Burdenmeyer aufzustellen.

Für die Socialdemokratie landiert wieder unser Genosse Käppler. Die erste socialdemokratische Wählerversammlung findet bereits am Donnerstag und die erste Flugblattverbreitung am Sonntag statt. Die wünschlichen untern Genossen des ersten Anhaltischen Kreises besten Erfolg zu den Mähen, denen sie sich so schnell wieder unterziehen müssen.

Die nationalsoziale Anhängerschaft zaudert, den plötzlichen Auforderungen ihrer Führer zum Aufgehen in die freisinnige Vereinigung nachzukommen. In Göttingen wurde vor einigen Tagen eine ablehnende Resolution angenommen, und der Vorstand des nationalsozialen Ortsvereins für Jena und Umgegend stellt in einer von der „Thür. Rundsch.“, dem Organ des Herrn Damaschle, veröffentlichten längeren Erklärung die Forderung, es solle statt eines einfachen Aufgehens der Nationalsozialen in die freisinnige Vereinigung eine Verschmelzung beider zu einer Gruppe erfolgen, die einen neuen Namen anzunehmen habe, und zwar den Namen socialliberal. Demgemäß solle der bevorstehende Göttinger Parteitag klar aussprechen: „Wir verschmelzen mit der freisinnigen Vereinigung in eine neue Partei, die socialliberal genannt wird und die Hauptpunkte der beiderseitigen Programme vertritt. Die bisherigen liberalen Wahlvereine und die bisherigen nationalsozialen Ortsvereine nehmen die gleiche Bezeichnung „socialliberale Vereine“ an. Sollte die freisinnige Vereinigung auf diese Namensänderung nicht eingehen, so sei es besser, daß die Nationalsozialen bleiben, was sie sind, und unter der alten Fahne mit ihren bescheidenen Kräften dem Socialismus und dem Liberalismus zu dienen suchen, bis der Tag für die große deutsche Linie herindreht.“

Hinter dem Verlangen nach einem neuen Namen steckt die Empfindung, daß man nicht vor einer Partei kapitulieren will, die in vieler Hinsicht den bisherigen nationalsozialen Anschauungen fernsteht.

Es ist hierzu zu bemerken, daß auch in den freisinnigen Kreisen, und nicht nur in denen der freisinnigen Volkspartei, sondern auch in der freisinnigen Vereinigung vielfach gleichfalls der neue Bund mit den Raumannischen nicht geheuer scheint. Die „Vossische Ztg.“ leidet bereits eine ganze Anzahl Artikel, um die Wandlungsfähigkeit der Nationalsozialen zu zeigen und dem freisinnigen Vortritt vor den neuen Bundesgenossen einzuschärfen.

Untersuchung über Wahlfälschungen. Es wurde mitgeteilt, daß die bayerische Regierung einen Erlaß an die Unterbehörden gegeben hat, der eine Prüfung der Wahlen auf etwaige Fälschungen forderte. Es scheint, als sei dieser Erlaß nicht auf Bayern beschränkt geblieben, sondern von den Reichsstellen für alle Bundesstaaten veranlaßt worden. Von dem Inhalt des bayerischen Erlasses wird jetzt etwas Näheres bekannt, es heißt darin:

„Die Fälschungen sollen darin bestanden haben, daß in vielen Wahlkreisen und Wahlbezirken eine große Anzahl von Personen — sei es unter richtigem, sei es unter unangenehmem Namen — als neu zugezogen polizeilich gemeldet worden sind, obwohl dieselben ihren eigentlichen Wohnsitz in einem andern Wahlkreise oder Wahlbezirk niemals aufgegeben hatten, daß dann diese fälschlich in die Listen eingetragenen Personen entweder selbst nach einander in zwei oder mehr Wahlbezirken oder Wahlkreisen gewählt haben, oder daß für sie durch ortsanwesende Parteimitglieder Stimmzettel abgegeben worden sind, sowie, daß ferner für verstorbene, auf Reisen abwesende, nach entfernt gelegenen Orten verzogene, im Krankenhaus oder Gefängnis befindliche Personen von unbefugter Seite gestimmt worden sei.“

Wir sind der Meinung, daß die in der reaktionären Presse ausgeprägten Gerüchte über dergleichen Wahlfälschungen, die den Erlaß veranlaßt haben dürften, mindestens sehr übertrieben waren. Es war das nur ein kleines Mittel des Trostes über den bösen Wahlausfall. Immerhin ist gegen eine gründliche Nachforschung über Wahlunregelmäßigkeiten niemals etwas einzuwenden und wir wollen nur wünschen, daß die Regierungen den durch Junker und beamtete Junkerfreunde geübten Wahlunregelmäßigkeiten ebenso eifrig nachzugehen.

Ferde und Lehrer in Preußen! Kürzlich wurde mitgeteilt, daß zur Erwerbung eines englischen Deckhengstes nicht weniger als 420 000 M. aufgewendet wurden. Dazu vergleiche man die Schildeuerungen, die erneut aus Trakehnen, dem Reiche des Herrn v. Dettingen, kommen. Die „Preussische Lehrzeitg.“ erzählt über die Gestaltung der Verhältnisse in Trakehnen nach der Revision durch den Minister v. Bobbielski: Alle Beschwerden über den schadhaften Keller, worin dem Lehrer Kidel regelmäßig die Kartoffeln verberden, über die teils unterlassene, teils mangelhaft ausgeführte Bestellung des Dienstlandes Kidels, über den Umtausch des ertragreichen Lehrergartens gegen eine gleich große Ackerfläche mit jungen Obstbäumen ohne jeden Ertrag usw. waren bis heute beim Landwirtschafts-Ministerium ohne Erfolg, und Kidel hat infolge dieser und noch vieler anderer ähnlicher Verluste pekuniär schwer zu kämpfen. Die auf höchste überfüllten und umgebenen alten Schulklassen haben im Verein mit den andern traurigen Verhältnissen auch die Gesundheit Kidels sehr angegriffen, weshalb er bereits im vergangenen Jahre unter Einreichung eines ärztlichen Attestes das Ministerium um eine Beihilfe zu einer längeren Kur gebeten hatte; jedoch vergeblich, während andre Beamte in Trakehnen namhafte Zuwendungen erhielten. Nach der huldvollen Anerkennung der Unterrichtsfolge Kidels durch den Minister v. Bobbielski und trotz der Aufforderung, Kidel solle sich „vertrauensvoll“ an ihn, den Minister, wenden, hat Kidel sofort wieder durch eine Eingabe um eine Beihilfe zur Wiederherstellung seiner Gesundheit. Thatsächlich ist ja auch im Etat des Gefüßts ein Fonds zur Unterstützung für mittlere Beamte, und ausdrücklich auch für Lehrer ausgeworfen. Kidel erhielt jedoch wieder einen abschlägigen Bescheid. Der zweite Lehrer Fr. in Trakehnen dagegen erstreckte sich eines größeren Wohlwollens; denn er erhielt vor mehreren Monaten eine Unterstützung von 100 M., obwohl er erst ein Jahr und drei Monate in Trakehnen amtiert, Kidel aber bereits mehr als acht Jahre. Die genannte Lehrzeitung schließt ihren Bericht: „Der Lehrer Fr. ist der aus dem Trakehner Prozeß bekannte Junge Dettingens, ohne daß er mit seiner Aussage Kidel belasten konnte. Daß aber der Minister, nachdem er sich an Ort und Stelle informiert und Kidel eine solche Anerkennung gezollt hat, nun wieder in den alten Kurs, der friedliche und gedeihliche Verhältnisse in Trakehnen unmöglich macht zu ver-

fallen scheint, ist uns unverständlich. Sollte er etwa gegen Herrn v. Dettingen machtlos sein? Oder sollte er trotz des zerschnittenen Fischbuchs sich dem Einfluß der Landhändler, wie eines v. Oldenburg, der ein Freund v. Dettingens zu sein scheint, beugen?“

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Der Todesmarsch von Biele. Die „Politische Korrespondenz“ meldet: Die auf Grund der Erhebungen des Kommandanten des 15. Corps, Barons Eppel, vorliegenden Berichte über den bekannnten Bieleer Marsch des 12. Infanterie-Regiments besagen: „Der Marsch ist bei der Einhaltung der durch besondere verbindende Vorschriften geregelten Marschordnung für das Karst-Terrain eine von jeder Truppe anstandslos zu bewältigende, wiederholt zu jeder Jahreszeit durchgeführte Leistung. Im gegebenen Fall aber lassen die Anordnungen bezüglich der Wasser- und Nahrungsvorsorge nicht in ausreichender Weise zur Durchführung. Insbesondere ist es mehrfachen Mängeln in der Befehlsgebung, die gehandelt werden, zuzuschreiben, daß die Befehlsgebung längerer Ruhepausen sowie die Wasser- und Nahrungsvorsorge während des Weitermarsches nicht in angemessener Weise erfolgten. Der geeignete Zeitpunkt zu Vorbeugungsmaßnahmen seitens der Verufenen wurde leider nicht erfaßt. Diese Umstände, verbunden mit einer Temperatur von 37 Grad Reaumur, führten die bekannte Katastrophe herbei. Die Heeresleitung zog vorläufig durch die Enthebung der verantwortlichen Personen von den Kommandoposten die Konsequenzen aus den Geschehnissen und traf Vororge, daß derartige bedauerliche Vorkommnisse sich nicht wiederholen.“

Der Bericht des Corpskommandanten ist danach so ausgefallen, wie erwartet werden durfte: Alles war in größter Ordnung, nur mit der Wasser- und Nahrungsvorsorge und den Ruhepausen haperte es etwas; die eigentliche Schuldige an den Vorfällen ist die Temperatur, die es sich zu ungelegener Zeit erlaubte, bis auf 37 Grad Reaumur zu steigen. Hoffentlich schließt sich nicht das Kriegsministerium diesem lächerlichen Urteil an. Die „Reichswehr“ veröffentlicht eine Aeußerung des Chefs des österreichischen Generalstabes über den Bieleer Marsch, die wesentlich anders lautet, wie der schöne Bericht des Generals Baron Eppel. Der Generalstabchef soll danach erklärt haben: „Die Untersuchung hat eine Reihe von Unregelmäßigkeiten ergeben, wie solche leider dort unten eingegriffen sind. Die Schuldtragenden werden der strengsten Bestrafung zugeführt; es werden Pensionierungen und Degradierungen verfügt werden. Allerdings ist das bedauerliche Unglück auch teilweise auf die abnormalen Witterungsverhältnisse zurückzuführen, die aber andererseits wieder größere Vorsichtsmaßnahmen erfordert hätten. Ich kann nicht leugnen, daß große Fehler vorgekommen sind, und deshalb wird auch die Bestrafung eine strenge sein müssen.“

Franreich.

Ende des Streiks von Hennebont. Paris, 9. August. (Fig. Ver.) Es ist anders gekommen als die hartberzigen Ausbeuter von Hennebont, und mit ihnen die kapitalistischen Parteien, gehofft hatten. Die polizeilich-militärische und gerichtliche Ordnungsgewalt hat schließlich die Geduld der bretonischen Arbeiter erschöpft. Nach einem vierwöchentlichen ruhigen Verlauf des Streiks haben die empörten Arbeiter die behördlichen Herausforderungen mit Gewalt beantwortet. Aber die Zusammenstöße und die Katastrophen haben diesmal nicht eine Niederdrückung des Streiks bewirkt, sondern den Sieg der Streikenden beschleunigt. In elfter Stunde hat Ministerpräsident Combes auf die für seine Regierung besonders gefährlichen Vorbeeren eines ordnungsgewaltigen Sieges verzichtet. Der Eifer der lokalen Behörden wurde gedämpft, die Streikenden durften sich wieder auf ihrer „gewerkschaftlichen Weise“ versammeln und die Pariser Diktation der Aktiengesellschaft wurde zur Kapitulation gezwungen. In der betreffenden offiziellen Proklamation heißt es, daß die Diktation dem Appell des Ministerpräsidenten und des Präfekten von Morbihan an ihre humanen Gefühle, gefolgt wäre. Eine herrliche Humanität, die erst nach blutigen Vorgängen, und weil man nicht mehr anders kann, eine winzige Lohnerhöhung bewilligt! Noch wenige Tage vorher wollte die „humane“ Diktation die Delegierten der Gewerkschaft nicht einmal empfangen.

Der materielle Gewinn für die Arbeiter ist eine Lohnerhöhung von 25 Cts. (20 Pf.) täglich, und das nur für etwa 100 Handlanger, die bisher einen Hungerlohn von 1 Fr. 70 Cts. bezogen. Der Kampf drehte sich nämlich, wie erst in den letzten Tagen authentisch bekannt wurde, ausschließlich um die Aufbesserung der Handlanger-Löhne. Die übrigen 1700 Metallarbeiter traten in den Streik nur aus Solidarität. Das proletarische Solidaritätsgefühl hat denn auch die Handlungen der maritimen Arsenalarbeiter der benachbarten Hafenstadt Lorient gezeugt. Ursprünglich forderten die Handlanger von Hennebont eine tägliche Lohnerhöhung von 50 Cts., um sie dann auf 25 Cts. herabzusetzen. Es handelte sich also für die Compagnie, die 6 Proz. Dividende verteilt, um ein „Opfer“ von höchstens 25 Franken täglich! Und darum fünf Wochen prohigen Widerstandes seitens der Compagnie und ein paar Wochen Ordnungszerrorismus im Dienste des Proleten!

Zugleich mit der Bewilligung der Lohnerhöhung hat die Compagnie sich verpflichtet, keine Maßnahmen wegen des Streiks vorzunehmen. Die Ausständigen in Hennebont haben die Nachricht von der Kapitulation der Ausbeuter mit Jubelrufen aufgenommen. Hoffentlich wird der moralische Gewinn des Kampfes für die bisher rüchthändige Arbeiterschaft ein dauernder sein. Heute, am 9. August, findet in Lorient eine schon vor dem Siege behördlich genehmigte friedliche Strafenkundgebung statt. Sie wird nun zu einer Siegeskundgebung werden.

Zu erwähnen ist noch der Frontwechsel der Richter von Lorient. Am Freitag hatten sie weitere 26 Angeklagte zu verdonnern. Sie zeigten sich wieder ebenso hart und arbeitserfindlich, wie ihre bretonischen Kollegen im Vorjahre sich milde und liberal-parteilich gegenüber den liberalen Aufzählern benommen haben. Ein Arbeiter wurde zu drei Monaten Gefängnis, der Vorsitzende der Gewerkschaft, Gaudin, und der Pariser Delegierte des Metallarbeiter-Verbandes, Latapie, wurden zu je 2 Monaten verurteilt, obwohl den beiden letzteren selbst die Gendarmen keinen gewaltsamen Widerstand vorgeworfen hatten. Die übrigen Angeklagten bekamen 8—15 Tage Gefängnis. Aber bald nach der Urteilsverkündung beschloß das Gericht die provisorische Freilassung der bereits ins Gefängnis zurückgeführten Arbeiter. Das geschah auf die Vorstellung des Unterpräfekten zum Zwecke der Beruhigung der Gemüter.

Localbehörden und Richter tanzten nach der neuen von oben gepfiffenen Melodie. Diese letztere aber erklärt sich wohl zum Teil aus dem besonderen Umstand, daß Combes sich gerade ansah, in Marseille einen feierlichen Einzug zu halten. Die Fortsetzung der Ordnungsgewalt im Streikgebiet wäre eine gar schätzbare Begleitmusik gewesen zum „Demokratischen Bankett“ von Marseille.

Italien.

Zur Charakteristik des neuen Papstes. Gegenüber der Herrschaft des neuen Papstes durch die liberale Presse, verdient eine von der „Frankf. Ztg.“ veröffentlichte Zuschrift wiedergegeben zu werden, die an das Verhalten des bisherigen Patriarchen von Venedig gegenüber einer dortigen Wohlthätigkeitsanstalt erinnert. In dieser Zuschrift wird erzählt:

„Auf dem Internationalen Kongreß der „Gesellschaften für ethische Kultur“ zu Zürich im September 1896 wurde bittere Klage über den Patriarchen Sarto von Venedig geführt. Die Gesellschaft für ethisch-socialen Kultur zu Venedig hatte nämlich eine Einrichtung geschaffen, welche es sich zur Aufgabe machte, die Kinder von Arbeiterinnen, welche in venetianischen Fabriken (Tabakfabriken, Glasfabriken usw.) tagsüber beschäftigt waren, zu beschäftigen, damit sie dem entsetzlichen Einfluß der Straße entzogen würden. Diese Einrichtung der Ethischen Gesellschaft von Venedig hatte einen überraschenden Erfolg und die arbeitende Bevölkerung machte starken Gebrauch von derselben. Dieser Erfolg erregte aber eine förmliche Wut unter der clerikalen Partei in Venedig. In den Kirchen wurde

berartig gegen die Gesellschaft für ethisch-soziale Kultur geeifert, daß die Frauen es aus Angst vor den ewigen Höllenstrafen nicht mehr wagten, ihre Kinder in das Kinderheim zu bringen. Der Patriarch von Venedig verdammt es nicht, persönlich gegen dieses Wohlthätigkeitsinstitut zu predigen, und er hatte auch die Genehmigung, es einzugehen zu sehen. —

Türkei.

Sur Lage in Mazedonien. Nach Berichten aus Saloniki verlautet daselbst, daß sich die Telegraphen- und Bahnbeschädigungen wiederholt haben und daß die mit der Reparatur beschäftigten Arbeiter bedroht werden. Der Zugang zu den Insurgenten dauert fort; viele junge Bulgaren werden vermißt. Die Banden sichern die Ernte ein. Generalinspekteur Hilmi Pascha und Oberbefehlshaber Omer Aufschdi Pascha haben Saloniki in der Richtung nach Monastir passiert.

Der „Königlichen Zeitung“ wird aus Konstantinopel gemeldet: Infolge der Weigerung des Bahnpersonals der Strecke Saloniki—Monastir, ohne starken Schutzbienstand zu thun, ist die Einstellung des Verkehrs dieser Strecke unvermeidlich geworden. —

Schnelle Sähe. Die Porte bezieht sich, Kurland Genugthuung für die Ermordung seines Konsuls zu geben. In Monastir ist bereits gestern das Standgericht zusammengetreten, um den Mörder Galim und seine Complicen abzurufen. Der zum interimsistischen Wali von Monastir ernannte General Hussein Hilmi Pascha wird auch seine Stellung als Generalinspekteur beibehalten. —

Sofia, 10. August. (Meldung des Wiener A. A. Telegr. Korresp. Bureau.) Wie verlautet, überhandten die Vertreter der inneren Organisation in Mazedonien den diplomatischen Agenten der Großmächte eine Proklamation des Aufstandes, in welcher als Bedingungen für die Einstellung der Bewegung die Ernennung eines christlichen, von der Porte unabhängigen Gouverneurs in Mazedonien und die Kontrolle der Mächte über die Durchführung der Reformen gefordert werden. —

Landtagswahlbewegung.

Die socialdemokratische Kreisversammlung für Potsdam, Spandau, Osthavelland behandelte am letzten Sonntag neben andern Gegenständen auch die Stellungnahme zu den Landtagswahlen. Es referierte dazu Genosse Paris-Belien. Er erklärt das Wahlsystem und geht auf die Fragen ein, welche der Landtag zu verhandeln habe und die auch für das Proletariat großes Interesse haben. Als solche bezeichnet er namentlich das Schul- und Verkehrswesen. Er stellt sich auf den Standpunkt, daß so schwer es manchem auch werde, man bei der Stichwahl unter ganz gewissen Bedingungen doch für den Freisinnigen einzutreten habe. Von Genossen Liebknecht lag ein Brief vor, der sich in demselben Sinne ausdrückte. Redner wies auch noch darauf hin, daß bei der Landtagswahl Potsdam einen Kreis für sich bilde, daher zwei Kandidaten in Frage kämen. Von Seiten der Delegierten für Regio, Spandau und Rauen wurde die Erklärung abgegeben, daß sie den Auftrag haben, gegen ein Eintreten für den Freisinn zu stimmen. Auf Antrag des Genossen Paris-Belien wurde beschlossen, sich strikte an den Beschluß des Parteitag zu halten, wonach über Abmachungen mit dem Freisinn der Parteivorstand zu entscheiden habe. Ueber die Aufstellung der Kandidaten zur Landtagswahl konnte sich die Konferenz nicht einigen, da der Genosse Liebknecht eine Kandidatur abgelehnt. Man beschloß deshalb, dem Kreiswahlkomitee die Regelung der Kandidatenfrage zu überlassen.

Zu den Landtagswahlen am Niederrhein nahm am 9. August in Elberfeld eine vom Niederrheinischen Agitationskomitee einberufene Konferenz Stellung, in welcher die Landtagswahlkreise Elberfeld, Barmen, Düsseldorf, Arefeld, Hagen, Altena-Nierlohn, Solingen, Remscheid-Lennep, Wittmann und Duisburg-Rühlheim-Essen durch 45 Delegierte vertreten waren. Genosse Gevecke hielt ein einleitendes Referat, in welchem er die Notwendigkeit der Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen, die diesbezüglichen Beschlüsse des Mainzer Parteitag, sowie der Berliner Konferenz und die Bestimmungen des Wahlreglements erörterte. — An das Referat knüpfte sich eine längere Diskussion, in welcher sich mit Ausnahme der Vertreter von Arefeld und Essen die Anwesenden für ein Eintreten in den Landtagswahlkampf erklärten, selbst auf die Gefahr hin, nur sehr geringe Erfolge zu erzielen. Als wesentlich wurde das agitatorische Moment dieser Wahlen hervorgehoben. In einer Anzahl der niederrheinischen Wahlkreise dürften die socialdemokratischen Wahlmänner das Ringeln an der Waage bilden, z. B. in Düsseldorf und Hagen. Eugen Richter hat in Bezug auf Hagen erklärt, daß die Freisinnigen nach Richters Anschluß suchen müßten. Unter Umständen können die Socialdemokraten Eugen Richter bei einer Stichwahl durchplumpfen lassen, ein nicht unbedientes Schicksal. Der Vertreter von Essen motivierte das ablehnende Verhalten der Essener Genossen damit, daß in Essen die Kruppischen Arbeiter anschlagngebend seien. Die unter diesen Arbeitern erst neu gewonnenen Genossen befürchteten nicht mit Rücksicht von der öffentlichen Stimmabgabe ihre Vrotlosmachung. Unter diesen Umständen halte es schwer, eine nur nennenswerte Zahl von Wahlmännern aufzubringen. Möglicherweise müssen im Herbst nochmals die Gewerbeerichtswahlen vorgenommen und die neu gewonnenen Mandate in hartem Kampf gegen die Christlichen verteidigt werden. Hierbei dann noch gleichzeitig den Landtagswahlkampf zu führen, würde es an Zeit, Kräften und Geld fehlen. In einer Konferenz der Genossen von Duisburg und Essen könne jedoch die Frage nochmals erörtert werden, da offiziell in Essen noch keine Stellung wegen der Beteiligung genommen worden sei. — Der Vertreter von Arefeld erklärte, daß es ihnen unmöglich sein werde, genügend Wahlmänner aufzubringen. Es fänden auch fast zu gleicher Zeit die Stadtverordnetenwahlen statt, wobei die Arefelder Genossen das letzte Mal gute Erfolge erzielten. Die Agitation gegen die preussische Mißwirtschaft könne auch hierbei betrieben werden. Zur Zeit stellten sie durch Umfrage fest, wieviel Genossen sich als Wahlmänner zur Verfügung stellen wollten. Von dem Ergebnis soll die weitere Stellungnahme abhängen. — Das Agitationskomitee wurde beauftragt, eine gedruckte Instruktion für die Urwahlen herauszugeben und unentgeltlich verbreiten zu lassen. Zum Schluß wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Auf Grund des Parteitagbeschlusses in Mainz und des Beschlusses der preussischen Konferenz vom 26. April d. J. wird den Genossen der Landtagswahlkreise Elberfeld-Barmen, Lennep-Remscheid-Solingen, Wittmann, Hagen-Schwelm, Altena-Nierlohn, Düsseldorf, Duisburg-Rühlheim-Essen und Arefeld empfohlen, mit eignen Wahlmännern in die Wahl einzutreten. — Da bei der Teilnahme an den preussischen Landtagswahlen wie an allen Parlamentswahlen für die Socialdemokratie in erster Linie die Entfaltung der Agitation zur Aufklärung der Massen steht, muß ohne Rücksicht auf etwaige materielle Erfolge überall dort in die Wahl eingetreten werden, wo überhaupt die Aufstellung socialdemokratischer Wahlmannskandidaten möglich ist. Das gilt im besonderen auch für einzelne vorgeschrittene Orte solcher Wahlkreise, in denen im allgemeinen die Aufstellung socialdemokratischer Wahlmänner nicht gedacht werden kann. — Kommt es Landtagswahlen wie in allen Parlamentswahlen für die Socialdemokraten liberaler Kandidaten solchen anderer Parteien gegenüber stehen, so wird im allgemeinen für den liberalen Kandidaten zu stimmen sein. — Nach den Urwahlen treten sofort Vertreter der beteiligten Wahlkreise zu einer Konferenz zusammen, um gemeinsam über die dem Centralwahlkomitee zu unterbreitenden Vorschläge für unser Verhalten bei der Abgeordnetenwahl zu beraten. Jedemfalls sind in allen Wahlkreisen, in denen sich unsere Partei an den Wahlen beteiligt, schon vor den Urwahlen so viel Abgeordneten-Kandidaten aufzustellen, wie in dem Wahlkreise Abgeordnete zu wählen sind. — Zur Vorbereitung der Wahlen ist sofort mit der Bestimmung zu beginnen, an welchen Orten und in welchen Urwahlbezirken socialdemokratische Wahlmannskandidaten aufgestellt werden können, und es ist die Aufstellung der Kandidaten zu vollziehen. Ferner ist überall bei den Gemeindegewählten darauf zu dringen, daß die Urwahlbezirksteilung möglichst schnell veröffentlicht und der Beginn der Urwahlen auf nachmittags, etwa 5 Uhr festgesetzt wird.“

Partei-Nachrichten.

Die vermutlich letzten Gratulanten zum Wahlsieg der deutschen Socialdemokratie sind die Genossen von Auckland (Neuseeland). Ihr Gratulations schreiben ist datiert vom 9. Juli. Erst zu dieser Zeit haben sie genaueres über die Wahlen erfahren. Sehr begreiflich: den halben Weltball haben die Nachrichten zu ihnen durchreisen müssen und den halben Weltball mußte denn auch ihre Gratulation an das deutsche Proletariat umwandern. — Eine treffliche Illustration zu der Thatfache, daß in der That schon heute die Idee des Socialismus zu einer weltumspannenden sich ausgewachsen hat.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Die Staatsanwaltschaft in Kassel nimmt sich des angeblich in einem Flugblatt beleidigten Herrn Liebermann v. Sonnenberg recht kräftig an, ohne daß sie erst von dem Herrn Justizminister dazu gezwungen werden muß. Am Montagmorgen um 7 Uhr fanden bei dem Genossen Garbe in Kassel, in der Buchdruckerei Gutenberg sowie bei sämtlichen Vorstandsmitgliedern des socialdemokratischen Vereins und bei den Mitgliedern der Agitationskommission für die Provinz Hausbesuche statt. Mitgenommen wurde bei dem Genossen Garbe ein Flugblatt sowie das neueste Heft von E. Bernstein „Die Dokumente des Socialismus“. Man suchte angeblich nach dem Manuskript des Flugblattes gegen Herrn Liebermann, das natürlich nicht mehr vorhanden ist, weil es nach der Drucklegung seinen Zweck erfüllt hat. Das „Volkblatt für Hessen“ sagt über das so eifrig verfolgte Flugblatt:

„Wer das letzte Flugblatt des nationalen Wahlverbandes hier in Kassel, dessen Verfasser, wie uns bestimmt versichert wurde, Liebermann gewesen ist, gelesen hat, der wird zugeben, daß die Antwort, die darauf erteilt ist, eigentlich einem Liebermann gegenüber noch gar nicht scharf genug war. — Wir werden den Inhalt des Flugblattes des nationalen Wahlverbandes in der öffentlichen Gerichtsverhandlung einer Besprechung unterziehen, in welcher wir den Beweis erbringen, was eigentlich im öffentlichen Interesse geschehen müßte, und was nicht geschehen ist.“

Wenn die Sache so liegt, sollten die Kasseler Genossen dem eifrigen Staatsanwalt doch das Flugblatt, auf das sie geantwortet haben, einschicken mit dem Antrage, im öffentlichen Interesse auch Anklage gegen ihre Gegner zu erheben. Es giebt ja gar keine bessere Gelegenheit für sie, zu beweisen, daß die Kasseler Staatsanwaltschaft objektiv genug ist, nicht nur für, sondern auch gegen einen Liebermann, seinen Drucker und sonstigen Anhang das öffentliche Interesse zu wahren. Wir wenigstens zweifeln bis zum Beweise des Gegenteils nicht daran.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Und wieder die Firma Siemens-Schudert. Mehrere Zuschriften an den Metallarbeiter-Verband von Arbeitern des Siemens'schen Kabelwerkes, die an den Bleipressen und in der Bleischmelze beschäftigt sind, werfen auf die unter der Maske „traditioneller“ Arbeiterfreundlichkeit beliebten Ausbeutungspraktiken der Werkfirma mit einem Male ein derartig großes Schlaglicht, wie es selbst der mißtrauischste Arbeiter wohl kaum für möglich gehalten hätte. Die Bleipresse ist gewissermaßen die Straf Abteilung des Werkes. Hier werden die mißliebigen Arbeiter hinversetzt, sei es, daß sie sich wirklich irgend etwas haben zu Schulden kommen lassen, oder sei es nur, daß sie sich bei einem Ingenieur oder Meister unbeliebt gemacht haben. An den Pressen, speziell an den Warmbleipressen, herrscht infolge der durchaus ungenügenden Ventilation eine kaum zu atmende Luft. Dazu kommt die Hitze von dem Dampf und den Schmelzpfannen; der Blei-, Kohlen-, Zink- und Gummistaub, die schmerzigen von Masse starrenden Geräte und Werkzeuge. Alles was abgelehnt ist, bleibt an den Händen kleben und umgekehrt kleben die Hände an allem, was heiß ist. Der Staub lagert sich fest auf der Haut und erzeugt ein widerwärtig brennendes Jucken. Da die Firma nur eine Viertelstunde Frühstück und Vesper giebt, so hat kein Mensch Zeit, nach dem Waschraum im Keller zu gehen und sich zu reinigen. So reißt denn alles nach dem Weifen die Hände mit Del ab, und dann wird drauf los gefüllert. Ein Waschen vor dem Weifen wird mit Entlassung geahndet. Uebrigens fehlt es in der Wascheinrichtung an warmem Wasser; mit kaltem Wasser aber läßt sich der Bleischmutz nicht entfernen. Eine Vadeeinrichtung, die so nötig wäre, den Körper von Staub und Schmiere zu reinigen, giebt es hier überhaupt nicht. Ebenfalls bekommen die Arbeiter in dem Bleiwerk auch keine Milch, obwohl solche vorgeschrieben ist. Die Arbeitszeit war bis vor kurzem eine unbegrenzte, einige Wochen vor Pfingsten mußte täglich 14, 15, ja mitunter sogar 18 Stunden gearbeitet werden; jetzt ist Schichtwechsel eingeführt von bei Tage 11 und bei Nacht 12 Stunden Arbeit. Der Lohn differiert zwischen 29 und 41 Pf. pro Stunde je nach der Länge der „Dienstjahre“. Alle vier Wochen hat dann jeder das „Blut“, Feuermann an der Bleischmelze zu sein, wofür er eine Feuerzuzugabe von 3 Pf. pro Stunde erhält, jedoch hat er dafür auch bis zu 110 Mulden Blei, das sind ca. 130 Centner, sieben Treppenfusen hoch zu tragen. Bei einer derartigen Arbeit ist es denn kein Wunder, daß es in dieser Abteilung so viel Kranke giebt.

Es ist aber auch kein Wunder, daß die Arbeiter das Bleiwerk allgemein mit dem Namen „Siemens'sches Sibirien“ belegt haben. Anlässlich des neulichen Schloßereis mag die Direktion sich wohl endlich einmal an die in diesem Sibirien schmachenden Leute erinnern haben, denn damals belamen die Arbeiter ganz unerwartet eine Gratifikation von 2,50 bis 5 Pf. pro Mann ausgezahlt — es hieß, das seien Bleiprozente! Ferner ist den Arbeitern für Ueberstunden ein Lohnzuschlag von 20 Pf. wie den streikenden Schloßern versprochen worden. In den übrigen Abteilungen des Kabelwerkes sind die Löhne ebenfalls ungemein niedrig. Die Arbeiterinnen werden mit einem Anfangs-Stundenlohn von 18 Pf. eingestellt, sie erreichen höchstens 24 Pf., das heißt nach Jahren. Jugendliche Arbeiter erhalten bis zum Alter von 22 Jahren 18, 22 und 25 Pf., Leute von 23 bis zu 28 Jahren 26—30 Pf., Arbeiter mit einem „Dienstalter“ von 9 Jahren bekommen 34, von 10 Jahren 37, von 12 Jahren 38 Pf. In einem Falle hatte es ein Arbeiter nach 25jähriger Thätigkeit in dem Betriebe auf ganze 42 Pf. Stundenlohn gebracht.

So also sieht es in dem Betriebe der so viel gerühmten Siemens-Werke aus. Es erscheint fast unerklärlich, wie die Direktion es nur fertig bringen konnte, die Arbeiter derartig einzulullen, daß sie sich gegen solche Zustände nicht schon längst energisch aufgelegt haben. Nun, der Metallarbeiter-Verband dürfte das Versäumte jetzt bald mit gewohnter Gründlichkeit nachholen.

Fliesenleger-Streit. In der Versammlung am Montagabend wurde festgestellt, daß der Beschluß vom Freitag, „im Fall der Nichtbewilligung, am Montag die Arbeit ruhen zu lassen bei den in Frage kommenden drei Firmen“, nicht den davon erwarteten Erfolg gehabt hat. Bei der Firma Rosenfeld u. Co., die einige 60 Arbeiter beschäftigen soll, sind nur 15 in den Ausstand getreten, während die Arbeiter der Firma Willeh u. Wode erklärt haben, der Beschluß sei für sie eine unbillige Forderung — daselbst arbeiten zum großen Teil Mitglieder der „Freien Vereinigung“ — sie könnten den Tarif nicht brechen; hier sind zehn Arbeiter in den Ausstand getreten. Ähnlich liegen die Verhältnisse bei der dritten Firma Ernst Ende. Gegenüber dem Vordruck, daß sich „Arbeitswillige“ der „Freien Vereinigung“ gefunden haben, giebt der Vorstand dieser Organisation, Käp, die Erklärung ab, daß ihm davon bisher nichts bekannt geworden sei; er werde die vorgebrachten Fälle untersuchen und gegebenenfalls, soweit es in seiner Macht liege, Remedur eintreten lassen. Im übrigen wiederhole er, daß die Mitglieder seiner Vereinigung den Streikenden nicht in den Rücken fallen würden bezw. Arbeiten, die die Streikenden verlassen haben, nicht fertigstellen werden, jedoch werde er den Vertrag mit den Arbeitgebern nicht brechen. Die Streikleitung erklärt am Schluß, die Lohn-

bewegung verlaufe trotzdem nicht ungünstig, da nicht allein die große Majorität der Firmen die Forderungen anerkannt habe und die Mehrzahl der Leger zu den neuen Bedingungen arbeite, es würden auch fortwährend Arbeitnehmer gesucht — sechs Unternehmern hätten sich dieserhalb bereits schriftlich an die Organisation gewandt —, so daß alle Streikenden immer gleich wieder untergebracht werden könnten. Angefichts dieser Thatfache nehmen die Versammelten einstimmig folgende Erklärung an: „Der Beschluß vom Freitag wird aufrecht erhalten; die Arbeiter obiger drei Firmen haben die Arbeit niederzulegen.“

Die Lohnbewegung der Glaser nimmt einen ziemlich günstigen Verlauf. In der Versammlung, die am Montag im Gewerkschaftshaus tagte, konnte nach den eingegangenen Fragebogen festgestellt werden, daß der am 1. August in Kraft getretene Tarif im allgemeinen, wenigstens in den Geschäften, wo organisierte Glaser in Betracht kommen, Anerkennung gefunden hat. Aus diesem Grunde ist die Zahl der Streikenden auch eine geringe. Unterschriftlich bewilligt haben noch Gersdorff, Ballasstraße, und Kirchmeyer, Friedrichsfelde, so daß über diese Geschäfte die Sperre aufgehoben ist. — Gesperrt sind nunmehr noch folgende Firmen: Jaemann, Invalidenstraße; Berliner Spiegelglas-Verkaufskomptoir; Hartmann, Witt u. Co., Burgstraße; Neumann, Mummelsburg; Mehdorf, Reintendorferstraße; Gost u. Co., Bilderrahmenfabrik, Kurfürstenstraße; Nothe, Ballasstraße; Ahmus, Moritzstraße; Fischer, Maachenstraße; M. u. S., Antonstraße; E. Zell, Stolzißstraße; Schelkli, Elbasserstraße, und Schelkli jun. in Friedrichsberg. — Stampehl, Brunnenstraße, hat zwar mündlich, aber noch nicht unterschriftlich die Forderungen anerkannt.

Wie berichtet wurde, hat der Staffeltarif, wonach verschiedene Lohnklassen zulässig sind, zu verschiedenen Differenzen geführt, indem mehrere Unternehmer zwar die tarifmäßige Lohn-erhöhung zugestanden, aber verschiedentlich für einen Teil der Arbeiter nur die zweite Stufe des Tarifs in Anrechnung gebracht haben.

Für diese Woche wird ebenfalls noch 1 M. Extrabeitrag erhoben. — Die Bauarbeiter aller Branchen sollen erucht werden, über die auf den Bauten beschäftigten Glaser eine strenge Kontrolle zu üben und namentlich auch darauf zu achten, ob dieselben ihren Verpflichtungen nachgekommen sind.

Die Radler, Drahtspinner und Lederer machen erneut darauf aufmerksam, daß der Betrieb der Firma Schulz, Hasenheide, Eisenmöbel-Fabrik, nach wie vor für sämtliche Metallarbeiter gesperrt ist. Der Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen bei dieser Firma soll jetzt nach 18 wöchiger Dauer des Streiks mit vermehrter Energie geführt werden, weil dort gegenwärtig die gute Geschäftsperiode einsetzt, in der die Arbeit drängt. Bislang ist es Herrn Schulz noch immer nicht gelungen, eine genügende Zahl brauchbarer Arbeitskräfte zu bekommen, obwohl er selbst nicht die Mähe scheut, Arbeitssuchende persönlich auf der Straße anzusprechen, um sie in seinen Betrieb hineinzulocken. Bei energischer durchgeführter Sperre dürfte also schließlich sehr wohl auf einen Erfolg zu rechnen sein.

Die Feilenfabrik von Schaaf in Charlottenburg sucht durch Inserate in der auswärtigen Presse Streikbrecher. Es sei aus diesem Anlaß darauf hingewiesen, daß Feilenfabrik Berlin und Umgegend wegen des derzeitigen Streiks unter allen Umständen meiden mögen.

Deutsches Reich.

Schneider-Aussperrung in Wilhelmshaven. In Wilhelmshaven-Bant gelang es im Frühjahr den Schneidern, den Unternehmern ohne besondere Anstrengungen eine Anzahl von Zugeständnissen abzurufen. Man war sofort der Ueberzeugung, daß dies nur der günstigen Konjunktur zu danken sei und daß die Unternehmer bald einen Anlaß suchen würden, das Erzwungene illusorisch zu machen. So kam es auch. Durch den Tarif war die Heimarbeit ausgeschlossen. Als nun eine Firma gegen diese Bestimmung vertrieß, verhängten die Gehilfen über die Firma die Sperre und stellten die Arbeitervermittlung für dieselbe ein. Nun rührten sich die Unternehmer und verlangten die Schaffung eines paritätischen Arbeitsnachweises an Stelle des Gehilfenwachses, ohne über die gewünschte Form desselben sich genauer auszulassen. Die Angelegenheit geriet aber ins Stocken, bis am 11. Juli der Arbeitgeber-Verband den Tarif und einer Anzahl Gehilfen zum 25. Juli kündigte. Den übrigen Gehilfen wurde acht Tage später gekündigt. Als Grund wurde die Forderung einer Verringerung des Arbeitsnachweises angegeben, aber irgendwelche Vorschläge auch jetzt nicht gemacht. Man beschränkte sich auf die Mitteilung, daß man drei Mitglieder zu den Verhandlungen mit den Gehilfen gewählt hätte. Auf zwei Anschriften seitens der Gehilfen antworteten die Arbeitgeber am 18. Juli mit dem Ersuchen, sich einig zu drei Mitglieder zu den Verhandlungen zu ernennen. Dem Schreiben lag minnrecht ein Entwurf zu einem Arbeitsnachweisstatut bei, der aber für die Arbeiter unannehmbar war. So verpflichtete der Entwurf nur die Arbeiter, den Nachweis zu benutzen, ließ es aber den Unternehmern frei, ob sie den Nachweis benutzen wollten oder nicht. Sogar anderwärts können diese sich Arbeiter beschaffen und haben dann nur eine Pflicht zur Anmeldung auf den Nachweis. Außerdem war ein Vorkerlungrecht vorgezogen, nach dem ein Unternehmer bestimmte Arbeiter verlangen konnte, wenn diese arbeitslos wären, ohne daß in solchen Fällen die Reihenfolge der Arbeitslosen innegehalten war. Sich auf ein Statut mit diesen und ähnlichen Einrichtungen festzulegen, lehnten die Gehilfen ab und so kam es dann, daß schließlich beide Teile zur Schlichtung des Streites das Einigungsamt anriefen. Vor dem Schiedsgericht wurde dann ein Arbeitsvertrag sowie ein Statut für den Arbeitsnachweis vorgeschlagen, die beide die Anerkennung der Gehilfen fanden, von den Unternehmern aber einstimmig abgelehnt wurden!

Am Sonnabend endlich haben die Herren nun gezeigt, auf was es ihnen in Wirklichkeit ankommt. Sie haben den Arbeitern einen neuen Tarif vorgelegt, durch welchen den Arbeitern das im Frühjahr Erzwungene glattweg genommen werden soll. An Stelle des Wochenlohnes von 24 M. soll ein Tagelohn von 4 M. treten, wodurch den Arbeitern nicht nur der Lohn für die Feiertage entgeht, sondern man sie auch durch „Aussehen“ in der stillen Zeit auf halbe Ration setzen kann. Dann soll die Hausarbeit wieder eingeführt werden und die Lohnzahlung, die bisher am Freitag stattfand, soll in das Belieben eines jeden Arbeitgebers gestellt werden. Von einem „paritätischen“ Arbeitsnachweise ist keine Rede; es heißt ganz einfach: Die Arbeitsvermittlung regelt unser Nachweis.

Die Versammlung der Schneider hat einstimmig diesen Entwurf abgelehnt und sich auf den Boden des Schiedsspruches gestellt, den das Einigungsamt abgegeben hatte.

Zugung von Schneidern nach Wilhelmshaven-Bant ist fern zu halten!

Der Prozeß Humbert.

2. Verhandlungstag.

Paris, 10. August.

Der Anhang zu dem heutigen zweiten Verhandlungstage gegen die Humberts war fast noch gewaltiger als am Samstag. Hatte doch Theresie feierlich versprochen: „Ja, am Montag da werde ich reden, vorausgesetzt, daß ich gut disponiert bin“. Und es giebt immer noch Leute, die den Worten der braven Komödiantin, die ihre Rolle bis zum Schluß auszuspielen will, Glauben schenken.

Frau Theresie ist in der That heute gut disponiert. So sagt sie wenigstens, als sie gleich zu Beginn der Sitzung den Präsidenten um Wiederaufnahme ihrer Vernehmung bittet. Doch so galant und entgegenkommend Herr Bonnet sonst ist, er weist Frau Theresie zur Ruhe, bis er sie fragen wird, und setzt

die Vernehmung Frédéric Humberts

über die Rente Diagère und die Erwerbung der zahlreichen Schlösser und Immobilien fort. Der Gatte Theresens ist wieder in seine allgewohnte, vorsichtige, lauernde Haltung, die er meist einzunehmen für gut befindet, zurückgefallen. Aufmerksam folgt er den Fragen des Präsidenten und es ist eigenartig mit anzusehen, wie dieser fast

Kumpfsinnig ausschauende große hagere Mann, der weit älter erscheint, als er tatsächlich ist, mit ungläublicher Schnelligkeit sich in jede neue Situation hineinfindet und immer wieder ein Hinterhüßchen findet, bis er schließlich doch durch die geschickten Fragestellungen des Präsidenten gefangen wird, zum Widerspruch von Frau Therese, die wiederholt energisch auf die Barre der Anklagebank schlägt und durch unwillige Ausdrücke ihrer Unzufriedenheit Ausdruck giebt. Frédéric muß schließlich zugeben, daß er es tatsächlich war, der die gefälschten Protokolle über niemals stattgehabte Sitzungen der Aktionäre und des Aufsichtsrats der Rente Viagère abgefaßt hat, auch daß er seiner Gattin bei einer imaginären Durchführung „geholfen“ hat, daß er, „um ungestört malen und dichten zu können“, eine zweite Wohnung unter falschem Namen gehabt hat. Frédéric erklärt, daß kein Mensch einen einzigen Centime verlieren werde, und daß das Gericht einen unverantwortlichen Leichtsinns gezeigt habe, als es die Gründer einer so einträglichen Gründung wie die Rente Viagère eingestuft habe. „Allerdings“, so ruft er pathetisch aus, „haben wir viel Geld, Millionen, hineingesteckt.“ Der Präsident weiß nun alles, was er im Augenblick von jenem wissen will, seine Vernehmung ist zu Ende.

Romain Daurignac, der Bruder der „großen“ Therese, tritt auf die Scene. Während seiner Vernehmung glaubt man sich wirklich in ein Possentheater verkehrt, denn es ist geradezu haarsträubend, wie dieser Mann es wagt, vor Gericht zu sprechen. Zunächst versucht er ganz ernsthaft, für die verschiedenen Zeiten, in denen er nach Angabe der Anklageschrift sich bei der Post die unter H. C. für Henri Crawford bestimmten Briefe abgeholt haben soll, Alibiweise anzutreten. Er behauptet, zu diesen Zeiten fast immer bei seiner Geliebten, Mme. Delance, gewesen zu sein. Als ihm der Präsident vorwarf, daß es gleichzeitig für mehrere Frauen große Ausgaben gemacht habe, da ruft Herr Romain mit wohlgefälligem Lächeln in den Saal: „Wer von Ihnen, meine Herren, hätte wohl seine Maitresse Frauen muß man haben, denn sie machen erst das Leben lebenswert, und ich frage ernstlich alle Männer, die hier sind, ob sie im Leben nicht auch vier, fünf Frauen gehabt haben, die Ihnen nahe gestanden!“

Der ganze Saal ist in Heiterkeit, der Vorsitzende, die Verteidiger, ja selbst die Geschworenen, die sonst eine sehr würdevolle Haltung einnehmen, schmunzeln vergnügt, und selbst Frau Therese bricht in helles Lachen aus.

Das positive Ergebnis der Vernehmung Romain Daurignacs ist, daß er bestreitet, jemals auf der Post die für die Crawfords bestimmten Briefe abgeholt zu haben, trotzdem in der Voruntersuchung die Postbeamten erklärten, sie könnten sich nicht irren und Romain sei mit dem Abholer der Crawford Briefe identisch. Ferner stellt der Präsident unter fortwährender Heiterkeit des Publikums fest, daß Romain ein besonderes Faible für die Schauspielerkunst hatte und sich selbst nicht scheute, verkleidet mit seiner Geliebten auf einen Ball der großen Oper zu gehen. „Und wie Sie da gewandt und sicher sich in die Rolle eines Bojaren hineinfinden“, giebt der findige Präsident seine, Romain sogar in Verlegenheit bringende Schlussfolgerung ab, „so haben Sie sich auch mit gleicher Sicherheit in die Rolle des wackeren Crawford hineingespielt, und sie getreulich bis zu Ende durchgeführt.“

Nun giebt der Präsident das Stichwort zum Auftreten von **Emile Daurignac.**

Mit einem Schläge ist die heitere Stimmung hinweggeweht, denn Emile ist weit ernster und gewiegter als sein Bruder, und weicht mit ungläublicher Geduldlichkeit allen verhänglichen Fragen aus. Er will niemals einen Zweifel gehabt haben, daß die Crawford-Geschichte in schönster Ordnung war. Selbstverständlich stellt er demzufolge auch in Abrede, jemals sich für einen der Crawfords ausgegeben zu haben. Er sagt: Was Therese und Frédéric getrieben haben, weiß ich nicht. Ich glaube, jedenfalls nichts Unrechtes. Ich aber habe immer im guten Glauben an die Rechtmäßigkeit meiner nächsten Anverwandten gehandelt.

Präsident Bonnet hat anscheinend noch eine Frage an Emile zu stellen, da plötzlich wendet er sich mit schneller Wendung zu der völlig unvorbereiteten Therese und ruft ihr mit erhobener Stimme zu: „Wo sind die Crawfords? Wo sind die Millionen? Wo liegt Schloss Marcotte?“ — Nun können Sie reden. Nun machen Sie Ihre Enthüllungen, die Sie uns versprochen.“

Therese ist wie aus den Wolken gefallen; dieser unerwartete, überaus geschickte Angriff hat sie um ihre mühsam bewahrte Haltung gebracht. Betört stammelt sie einige Worte, die niemand im Saale versteht. Die Spannung ist aufs höchste gestiegen. Da plötzlich, sie weiß sich nicht anders zu helfen — winkt sie dem Gerichtsarzt, der in ihrer Nähe steht, und ruft mit ängstlicher, unsicherer Stimme statt ihrer Antwort dem Präsidenten zu: „Ich kann nicht mehr, nur eine kleine Pause, dann werde ich alles sagen.“ Der Präsident thut ihr den Gefallen, er hat erachtet, was er wollte. Es tritt eine halbstündige Pause ein. Man bringt den Angeklagten eine kleine Erfrischung.

Die Pause ist beendet und Frau Therese erhebt sich schmerzhaft, um dem Präsidenten ihre Antwort zu geben. Erst inhaltsleere Phrasen, Gerede ohne Sinn, dann plötzlich das überraschende Gefändnis: „Die Crawfords heißen nicht Crawford.“

Ein angenommener Name nur ist es, weiter nichts. Sie habe nicht nur die Welt damit betrogen, sondern auch ihren Mann, ihre Familie. Aber die Crawfords werden kommen, nein jene anderen und die Millionen werden kommen, und wenn sie nicht kommen bis zum Ende des Prozesses, dann wird sie alles sagen, eher nicht, erst müssen die Zeugen alles gesagt haben, das will sie hören, und auch den Staatsanwalt. Dann erst will sie alle Lügengebilde zerdrücken.

Der Zwischenfall ist beendet. Ueber den Zuhörern liegt eine beklemmende Spannung, die sich bei den nun folgenden ersten Zeugenansagen nicht lösen will. Sie sind auch gar zu belanglos. Die Zeugen, einige Frauen aus Toulouse, erklären, wie die Humberts auf große Rententitel hin sich bedeutende Darlehen verschafft haben. Ein Advokat, Camp aus Narbonne, sagt aus, daß er selbst seinen Klienten geraten habe, den Humberts Darlehen zu geben, da diese ihm ebenfalls große Rententitel gezeigt hätten. Diese

Rententitel seien aber gefälscht gewesen, denn der Präsident stellt schließlich fest, daß einer der Rententitel, der 40 000 Fr. betrug, ursprünglich nur auf 4 Fr. gelautet habe. Frau Humbert giebt die Möglichkeit zwar zu, behauptet aber, daß der frühere Advokat Amigue diese Fälschungen begangen habe. Thatsächlich ist dieser Amigue auch schon wegen ähnlicher Fälschungen bestraft.

Advokat Amigé wird über das gerichtliche Verfahren gegen die Crawfords gehört. Ein heines Schamgefühl zwischen dem über Antworten ruhigen Labori und dem Präsidenten über das Leben einiger weiterer Zeugen — dann ist auch die zweite Sitzung des Humbert-Prozesses geschlossen. Das Gesamtergebnis: Der offensichtliche Zusammensturz des Crawford-Märchens.

Paris, 11. August. (B. Z. V.) Prozeß Humbert. Die Sitzung wird am Mittag eröffnet. Der Anwalt Parmentier setzt das Verfahren in den mit den Crawfords zusammenhängenden Angelegenheiten auseinander; er habe die Crawfords verschiedene Male gesehen; die Daurignacs hätten keineswegs deren Rolle gespielt.

Im weiteren Verlauf des Verhörs des Anwalts Parmentier wurde festgestellt, daß dieser in der That die Crawfords persönlich nicht gesehen hat. Parmentier beteuert aber seinen guten Glauben und versichert, er habe ebenso wie alle Welt an das Vorhandensein der Crawfords geglaubt, obwohl er mit ihnen nur auf dem Wege des „Poste restante“-Verkehrs in Verbindung gewesen sei.

Der Anwalt der Crawfords, Augou, sagt aus, daß diese ihm eine Abschrift der freitigen Testamente übermittelten und giebt dann Einzelheiten über die auf richterliche Entscheidung bewirkte Öffnung des Geldschrankes. Er wird mehrmals durch Therese Humbert unterbrochen.

Nach kurzer Unterbrechung der Sitzung berichtet der Anwalt Labori, daß Therese Humbert dem Liquidator der Staatsbank von 6 Millionen Frank und andern Gläubigern 4 Millionen Frank zurück-erstattet habe. Labori erklärt, daß er nur Frédéric Humbert etwa gehorcht gesehen habe.

Nachdem Rechtsanwalt Labori geendet, erhebt zunächst Frédéric Humbert und dann auch Frau Humbert heftige Angriffe gegen den Minister Ballu, dessen Erscheinen als Zeuge sie verlangen. Der Präsident erklärt, die Leere des Geldschrankes rechtfertige das gerichtliche Verfahren. Labori fährt aus, die Behörden hätten die Angeklagten abreisen lassen. Der frühere Ministerpräsident Waldeck-Rousseau habe ihre Abreise durch Unthätigkeit begünstigt. Auf die Einwendungen des Vorsitzenden erklärt Labori mit lauter Stimme: „Ich werde den Bericht beweisen, daß einige Monate vor der Verhaftung der Humberts in Madrid der frühere französische Botschafter am spanischen Hofe Patenötre, der behauptet, von der Anwesenheit der Humberts nichts gewußt zu haben, beinahe die Marie Dauvignac geheiratet hätte.“ Nachdem dann noch zwei weitere Zeugen ihre Aussagen gemacht haben, wird die Sitzung geschlossen.

Aus Industrie und Handel.

Neue Berliner Stadtanleihe. Von einem hiesigen Blatt wurde kürzlich berichtet, daß die wegen Begebung eines größeren Teils der neuen Berliner Stadtanleihe mit einem Konsortium geführten Verhandlungen nunmehr soweit gediehen wären, daß eine Emission des übernommenen Betrages in nächster Zeit in Aussicht steht. Wie dem „Berl. Tageblatt“ mitgeteilt wird, ist diese Nachricht unzutreffend. Die neue, von der Stadtverordneten-Versammlung genehmigte Berliner Stadtanleihe hat die erforderliche Genehmigung der Aufsichtsbehörde noch nicht erlangt. Bevor diese nicht vorliegt, könne an eine Emission nicht gedacht werden.

Schweißstabeisen-Walzwerke. Wie die „Kölnische Zeitung“ erzählt, wurde in der heutigen in Düsseldorf abgehaltenen Versammlung der Vereinigung der Rheinisch-Westfälischen Schweißstabeisen-Walzwerke festgestellt, daß sich die Verrückung im allgemeinen gebessert hat. Es wurde beschlossen, an dem bisherigen Mindestpreis von 120 M. für Handstabeisen und 130 M. für Riemenstabeisen festzuhalten. Es sollen Verhandlungen eingeleitet werden, um die aufgelöste Vereinigung der Flußstabeisen-Walzwerke wieder aufzurichten.

Betrügereien infolge der Preispolitik der Kartelle werden bekanntlich geradezu dadurch provoziert, daß die Kartelle ihre Preise für das Ausland billiger als für das Inland stellen. Die Kompliziertheit der modernen kapitalistischen Volkswirtschaft begünstigt solche Betrügereien insofern, als der verzweigte Zwischenhandel zwischen Kartell und Konsument den Weg, den das Produkt nimmt, außerordentlich verschleiert. Daher kommt es denn, daß solche Betrügereien verhältnismäßig selten ausgedeutet werden, und daß, wenn ein solcher Fall doch eintritt, das Geschrei desto größer ist: natürlich nicht über den wirklichen Urheber solcher Betrügereien, die Preispolitik der Kartelle, sondern über den Händler, der sich lediglich diese Preispolitik zu Nuzen macht. So geht jetzt wieder ein großer Sturm durch den kapitalistischen Wälderwald, weil ein galizischer Händler einen größeren Abschlag auf Salzstabeisen mit dem oberösterreichischen Salzwerks-Verband zum Export zu herabgesetzten Auslandspreisen gemacht hatte, das Salzstabeisen aber in Myslowitz umladen und nach Hannover behufs Verkaufs auf dem Inlandmarkt hatte zurücksenden lassen. Nach bürgerlichen Blättern erregt dieser „Betrug“ in Schlesien „großes Aufsehen“, obwohl er doch zu den natürlichsten Folgen der Kartellpreispolitik gehört und, wie gesagt, durch diese geradezu provoziert wird.

Eröffnung der Dampffähre Warnemünde-Gjedser. Nach einer an die Handelskammer gerichteten Mitteilung der Großherzoglichen General-Eisenbahndirektion zu Schwerin in Mecklenburg wird am 1. Oktober d. J. zwischen Warnemünde und Gjedser eine von den Mecklenburgischen und Dänischen Staatsbahnen betriebene Dampffähre-Verbindung eröffnet werden, die den direkten Wagentransport von und nach Dänemark, Schweden und Norwegen gestattet. Die Einrichtung führt gegenüber der bereits bestehenden Fährverbindung über Bamdrup-Friedericia-Korsör eine beträchtliche Wegeabkürzung herbei; so wird z. B. der direkte Seienweg Berlin-Kopenhagen um über 300 Tarifikilometer abgekürzt. Die neue Strecke wird mit dem Tage der Betriebseröffnung in den Deutsch-Dänischen Verbandsvertrag und demnach auch in den Deutsch-Schwedischen und Deutsch-Norwegischen Gütertarif einbezogen werden; es wird dadurch eine wesentliche Bewilligung der zur Zeit geltenden direkten Gütertarife eintreten. Ueber die voraussichtliche Höhe der künftigen Frachttarife erteilt das Verkehrsministerium nähere Auskunft.

Eisenbahnfracht-Ermäßigungen für Indierubben auf österreichischen Bahnen. In einer gestern in Wien im Eisenbahn-Ministerium mit Vertretern der Privatbahn-Verwaltungen sowie mit jenen des böhmisch-galizischen Landesauschusses abgehaltenen Konferenz teilte Ministerialrat von Buschmann mit, das Eisenbahn-Ministerium habe für Indierubben die Anwendung des Ausnahmetarifes 2 an Stelle des Ausnahmetarifes 1 in Erwägung gezogen sowie niedrigere Frachttarife für Rübenschnitzel und andre verwandte Produkte.

Der Vertreter der Südbahn erklärte, da die Südbahn den Indierubben im internen Verkehr als auch im Export bereits wesentlich billiger verfrachte als die deutschen Eisenbahnen, könne er die Herabsetzung der Frachttarife nicht zugestehen. Auch die übrigen Vertreter der Privatbahnen verhielten sich ablehnend gegenüber den Forderungen der Indierubben, welche sie als unberechtigt bezeichneten, zumal es noch fraglich sei, ob die Wälfelzer Konvention so nachteilig wirken werde, wie die Industriellen behaupteten. Der Vertreter des böhmischen Landesauschusses erklärte sich gegen eine generelle Tarifiermäßigung der auf dem Staatsbetrieb stehenden böhmischen Lokalbahnen, während der Vertreter des galizischen Landesauschusses den Tarifiermäßigungen zustimmte.

Angesichts der Haltung der Privatbahn-Verwaltungen bemerkte Herr v. Buschmann, daß das Eisenbahn-Ministerium nunmehr sich die weiteren Entschlüsse vorbehalten müsse.

Sociales.

An die baugeverblischen Arbeiter Deutschlands!

Arbeitsgenossen! Durch Beschluß des zweiten Kongresses für Bauarbeiter-Schutz ist der Central-Kommission für Hamburg wieder die Leitung der Agitation für den Arbeiter-Schutz übertragen worden. Bei der Ausübung dieser Tätigkeit ist die Central-Kommission selbstverständlich auf die rege Unterstützung der Organisationen der baugeverblischen Arbeiter-Schutz angewiesen. In diesem Sinne hat der Kongreß beschlossen:

Zur Unterstützung der Central-Kommission sind die örtlichen Preisvereine (Mitteln, Zahlstellen) der baugeverblischen Arbeiter verpflichtet, und sind zu diesem Zweck Lokalkommissionen für Bauarbeiter-Schutz einzusetzen.

Die Achtung vor unsren Beschlüssen und die immer bewährte Disziplin der organisierten Arbeiter des Baugeverbes werden dafür Sorge tragen, daß der Wille des Kongresses entgegen allen reaktionären Machenschaften zur Geltung kommt. Durch die Solidarität der baugeverblischen Berufsarbeiter sind die gesetzgebenden Faktoren gezwungen worden, zur Frage des Bauarbeiter-Schutzes Stellung zu nehmen. Was auf diesem Gebiet erreicht ist, verdient Beachtung; aber wie die Unfallsstatistiken der Baugeverberufsvereine zeigen, haben die Behörden in den einzelnen Orten und Bundesstaaten nicht zu dem von uns geforderten Bauarbeiter-Schutz geführt. Die Paritätargesetzgebung ist bei dem großen Einfluß des Unternehmertums in den Engellandtagen unfähig, auf den Bauten geordnete Zustände zu schaffen. Auf dem Gebiete des Gesundheits- beim Hoch- und Tiefbau, in Bezug auf den sanitären Schutz, be-

treffend die Baubuden, Aborte, die Fenster- und Coaklofsfrage, und besonders gegen Farben-, Blei- und Metallvergiftung, zeigt sich die bisherige Gesetzgebung völlig unzulänglich. Für die baugeverblischen Arbeiter muß deshalb nach wie vor die wichtigste Forderung sein:

Erlaß eines Reichs-Bauarbeiter-Schutzgesetzes, worin die Reorganisation des baugeverblischen Ueberwachungsamtes dahingehend festgelegt wird, daß den Arbeitern für die Wahrung ihrer Interessen eine gleichberechtigte Mitwirkung durch den Baukontrolleur aus den Reihen der Arbeiter gesichert ist. Der Kampf um dieses Gesetz wird die Wege ebnen für ein Reichs-Bau- und Wohnungsgesetz, und so in sozialpolitischer Beziehung von fegensbringender Tragweite sein. Die Rechte der Arbeitervertreter bei den Berufsvereinigungen bedürfen ebenfalls einer Erweiterung und zwar dahingehend: daß sie nicht allein auf dem engeren Gebiete der Unfallberühung, sondern bei allen Reformen der Baugevergebung gutadlich gehört werden müssen. Die Agitation für diese Forderungen wird dazu beitragen, die strafrechtliche Verantwortlichkeit der Behörden für die Unachtsamkeit des Arbeiterschutzes in das rechte Licht zu rücken und ist deshalb auch mit Nachdruck für eine Reform der Strafprozessordnung einzutreten. Um die übliche Nachsicht der Behörden für die Vernachlässigung des Arbeiterschutzes mehr mit dem Rechtsbewußtsein des Volkes in Einklang zu bringen, bedarf es einer Mitwirkung der Arbeitervertreter als Sachverständige und Richter.

Im weiteren ist die Verrückung des Submissionswesens eine dringliche Forderung im Interesse des Arbeiterschutzes. Wo sich zur Zeit diese Forderung nicht realisieren läßt, muß es unsre Aufgabe sein, eine Reform dahingehend anzustreben, daß die Unternehmer durch Bestimmungen in den Lieferungsverträgen zur Durchführung der Unfallberühungsmassnahmen und des sanitären Schutzes und ebenfalls zur Anerkennung der Lohnklausel im Sinne der Kongreßbeschlüsse verpflichtet werden.

Die Central-Kommission wird ihrem Auftrage gemäß den Lokalkommissionen und Vertrauenspersonen bei ihrer Tätigkeit unterstützend zur Seite stehen. Durch Kontrollen der Bauten und Statistiken über die vorgefundenen Mängel werden wir ein reiches Material zur Begründung unserer Forderungen und Vorschläge zusammenbringen. Die Vertrauenspersonen werden es aber als ihre besondere Pflicht betrachten müssen, der Central-Kommission die Arbeit dadurch zu erleichtern, daß sie ihr alles einschlägige Material zur Kenntnisnahme einsenden. Bei einem solchen Zusammenarbeiten werden auch für die kommenden Jahre auf dem vielseitigen Gebiete des Bauarbeiter-Schutzes die Erfolge nicht ausbleiben können.

Arbeitskollegen! Vieles müssen wir im eignen und im Interesse der kommenden Generation noch erreichen, große Aufgaben stehen uns bevor! — Eine gewaltige Waffe im Kampf für den Arbeiterschutzes ist die Organisation. Der Ausbau unserer gewerkschaftlichen und politischen Organisationen ist gleichbedeutend mit der Erkenntnis und Erweiterung des Schutzbedürfnisses der baugeverblischen Arbeiter. Wenn wir jetzt eingedenk sind, daß die Organisation ein mächtiger Ball gegen Unternehmertum und Brutalität bedeutet, dann wird es uns gelingen, auch im Baugeverbe die Profitgier und Ausbeutung zurückzudrängen und manches Arbeiterleben der Vernichtung zu entreißen! Nun vorwärts!

Die Central-Kommission für Bauarbeiter-Schutz zu Hamburg, N. B. Alle Briefe und Sendungen für die Central-Kommission sind an G. Heintze in Hamburg-St. Georg, Brennerstraße 11, 2. Etage, zu richten.

Achtung, Gewerbegerichts-Beisitzer!

(Arbeitnehmer.)

Am Donnerstag, den 10. September, abends 7 1/2 Uhr, findet in Dresden, im Gasthaus „Zum Sennefelder“, Raulbachstraße 18, eine

Konferenz der Arbeitnehmer-Beisitzer statt.

Die Tagesordnung lautet:

1. Berichterstattung des geschäftsführenden Ausschusses.
2. Aussprache über die Tagesordnung der Verbandsversammlung des Verbandes deutscher Gewerbegerichte.

Mittags 2 Uhr desselben Tages findet im genannten Lokal eine kurze Besprechung der anwesenden Beisitzer statt.

Der Centralauschuh der Gewerbegerichte Deutschlands.

1. Vorsitzender: A. Köstlin.

Im Dienst der Berufsvereinigungen!

Die Vertrauensleute der Berufsvereinigungen haben schon manches geleistet, aber ein Stücklein, wie es jetzt der „Volkswote“, unser Stettiner Parteiblatt, mittelst, ist uns doch noch nicht bekommen. Ein Fortarbeiter, der infolge von zwei Insalven vollständig erwerbsunfähig war, bezog durch zwei Jahre die Vollrente. Im Herbst 1902 sollte seine Rente herabgesetzt werden. Auf seine Berufung wurde er auf Veranlassung des Schiedsgerichts von einem Dr. Berndt untersucht und in dessen Gutachten lautet der Schluß:

„Auf einer geringen Schwellung und Empfindlichkeit des rechten Fußes sind also Folgen des Unfalles oder der Unfälle nicht mehr nachweisbar. Dagegen ist der Mann im Genuß seiner hohen Rente seit und beuam geworden. Es ist die höchste Zeit, daß er wieder ordentlich zu arbeiten anfängt. Mit dem Schwanden des sauren Bettes werden auch die jetzt noch vorhandenen geringen Verdienste vergehen. Ich halte eine Uebergangsrente für 30 (dreißig) Prozent Erwerbsunfähigkeit für völlig ausreichend. Nach einem Jahr wird der Mann voraussichtlich eine noch größere Arbeitsfähigkeit erlangt haben, vorausgesetzt, daß er arbeitet.“

Man beachte, daß der Mann Fortarbeiter ist. Nach § 6a des Unfallversicherungs-Gesetzes für land- und forstwirtschaftliche Arbeiter wird die Rente berechnet nach dem durchschnittlichen Jahresverdienst, der ohne Rücksicht auf den Individuallohn durch die Verwaltungsbehörde festgesetzt wird. Für den Bezirk, zu dem der betreffende Fortarbeiter gehört, ist der durchschnittliche Jahresverdienst auf 450 M. festgesetzt, so daß die Vollrente — zwei Drittel des Lohnes — 300 M. für ein Jahr beträgt. Der unglückliche Fortarbeiter, der nach der Angabe unfers Stettiner Parteiblattes auch verheiratet ist, hat also monatlich 25 M. Rente bezogen. Man muß fast an der Berechnungsfähigkeit eines Arztes zweifeln, der angesichts solcher Thatsachen schreiben kann, der Verunglückte sei im Genuß seiner hohen Rente seit und beuam geworden.

Welche Entscheidung das Schiedsgericht gefällt hat, wird in dem genannten Blatte nicht mitgeteilt.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Aus dem schlesischen Reichsgebiet.

Breslau, 11. August. (B. Z. V.) Der stellerredende Oberpräsident der Provinz Schlesien macht bekannt: Ihre Majestät die Kaiserin und Königin haben bei ihrem Schreiben aus Breslau mich allerhöchst beauftragt, zum Ausdruck zu bringen, wie das schwere Ueber-schwemmungsunglück und seine traurigen Folgen für viele Tausende ihrer schlesischen Untertanen ihre Herz mit tiefstem Mitleid erfüllt haben, wie aber andererseits ihrem Herzen zur Freude gerührt habe, daß auch in den schwererbetroffenen Gegenden die Einwohner sie freudig begrüßt und ihr einen begeisterten Empfang bereitet haben. Ihre Majestät lassen hierfür ihren allergnädigsten Dank sagen. Im allerhöchsten Auftrage bringe ich dies zur öffentlichen Kenntnis. Der Oberpräsident. In Vertretung: Michaelis.

Bremerhaven, 11. August. (B. Z. V.) Für die von der Besätsung Südamerikas kommenden Schiffe hat das Quarantäneamt wegen Aufstretens der Pest in Südamerika die Quarantäne angeordnet.

London, 11. August. (B. Z. V.) Das Oberhaus hat die dritte Lesung der irischen Landbill angenommen.

Petersburg, 11. August. (B. Z. V.) In mehreren Ortshäusern des Kreises Altomowitschi im Gouvernement Wologda ist eine Ruhr-epidemie ausgebrochen. Im vorigen Monat sind bereits 110 Todesfälle vorgekommen.

Das Erwachen Chinas.

London, 9. August.

Hätten wir aus der Feder eines gebildeten Chinesen eine Geschichte seines Vaterlandes in den letzten zehn Jahren, wir würden mit Schrecken gewahren, daß der europäische Imperialismus seit 1897 an der verbrecherischen Arbeit ist, um das geistige Erwachen und die kulturelle Verjüngung eines Viertels der Menschheit zu verhindern. Denn nach den in den letzten Jahren aus dem fernen Osten eingetroffenen Nachrichten kann kein Zweifel mehr darüber obwalten, daß gegenwärtig unter den gebildeten Schichten der mongolischen Rasse eine tiefe geistige Gärung vor sich geht, die von den reaktionären Elementen Chinas mit Hilfe Rußlands, Deutschlands und Frankreichs gewalttätig unterdrückt wird. Die chinesischen Reformen sind in Gefahr, das Schicksal der russischen und jungtürkischen Reformen zu teilen und im Exil oder im Gefängnis zu verenden und zu sterben.

Dies ist die Bedeutung der in den letzten Tagen aus Peking und Shanghai eingetroffenen Nachrichten über Verhaftung, Hinrichtung und Flucht verschiedener chinesischer Schriftsteller und Studenten, ebenso der Nachrichten aus den Vereinigten Staaten, von wo aus die dort wohnenden chinesischen Reformen an die Völker des Westens um Hilfe appellieren.

Auf Seiten der Reformen stehen Japan und England. Erst vor einigen Tagen erklärte der Premierminister Mr. Balfour im Unterhause, daß die britische Regierung beschloffen habe, die chinesischen Majestätsbeleidiger in Shanghai dem chinesischen Hofe nicht auszuliefern. In noch stärkerer Weise sind die Japaner für eine kulturelle Verjüngung Chinas und für die Aufrichtung eines fortschrittlichen gelben Reiches im fernen Osten. Wie der chinesische Korrespondent Mr. Georg Lynch im laufenden Heft der „Aincent Century“ schreibt, giebt es in China Beweise genug, daß Japans Einfluß dort immer stärker wird. In den letzten drei Jahren sind viele junge Chinesen nach Japan gegangen, um an den dortigen Universitäten und Militärschulen zu besuchen. Die Japaner haben in China selbst eine Hochschule gegründet, wo nur japanische Professoren unterrichten und Japane haben die Peking Polizei reorganisiert. Bekannt ist ferner, daß die Chinesen die fremden Armees-Instruktoren entlassen und deren Stellen an japanische Offiziere vergeben, die mit großem Eifer ihre Pflichten erfüllen. Es sind bereits 70 solcher Offiziere in chinesischen Diensten. Auch bestellte die chinesische Regierung drei Kanonenboote bei japanischen Schiffbauern. Dann soll eine japanisch-chinesische Bank errichtet werden, die ähnliche Aufgaben erfüllen soll wie die russisch-chinesische Bank. Lynch erzählt, daß die japanischen Waren im ganzen fernen Osten an Absatz gewinnen. Ebenso wird Korea japanisiert; die Armees Koreas ist von der japanischen kaum zu unterscheiden.

Das Erwachen Chinas zeigt sich vor allem im höheren Schulwesen. Vor einigen Monaten veröffentlichte die „Contemporary Review“ eine Korrespondenz aus Shanghai, die darüber erschöpfende Auskunft giebt. Danach werden jetzt den chinesischen Studenten beim Staatsexamen u. a. folgende Fragen zur schriftlichen Beantwortung vorgelegt:

In den Provinzen Kiangsu und Anhui.

- 1. Hat nach internationalem Recht jemand die Befugnis, sich in die inneren Angelegenheiten eines fremden Landes zu mischen?
2. Wann entstand die Goldwährung? Warum wird Gold teurer? Wer sind die Führer der Gold- und Silberwährungs-Parteien? In der Zahlung der Kriegsschuldigung macht der Preisfall des Silbers einen enormen Unterschied. Was ist das Heilmittel dagegen?

In den Provinzen Hupeh und Hunan.

- 1. Rußland hat eine absolute Monarchie; England eine beschränkte; in Amerika ist das Volk souverän und wählt sich seine Herrscher. Welche von diesen Ideen würde für China nützlich oder schädlich sein?
2. Als Japan seine Reformen nach europäischem Muster einführt, da meint man manche Leute, es habe gut getan, und andre glauben, es habe Fehler gemacht. Sehe diese Argumentation klar auseinander und zeige, was China thun sollte?

In der Provinz Tschiang.

- 1. Da das europäische Erziehungsweisen in Griechenland entstand, zeige den Beginn und Fortschritt des Schulwesens im alten Griechenland.
2. Was sind die Quellen der wirtschaftlichen Mitle Europas? China ist sehr arm; was soll es thun, um wirtschaftlich zu erstarken?
3. Da die europäischen Geseze in Rom entstanden sind, zeige die Grundlinien ihres Anfangs und Fortschritts. Da China von der Exterritorialität leidet (d. h. da die in China wohnenden Europäer den chinesischen Gesezen und Gerichten nicht unterworfen sind), zeige, wie es möglich wäre, daß China wieder Herr des Landes wird, wie es andre Völker in ihren Ländern sind.
4. Geographie und Landmessungen werden in Europa hochgeschätzt. Infolge der großen physischen Verschiedenheit der Weltteile sind auch die Sitten und Gewohnheiten verschieden. Was soll China aus diesen Thatsachen lernen?
5. In der europäischen Naturwissenschaft werden immer neue Naturgeseze entdeckt und neue Maschinen erfunden. In unseren letzten Handelsverträgen erhielten die Ausländer das Recht, Fabriken im Innern Chinas zu errichten. Wo verliert China wieder einen Teil des Landes. Was sollen wir thun, um dies zu vermeiden?

Zu der Provinz Schantung.

- 1. Die Steuern in fremden Ländern sind sehr schwer, und doch werden sie bereitwillig gezahlt. Was sind die Ursachen davon, und wie kann auch die chinesische Regierung ihre Steuerquellen ausweiten?
2. Nach internationalem Recht müssen Ausländer, die zeitweilig sich in unserm Lande aufhalten, geschützt werden. Diesen Grundfay müssen wir festhalten, damit die Ausländer sich beruhigt fühlen.
3. Erkläre die Vorteile der Eisenbahnen für Schantung.
4. Erkläre den Nutzen der chemischen Studien auf den Ackerbau.
Diese merkwürdigen Fragen zeigen deutlich, wie tief die denkenden Chinesen sich mit der Krise ihres Vaterlandes beschäftigen. Wie viel Geisteskraft hat es gebraucht, bis ein Orientale sich über Monarchie und Republik, Ueberlieferung und Wissenschaft, europäische Delonome und Kultur so klare Fragen stellen konnte? Und doch kann dieses reformatorische Erwachen auf Jahre hinaus unterdrückt werden, wenn Rußland und seine Gefolgschaft die Oberhand in Peking behalten. So berichtet neulich eine Reutersdepesche aus Peking, daß sechs chinesische Studenten, die in ihren kassischen Reformgedanken entwickelten, vom Censor denunziert wurden, worauf die Studenten die Flucht ergriffen, da sie sich vor der Hinrichtung fürchteten; man glaubt, sie seien nach Japan entkommen.

Es ist die Kaiserin-Witwe, die diese Reformerverfolgungen insceniert. Aber es ist sicher, daß die Kaiserin-Witwe nur das Werkzeug in den Händen Rußlands ist.

Die Kreiskonferenz des Kreises Potsdam-Spandau-Osthavelland

wurde am Sonntag, den 9. August, in Spandau im stummeschen Lokale abgehalten. Es waren anwesend 29 Delegierte aus 19 Orten. Die Mandatsprüfungs-Kommission hatte zwei Mandate beanstandet, dieselben wurden aber für gültig erklärt. Außerdem waren anwesend einige Genossen vom Spandauer Vorstand und von der Preßkommission mit beratender Stimme, von der „Brandenburger Zeitung“

die Genossen Sidow und Bollmann, vom sechsten Berliner Wahlkreise die Genossen Freythalter und Maß, und von der Agitationskommission Genosse Dimmid.

Die Tagesordnung lautete:

- 1. Bericht des Kreisvertrauensmannes und Berichte aus den einzelnen Orten.
2. Presse. Referent Dräuer-Velten.
3. Was lehrt uns die letzte Reichstagswahl und unsre Stellung zur Landtagswahl.
4. Aufstellung des Landtagskandidaten.
5. Wahlen der Delegierten zum Parteitag und Provinzial-Parteitag sowie Wahl des Kreisvertrauensmannes.
6. Verschiedenes.

Auf Antrag des Genossen Paris-Velten wird der Punkt 3 Absatz 1 der Tagesordnung „Was lehrt uns die letzte Reichstagswahl“ gleich mit dem 1. Punkt der Tagesordnung zusammengehandelt. Der Kreisvertrauensmann Genosse Paris-Velten gab zum 1. Punkt der Tagesordnung zunächst einen Rückblick auf das verfloffene Jahr, das er als ein sehr arbeitsreiches bezeichnete. Die Arbeiten bei der diesmaligen Reichstagswahl haben sich gegenüber der 98er Wahl verdoppelt und verdreifacht. Redner bemängelt dann, daß so viel Flugblätter herausgegeben und daß ein großer Teil davon über die Köpfe des Central-Wahlkomitees hinaus verbreitet wurden. Das Wahlkomitee war dadurch außer Stande, den Inhalt der Flugblätter zu kontrollieren. An den meisten Flugblättern sei etwas auszusetzen gewesen. Es liege dies wohl zum Teil daran, weil der Sitz des Central-Wahlkomitees in Velten unglücklich gewählt war. Auch verschiedene Broschüren wurden verteilt und erfand sich namentlich der „Märkische Volkskalender“ großer Beliebtheit auf dem Lande. Versammlungen wurden 108 abgehalten. Bei den ländlichen Versammlungen seien seitens der Amtsvorsteher sehr viel Schwierigkeiten gemacht und verschiedene derselben aus sehr wichtigen Gründen inhibiert, jedoch sei man durch sofort eingeleitete Beschwerden meist doch zu seinem Recht gekommen. Der Besuch der Versammlungen war namentlich in den Städten immer ein guter. Die Presse sei bezüglich der Abonnentenzahl im Verhältnis zu den allgemeinen Fortschritten nicht besser geworden. Es werden im Kreise gelesen: 462 mal der „Vorwärts“, 1882 mal die „Brandenburger Zeitung“ und 1265 Exemplare der „Laternen“ (letztere nur in Spandau), zusammen 3111 Zeitungen. Hier müsse unbedingt eine Verbesserung herbeigeführt werden, namentlich wenn man bedenkt, daß bei der letzten Reichstagswahl rund 15 000 sozialdemokratische Stimmen abgegeben wurden. Die Organisation habe auch Fortschritte gemacht, allerdings sei die politische Organisation immer noch hinter der gewerkschaftlichen zurückgeblieben. Auch die Lokalfrage habe sich gebessert. In den meisten größeren Ortschaften seien der Partei Lokale zur Verfügung. In verschiedenen ländlichen Orten wurden Versammlungen in Scheunen abgehalten; auf diese Art der Versammlungen, die noch neu sei, werde man eventuell zurückgreifen müssen.

Zum Rassenbericht übergehend, verwies der Referent auf die gedruckt vorliegende Abrechnung, wonach die Einnahmen inklusive eines Bestandes von 636,60 M. vom Vorjahre 5226,55 M. und die Ausgaben 4964,59 M. betragen, so daß ein Bestand von 261,96 M. verbleibt. Die ganzen Einnahmen aus den Ortschaften des Kreises könne man auf rund 12 000 M. und die Ausgaben auf rund 9000 M. berechnen. Erfreulich sei, daß man die enormen Kosten aus eigener Kraft decken konnte, während man 1898 einen Zuschuß von 1000 M. vom Parteivorstand fordern mußte. Uebergehend zu dem Thema: Was lehrt uns die letzte Reichstagswahl? bemerkt Redner, daß die Fortschritte im allgemeinen gut seien, so daß es bei der nächsten Wahl gelingen werde, den Sieg zu erringen. Die Schuld, daß wir bei dieser Wahl nicht gelangt, trage der Spandauer Preßklub durch seinen Beschluß, bei der Stichwahl dem Reaktions-Pauli die Stimme zu geben. Man möge aber fleißig weiterarbeiten, dann werde der Erfolg nicht ausbleiben. Es folgt hiernach der Bericht der Delegierten aus den einzelnen Ortschaften, die im wesentlichen die Ausführungen des Kreis-Vertrauensmannes bestätigen und ergänzen. Allgemein wurde geklagt über den Inhalt der Flugblätter und wurde die Schuld dafür dem Kandidaten Genossen Liebknecht beigemessen, dem man die Ausarbeitung überlassen hatte. Es wurde auch bedauert, daß Genosse Liebknecht nicht erschienen sei. Allgemein wurde auch das Verhalten des Kreisfins bei der Stichwahl verurteilt. Ueber den zweiten Punkt, Presse, referiert Genosse Dräuer-Velten. Derselbe verwies zunächst auf die Bedeutung der Presse im allgemeinen und bedauerte, daß nicht einmal 1/3 der Sozialdemokraten des Kreises Leser von Parteizeitungen sei. Er bedauert, daß außer dem „Vorwärts“ noch zwei Lokalblätter, die „Brandenburger Zeitung“ und die „Laternen“ vorhanden seien. Der Zustand könne so nicht bleiben. Entweder müsse ein dieser beiden Blätter eingehen oder es müsse ein einheitliche Verhältnisse geschaffen werden. Er meint, es wäre besser, die „Laternen“ eingehen zu lassen und die „Brandenburger Zeitung“ durch Zeitungen auszubauen. Seitens der Spandauer Genossen wurde der Antrag eingebracht, die „Laternen“ als Kreisblatt anzuerkennen. Dieser Antrag wurde nach längerer Debatte abgelehnt. In der Diskussion wurde auch bemängelt, daß die Brandenburger Genossen so wenig Entgegenkommen gezeigt und dem Kreise Osthavelland keinen Sitz und Stimme in der Preßkommission eingeräumt hätten. Seitens der Spandauer wurde betont, daß, wenn man beschließen sollte, die „Laternen“ eingehen zu lassen, für Spandau und Umgegend ein großer Rückschlag in der Parteibewegung eintreten würde, für welchen die Spandauer Genossen die Verantwortung ablehnten. Es wurde schließlich beschlossen, eine Kommission zu wählen, welche mit der „Brandenburger Zeitung“ wie mit der „Laternen“ über eine Einigung verhandeln soll. In diese Kommission wurden gewählt die Genossen Hornig-Spandau, Staab-Potsdam, Lemme-Spandau, Dräuer-Velten und Mollenstädt-Kauen.

Ueber die Stellung zur Landtagswahl wird an anderer Stelle (unter „Landtags-Wahlbewegung“) referiert. Als Sitz des Kreis-Wahlkomitees wird wieder Velten bestimmt. Zum Delegierten für den nächsten Parteitag wurde Genosse Paris-Velten, als dessen Stellvertreter Genosse Lehmann-Hartwig gewählt. Zu Delegierten für die Provinzialkonferenz wurden gewählt die Genossen Lemme-Spandau, Kiesel-Potsdam und Mollenstädt-Kauen. Zum Kreis-Vertrauensmann wurde Genosse Paris-Velten wiedergewählt. Es wurde beschlossen, die nächste Kreiskonferenz in Kauen abzuhalten. Mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie wurde um 1/8 Uhr abends die Konferenz geschlossen.

Aus der Frauenbewegung.

An den Aufruf des Parteivorstandes zum Parteitag knüpft die Vertrauensperson der Genossinnen Deutschlands folgende Mahnung: Genossinnen!

Der Aufruf des Parteivorstandes wendet sich so gut an Euch, wie an die Genossen. Die Aufgaben der gesamten Sozialdemokratie sind auch Eure Aufgaben. Der Erörterung der Fragen, die auf der Tagesordnung des Parteitages stehen, die sich infolge des glänzenden Sieges der Sozialdemokratie aufdrängen, kommt auch eine schwerwiegende Bedeutung für den doppelten Befreiungskampf der Proletarierinnen zu. Wie die Genossinnen arbeitend und kämpfend redlich ihre Pflicht getan und das ihrige zum glorieichen Wahlausgang beigetragen haben, so müssen sie ihr Recht auf Anteilnahme an den Beratungen des Parteitages nutzen. Die Zahl der weiblichen Delegierten in Dresden sollte im Verhältnis zu der fortschreitenden kräftigen Entwicklung der proletarischen Frauenbewegung stehen, im Verhältnis zu der steigenden Mitarbeit der Genossinnen auf allen Gebieten der Parteithätigkeit.

Dies wäre um so wünschenswerter, als sicherlich manche der zu behandelnden Fragen in besonderer Weise die Interessen der proletarischen Frauenwelt betreffen. Es sei da vor allem an die Frage der künftigen Parteilaktion auf dem Gebiet der Sozialreform erinnert. Hervorgehoben sei auch, daß der Parteitag Genossinnen und Genossen Gelegenheit bietet, ihre Ansichten über die Agitations- und Organisationsarbeit unter den Proletarierinnen auszutauschen. Mögen deshalb die Genossinnen in allen Mittelpunkten unsrer Bewegung dafür sorgen, daß dem Parteitage als Delegierte auch Frauen beizubringen, die in treuer Pflichterfüllung alle Arbeiten und Kämpfe der Sozialdemokratie teilen. Wo es angängig ist, sollten die Genossinnen sich sofort mit den Genossen ihrer Wahlkreise über die Wahl einer gemeinsamen Delegierten verständigen. Wo die Möglichkeit eines gemeinsamen Vorgehens ausgeschlossen ist, haben sie das statutengemäß gesicherte Recht auszunutzen, in öffentlicher Frauenversammlung eine eigene Delegierte zu wählen. Die erfolgte Wahl weiblicher Delegierten ist der Unterzeichneten mitzuteilen. Berlin, den 25. Juli 1903.

Mit sozialdemokratischem Gruß
Dittlie Daader
Vertrauensperson der Genossinnen Deutschlands
Berlin SW. 29, Wellenallianzstraße 96, Hof 3 Treppen.
Die Arbeiterpresse wird um Abdruck gebeten.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokal-Liste!

Berlin, VI. Wahlkreis (Roabit). Das Etablissement „Hermannshof“, Neusselstr. 9, steht der Arbeiterschaft zu Versammlungen u. jezt zur Verfügung. Rudow bei Johannisdal. Da der Lokal-Inhaber Franz Reime, Wendastraße, jezt seinen Saal der Arbeiterschaft zur Verfügung stellt, so ist die Sperte über dieses Lokal aufgehoben. — Küher dem obigen Lokal ist noch das Verlehrslokal von August Palm, Köpnicerstraße, frei. — Dagegen sind die andren Lokale dafelbst jezt als gesperrt zu betrachten. Hohen-Schönhausen. Das Lokal von Robert Schulze, Berlinerstr. 8, steht der Arbeiterschaft zu Versammlungen u. nicht mehr zur Verfügung, infolgedessen ist dasselbe als gesperrt zu betrachten.

Charlottenburg. Am Sonnabend, den 22. August 1903, veranstaltet der Theater- und Vergnügungs-Verein „Fidelitas“ ein Sommerfest im „Schützenhause“. Da dieses Lokal der Arbeiterschaft zu Versammlungen u. nicht mehr zur Verfügung steht, so ersuchen wir, die angebotenen Billets zurückzugeben und das Vergnügen streng zu meiden. Die Lokalkommission.

Erster Wahlkreis. Am Freitag, den 14. d. M., findet in Dräuels Festalen, Neue Friedriehstr. 35, eine Versammlung statt, in welcher Genosse Dr. Friedeberg referieren wird über das Thema: „Ueber welche Machtmittel verfügt das Proletariat zur Niederwerfung der Klassenherrschaft!“ — Rege Teilnahme erwartet Der Vorstand.

Treptow-Baumshulenweg. Morgen Donnerstag, den 13. d. M., abends 8 1/2 Uhr, hält der Wahlverein eine Bezirksversammlung für Treptow im Restaurant Vod, Miesholzstr. 6 ab. Auf der Tagesordnung steht außer Wahl eines Bezirksleiters, die preuhischen Landtagswahlen. Da dieser Punkt für die Arbeiter von großer Wichtigkeit ist, wird zahlreicher Besuch erwartet. Gäste willkommen.

Rixdorf. Heute, Mittwochabend, findet im Deutschen Wirtshause, Verggstr. 137, eine Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins statt. Da eine reichhaltige Tagesordnung vorhanden ist, bitten wir um recht zahlreiches und pünktliches Erscheinen. Der Vorstand.

Lokales.

Die Hausagrarien

sind in diesen Tagen in Dresden zum Verbandstage des „Centralverbandes der städtischen Haus- und Grundbesitzer-Vereine Deutschlands“ versammelt gewesen, um wieder mal einander ihre Not zu klagen und über Mittel zur Abhilfe zu beraten. Was man da zu hören bekam, war die alte Klage. Man ersah auf neue, daß ein Hausbesitzer ein armes geplagtes Geschöpf ist, das zugleich von oben und von unten getreten wird. Die Mieter sind unbotmäßig und wollen sich nicht ohne Segenwehr schröpfen und Hikanteren lassen, und die Regierung läßt es in ihrer Verbildung zu, daß den Hausagrariern ihr bisheriges Privilegium des Wohnungswunders durch die Wohnungs-Genossenschaften geschnitten wird.

Die Berliner Hausbesitzer, denen es ja bekanntlich ganz besonders schlecht geht, waren auf dem Verbandstage mit einer stattlichen Zahl von Vereinen und Delegierten vertreten. Die Verhandlungen leitete der famose Dresdener Stadtrat Daumeister Hartwig. Der Mann versicherte, daß die Hausbesitzer-Vereine niemals Sonderinteressen vertreten hätten; sie hätten immer danach gestrebt, ein gutes Verhältnis zwischen Hausbesitzern und Mietern herzustellen. Er vries die von den Dresdener Hausbesitzern getroffene Einrichtung, sephhaften Mietern eine „Ehrentafel“ zu widmen, und äußerte sich mit gleicher Anerkennung über das „goldene Buch“, in das die Leipziger Hausbesitzer die „lobenswerten“ Mieter eintragen. Der Hauswirt als Patriarch unter seinen Mietern — ein idyllisches Bild!

Von den Gegenständen, die auf dem Verbandstage zur Verhandlung kamen, waren einige nur für Hausbesitzer wichtig. Dahin gehören die Fragen der Errichtung von Pfandbrief-Instituten, der Hypotheken-Versicherung usw. Die Verbeufung von Fremdwörtern aus dem Gebiet des Hausbesitzes und des Mietwesens, die von den Hausbesitzern angeführt wird, ist schon eher allgemein interessant. Man wird abwarten müssen, ob bei Benutzung des aufgestellten Verzeichnisses von Verbeufungen, das der Verbandstag empfiehlt, die künftigen „Mietsverträge“ weniger hilflos sein werden als die ehemaligen „Mietskontrakte“, ob die Wirte von nun an weniger rauh zur „Ausweisung“ zahlungsunfähiger oder nicht fähiger Mieter schreiten werden als bisher zur „Ermiffion“. Von besonderem Interesse für Mieter dürften die Verhandlungen über die Verfleunigung der Mietsstreitigkeitsachen gewesen sein, doch vertrauten die Herren Hausagrarien gerade hier die Vorsicht, die Vertreter der Presse hinauszuweisen und hinter verschlossenen Thüren zu verhandeln.

Die hausbesitzerlichen Klagen über angeblich zu hohe Belastung des Grundbesitzes mit Steuern sind bekannt. Auf dem Verbandstage wurde vorgeschlagen, die Umsatzsteuer anders zu gestalten und die Gemeinde-Grund- und Gebäudesteuer, die eine Modesteuer der Hausbesitzer bezw. eine drückende indirekte Steuer der weniger bemittelten Klassen sei, aufzuheben und durch andre Steuern zu ersetzen. Gedacht wird unter andern an eine Besteuerung

des Konjunkturgewinnes und an eine progressive Wohnungssteuer für Wohnungen von 600 M. Miete aufwärts. Beschlüsse werden darüber nicht gefaßt.

Wie die Hausagrarien über die Frage der Wohnungsaufsicht denken, haben wir bereits am Sonntag mitgeteilt. Der brave Mann denkt an sich selbst zuletzt; darum machen sich unsere lieben Hauswirte nur die eine Sorge, daß die Mieter durch die Wohnungsaufsicht geschädigt werden könnten. Und auf solche Prachtmenschen will noch einer schelten?

Die Wahlsage von den „pflichtvergessenen Postbeamten“, die durch Herrn Wilhelm Bruhn, den im fünften Berliner Wahlkreis unterlegenen Reichstagskandidaten der Antisemiten und Konservativen, ausgebracht worden war, ist durch behördliche Ermittlungen, wie wir gemeldet haben, als Schwindel nachgewiesen worden. Herr Wilhelm Bruhn, „Staatsbürgerzeitung“ hatte diese Meldung, obwohl sie sie bereits am Sonnabendabend hätte veröffentlichen können, bisher nicht gebracht. Erst am Dienstagabend, nach dreimal vier- und zwanzig Stunden, teilt das Blatt die Nachricht mit, fügt aber hinzu: Da dem „berufenen Beschwerdeführer“ das Ergebnis der Ermittlungen von der Ober-Postdirektion noch nicht zugefickt worden sei, so müsse die Richtigkeit jener Meldung einstweilen bezweifelt werden. Merkwürdig, daß man in der „Staatsbürgerzeitung“, wo man doch den „berufenen Beschwerdeführer“ genau kennt, so spät auf diese Lähme Ausrede verfallen ist!

Unterstützungsfonds. Einigen bedürftigen Personen beiderlei Geschlechts, und zwar jungen Männern, welche ein mit der Metall- und Eisenindustrie im Zusammenhange stehendes Gewerbe erlernen, und jungen Mädchen, welche ihre Schulzeit hinter sich haben, können für den Fall, daß sie einen selbständigen kaufmännischen oder gewerblichen Beruf erstreben, die hierzu erforderlichen Mittel aus einem, der städtischen Stiftungs-Deputation zur Verfügung gestellten Betrag bewilligt werden. Bewerbergesuche bedürftiger Personen, die deutscher oder deutsch-österreichischer Abstammung sind, und mindestens zwei Jahre in Berlin gelebt haben, sind bis zum 1. September an die städtische Stiftungs-Deputation, Poststr. 16 II, Zimmer 47 und 48, einzureichen. Den Gesuchen sind die Schul-, Lehr- und sonstigen Zeugnisse beizufügen.

Neuer Vansherien in Mineralwasser-Fabriken werden uns von organisierten Arbeitern Mittelungen gemacht, die geeignet sind, allgemeines Interesse herbeizurufen. So kommt es in einzelnen Betrieben vor, daß Eimer, die schon zu allen möglichen ekelregenden Dingen verwandt worden sind, auch zum Einfüllen der bei Brause-Limonaden benötigten Fruchtäfte benutzt werden. Von den Rutschern zurückgebrachte Selter und Limonaden, die schon als sogenannte „Anläufer“ mehrere Tage lang gestanden haben, werden von sinnigen „Fabrikanten“ zusammengegossen und dann als „frisch“ wieder zum Verkauf gebracht. Besonders bedenklich aber erscheint es, daß zur Herstellung von Sauerstoffwasser mehrfach weder vorchriftsmäßig filtriertes, keimfreies Wasser, noch sogar Sauerstoff verwendet wird. Vielmehr ist das in diesem Fall aus unfiltriertem Wasser hergestellte Getränk ganz gewöhnliches Selter, aus welchem die Kohlensäure meistens durch Destillieren der Flaschen entfernt worden ist, um so den Geschmack von Sauerstoffwasser anzunehmen. Dieses „Getränk“ wird nun vornehmlich an Krankenhäuser geliefert und dient dort zur Labung Genußender. Im Interesse der öffentlichen Gesundheitspflege dürfte es sich für die zuständigen behördlichen Organe wohl empfehlen, solchen Mineralwasser-Quetschen eine vermehrte Aufmerksamkeit zu widmen.

Gesundheitsgefährdung durch ein Krankenhaus? Anwohner und Passanten der Adalbert- und Waldemarstraße führen lebhaft Beschwerde darüber, daß einem an der Ecke beider Straßen liegenden Winkel des Krankenhauses „Bethanien“ schon seit mehreren Tagen wahrhaft mephitische Dämpfe entströmen, die den Bewohnern den Aufenthalt in jener Gegend geradezu verfehlen. Wahrscheinlich rührt der Gestank von allerlei Abfällen aus dem Krankenhaus her, die in dem Winkel angehäuft werden und nun in Verwesung und Gärung übergegangen sind. Aus allgemein hygienischen Gründen wäre jedenfalls die schleunigste Abstellung dieses Uebelstandes dringend geboten.

Die Firma David Grove, Friedrichstraße, macht uns die Mitteilung, daß ihrerseits keinerlei Druck auf die dortigen Hohlleger ausgeübt worden ist, um dieselben zu einer Dampferpartie nach einem gesperrten Lokal in Raudfangwerder zu veranlassen, wie solches kürzlich in einer Lokalnotiz des „Vorwärts“ behauptet wurde. Nach erneuten Informationen bei der betreffenden Gewerkschaft ist allerdings nicht die Geschäftsleitung der Firma, wohl aber sind deren Beamte an der Beeinflussung der Arbeiter beteiligt gewesen, so daß sich eine Mehrheit für das gesperrte Lokal entschied. Die Minderheit hat daraufhin die Partie nicht mitgemacht. Demnach ist es also lediglich Schuld der Arbeitermehrheit selber, daß sie sich dazu hergab, sich durch die Betriebsbeamten zum Besuch des gesperrten Lokals bestimmen zu lassen.

Einem statibekanntem vierbeinigen Künstler, dem wertvollen Hund „Volzen“ des Humoristen Henry Vender, der in der Lokalpost „Neuestes Allerneuestes“ unzählige Male das Publikum zu süßlichem Gelächter hingerissen, ist ein bedauerliches Mißgeschick widerfahren. In der Wilhelmstraße, unweit Belle-Allianceplatz, wurde der intelligente Vierfüßler von einem robusteren Artgenossen durch Bisse in die Seite schwer verletzt. Der Besitzer des angegriffenen Hundes soll diesen erst auf „Volzen“ gehetzt haben. Herr Henry Vender war begreiflicherweise aufs äußerste empört über das auf seine vierbeinigen Kunstkollegen verübte Attentat und ließ den Besitzer des bissigen Hundes durch einen Schutzmann feststellen.

Die neue Eisenbahnbrücke über den Teltowkanal wurde mit dem heutigen Tage zwischen den Stationen Grünau und Adlershof-Ostende in der Richtung nach Berlin in Betrieb genommen, während in entgegengesetzter Richtung die Brücke von morgen ab verkehren werden. Da mit dieser neuen Fahrtrasse die alte in Fortfall kommt, so steht dem Durchgänger des Teltowkanals an dieser Stelle nichts mehr im Wege und ist zu erwarten, daß die Arbeiten bis zum Beginn des Winters beendigt sein werden.

Der Erweiterungsbau des Stadt-Postamts in der Spandauerstraße ist nun so weit gediehen, daß mit der Innen-Einrichtung des Gebäudes begonnen werden konnte. Das Erdgeschloß wird, nachdem durch Durchbruch der alte Paketannahme-Raum mit dem Neubau verbunden worden ist, der Bäckerei-Abfertigung dienen. Hierdurch wird es ermöglicht, eine strengere Scheidung der zur Aufgabe gelangenden In- und Auslandspakete vorzunehmen. Ebenso wird eine Soalabteilung für Einzelpakete angelegt. Die oberen Etagen werden ausschließlich Bureau Räume enthalten.

In der Untersuchungssache J. Hartstein u. Co. ist die Kriminal-polizei einmütig über die von den Schwindlern Hartstein und Adam mitgenommenen Werte zu gewinnen, sowie auch durch die Vernehmung derjenigen Personen, die mit den Schwindlern in Verkehr gestanden haben, die zweifellos noch in Berlin weilenden Mitglieder der schwarzen Bande zu ermitteln. Hartstein und Adam müssen mit dem so leicht gewonnenen Geld überaus wissig gewirtschaftet haben. Sie hielten Verkehr mit einer größeren Anzahl Mädchen, mit denen sie wahre Orgien feierten. Bei Anweilungen mit ihnen wurde mit Selt angefangen und in einer Nacht von den beiden Durschen mehrere hundert Mark ausgegeben. Aber nicht nur in den Weinlokalen, sondern auch in den Gesellschaftsräumen der Firma sind derartige Festgelage zweifellos getrieben worden. In den beiden Lagerräumen, in denen sich ja bekanntlich keine Waren befanden und zu denen „Unbefugte“ keinen Zutritt erhielten, wurde noch ein größerer Vorrat leerer Weinflaschen, die die besten Weinsorten enthielten, vorgefunden. Biersidel dienten als Gläser für die Weine und echten Cognac. — Die erwähnten Vernehmungen, sowie auch die Ermittlungen bei Kollkutschern, welche

Waro bei der Firma S. Hartstein u. Co. abgeliefert hatten, haben mit Sicherheit ergeben, daß die Kollkutschern nur verhältnismäßig geringe Geldmittel, vielleicht einige tausend Mark, mitgenommen haben können. Noch in den letzten Wochen vor ihrer Abreise befanden sich die beiden Socien nach nächstlichen Dingen berartig in Geldmangel, daß sie nicht im Stande waren, das Kollgeld für empfangene Kollies zu entrichten. Da die fraglichen Sendungen wertvolle Waren enthielten, so suchten Hartstein u. Adam gewaltig die Wiedererlangung der Wollen durch die Kollkutschern zu verhindern. Es kam infolgedessen zu einem Streit, bei welchem die Polizei intervenieren mußte. Noch sind die Feststellungen über die Höhe der erschwindelten Kredite nicht abgeschlossen. Verschiedene Fabrikanten ziehen es vor, die ihnen entstandenen Verluste zu verheimlichen und so konnte das Eigentumsrecht einiger Posten bei einem Partiewarenhändler aufgefundenen Waren bisher nicht festgestellt werden.

Zu dem Bootsunfall auf der Oberspree wird noch mitgeteilt, daß die Beteiligten jetzt alle bekannt sind. Der Verletzte ist ein 19 Jahre alter Arbeiter Ernst Brabant, der mit seiner Mutter, einer Witwe Richter, in der Kaiserstr. 34 wohnt. Der junge Mann, der über Verletzungen an den Beinen und innere Schmerzen klagt und wahrscheinlich ein Krankenhaus aufsuchen muß, wurde gestern auf der Wache des 21. Regiers über den Vorfall vernommen und behauptet, daß der Dampfer „Auguste“ das Boot überrennt habe. Dem widersprechen aber alle Augenzeugen, deren Aussagen mit unsrer gestrigen Darstellung übereinstimmen. Der ertrunkene Mann ist ein 23jähriger Väderegele Karl Holzschuh, der jüngste Sohn eines wohlhabenden Fuhrwerksbesizers aus Friedrichsroda. Seine Mutter wurde gestern telegraphisch nach dem Amte Adlershof gerufen und erkannte in der morgens geborgenen Leiche die ihres Sohnes. Holzschuh, der seit vier Jahren in Berlin war, arbeitete drei Jahre bei dem Väderegele Danner in der Kaiserstraße Nr. 18. Vor vierzehn Tagen gab er diese Stellung auf, um sich zu verändern, und wohnte einstellweise in Schlafstelle in der Kaiserstraße Nr. 34. Hier lernte er vor einigen Tagen Brabant kennen, mit dem er dann die verhängnisvolle Fahrt machte. Das jüngste der ertrunkenen Mädchen ist eine sechzehn Jahre alte Ella Kroll, die Tochter eines Schlossers aus der Jagowstraße 22. Ein Schwager dieses Mädchens ist Berufsmusiker und hatte die Musik auf der „Stralau“ für die Mondschneefahrt übernommen. So kam Ella Kroll, die die Schneiderei erlernte, dazu, mit ihrer verheirateten Schwester sich der Fahrt anzuschließen. Sie veranlaßte außerdem die zweite Ertrunkene, die 17jährige Tochter Frieda eines Drochsenkutschers Nieß, ihre Schulfreundin, zur Mitfahrt. Erst nach langem Warten ihrer Freunde hatten die Eltern dieses Mädchens ihre Einwilligung gegeben. Die Leiche der Frieda Nieß ist noch nicht gefunden.

Am Spirituslocher verunglückte gestern nachmittag der zehnjährige Anabe Rapphali Lewit aus Kischineu. Sein Vater, ein Vermittler, ist nach den Kratollen aus Kischineu ausgewandert und befindet sich, während er seine Frau und andre Kinder noch in der Heimat zurückgelassen hat, mit zwei Kindern auf der Durchreise nach Amerika bereits in Berlin. In der Amalienstraße Nr. 12 hat er im zweiten Stock ein kleines Quartier, für das er täglich eine Mark bezahlt. Hier machte er sich gestern nachmittag um 8^{1/2} Uhr auf dem Spirituslocher seinen Kaffee. Dabei wollte er nach einer unausrottbaren Unsitte aus der Flasche Spiritus nachgießen, während die Flamme noch brannte. Diese schlug nun hoch empor und entzündete den Inhalt der Flasche, der sich dann brennend über das Gesicht und die Hände des neben seinem Vater stehenden Rapphali ergoß. Der Anabe wurde schwer verbrannt von seinem Vater und einem Schutzmänn in ein Krankenhaus gebracht.

Am Kirchhofsdamm erhängt hat sich der 45jährige Arbeiter Christoph Kuhnert. Der Selbstmörder wurde an der Umfriedung des neuen Jakob-Kirchhofes in der Enserstraße an einer Zudeckung erhängt aufgefunden. Wiederbelebungsversuche hatten keinen Erfolg. Der Tote wurde auf polizeiliche Anordnung nach der Leichenhalle in der Kirchhofstraße gebracht. Die Ursache des Selbstmordes ist noch nicht ermittelt.

Aus dem Landwechsellanal gefandert wurde gestern Abend vor dem Hause Tiergarten-Ufer 50 die Leiche eines etwa 55 Jahre alten unbekanntes Mannes. Derselbe trug einen grauen Bart und war mit einem schwarzen Anzug bekleidet. Die Leiche, welche schon längere Zeit im Wasser gelegen zu haben scheint, wurde in das Leichenhauhaus gebracht.

Zeugen gesucht. Diejenigen Personen, welche am 18. Januar dieses Jahres Abends 10 Uhr vor dem Hause Frankfurter Allee 44 Möbel aufgeladen und nach der Hofenstraße 63/64 gefahren haben, werden recht sehr um ihre Adressen gebeten. Fritz Köhler, Kreuzigerstraße 28.

Nichtabgeholt Geschenke. Am Sonnabend, den 8. August, feierte der Centralverband der Zimmerer Deutschlands (Zahlstelle Berlin und Umgegend) in der Brauerei Friedrichshain, am Königsthor, sein 20jähriges Stiftungsfest, wo u. a. auch 80 Geschenke für die Damen zur Verlosung gebracht wurden. Von diesen haben trotz mehrfachen Aufforderns auf dem Vergnügen 15 Gewinner ihre Geschenke bis dato nicht abgeholt. Wir bitten nun, unter Vorzeigung untenstehender Willensnummern ihre Geschenke in der Zeit von vormittags 8—1 und nachmittags von 3—8 Uhr im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15 III, Zimmer 32, in Empfang zu nehmen: 37. 97. 134. 154. 230. 343. 437. 523. 542. 681. 710. 714. 830. 832. 842.

Aus den Nachbarorten.

Aufhebung eines Versammlungsverbotes.

Der Witwe Klemm in Rahn s d o r f e r M ä h l e war während der Wahlzeit vom Amtsvorsteher Kottmeier ohne Angabe von Gründen unter Androhung von 60 M. Ordnungstrafe das Verbot zugegangen, das Lokal zu der Versammlung herzugeben, in der Stadthagen referieren sollte. Der Amtsvorsteher setzte den Einberufer der Versammlung, Genossen Sonnenburg, und den Referenten von dem Verbot in Kenntnis. Die Wirtin erklärte, sie halte aller Einwirkungen auf sie ungeachtet an ihrem Wort fest, das Lokal herzugeben. Die zur Ueberwachung gefendeten Polizeibeamten teilten das Verbot dem Einberufer und Referenten nochmals mit. Diese erklärten, das Verbot gehe sie nichts an, eine Hinderung der Abhaltung der Versammlung sei unzulässig; übrigens sei es ja ein Übel, Beamte zur Ueberwachung einer Versammlung zu senden, die nicht stattfinden habe; die Gründe für eine Versammlungsauslösung stehen im Vereinsgesetz; darin steht nicht als Grund ein polizeiliches Verbot angegeben. Die Versammlung wurde dann abgehalten. Dieselbe war außerordentlich zahlreich besucht. Ihr Erfolg zeigte sich bei den Reichstagswahlen. Nunmehr setzte der Amtsvorsteher 60 Mark Strafe gegen die Wirtin Klemm fest. Gegen die Festsetzung und gegen das Verbot legten sie und Stadthagen Beschwerde ein. Der Landrat des Nieder-Barnimer Kreises hat jetzt der Beschwerde stattgegeben und beide Verfügungen außer Kraft gesetzt. Auf eine Strafanzeige, die wegen desselben Vorganges gegen den Amtsvorsteher Kottmeier der Staatsanwaltschaft eingereicht ist, hat die Staatsanwaltschaft Einstellung des Verfahrens beschlossen, da nicht der geringste Grund für die Annahme vorläge, daß der Amtsvorsteher bewußt seine Befugnisse überschritten habe, oder sich bewußt war, daß er einen Amtsmißbrauch in Aussicht stelle. Die hiergegen eingelegte Beschwerde schwebt noch. Es würden die zum Schutz gegen Amtsmißbrauch gegebenen Strafvorschriften völlig nutzlos sein, wenn ein besonderer Beweis für die Rechtskenntnis und den dolus des Beamten erforderlich

wären. Das Ober-Verwaltungsgericht hat in einem Kompetenzkonfliktfall vor Jahren angenommen, daß ganz ungebildeten und untergeordneten Polizei-Organen, die in einem ihnen bislang fremden Rechtsgebiet funktionierten, sei es aus Naivität oder aus Unwissenheit, das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit, z. B. bei einer unzulässigen Versammlungsauslösung, fehle ihnen. Ein Amtsvorsteher ist aber weder ein untergeordnetes Polizei-Organ, noch würde zugegeben werden können, daß er ganz ungebildet sei — weshalb soll ihm der dolus besonders nachgewiesen werden müssen? Der dolus ist ja nach Annahme des Reichsgerichts nichts anderes als das Bewußtsein des Täters von der Tragweite seiner Handlung. Und das sollte ein Amtsvorsteher nicht haben? Nach Annahme der Staatsrechtslehrer leben wir ja in einem Rechtsstaat.

Lichtenrade. Daß die Turnvereine vielfach mit den Kriegervereinen in der Bekämpfung der Socialdemokratie wetteifern zu müssen glauben, beweist folgender Brief des „Schriftwarts“ des hiesigen Turnvereins „Frisch auf“:

Lichtenrade, 3. August 1903.

Geehrter Herr Postkall!

Hierdurch setze ich Sie zur genüge in Kenntnis, daß in der letzten Monatsversammlung vom Turngenossen Otto Semmler Ihre Ausschließung beantragt und von dem Verein zu gleicher Zeit einstimmig angenommen worden ist, es ist Ihnen nachgewiesen worden, daß Sie socialdemokratischen Gesinnungen nachgehen, was wir in unserem Verein nicht dulden dürfen und auch niemals werden.

Mit Hochachtung

Karl Schiel, Schriftwart.

Wir hoffen, daß die Arbeiter die „patriotischen“ Gesinnungen dieser Sorte von Turnbrüdern respektieren und dem Verein künftig fernbleiben werden.

Ober-Schöneweide. Unter dem Namen „Arbeiter-Turnverein Ober-Schöneweide“ wurde hier unter Beteiligung von ca. 40 Mitgliedern ein Turnverein gegründet, der, wie schon die zahlreichen Gründungsmitglieder beweisen, einem lange gefühlten Bedürfnis abhelfen wird, da die hiesigen Arbeiter aus mancherlei Gründen einem hier bestehenden Turnverein nicht beitreten wollen. Bis zur Hergabe der Gemeinde-Turnhalle, auf deren baldige zur Verfügungstellung der Verein hofft, wird das Turnen anfangs September in einem hiesigen Saale beginnen. Eine am Montag, den 17. August er. stattfindende öffentliche Agitationsversammlung und eine Generalversammlung zur Statutenberatung und Vorstands- u. Wahl werden dem jungen Verein noch viele Mitglieder zuführen, die sich schon jetzt melden können bei Richard Jürg, Edisonstr. 4 II.

Friedenau. In seiner letzten Versammlung beschloß der Wahlverein, am Sonnabend, den 15. August, in Grubes Lokal „Der grünen Linde“ eine Wahlsiegesfeier, verbunden mit Sommerfest und Sommerachtsball, abzuhalten. Das hierzu gewählte Komitee hat bereits alle Vorbereitungen getroffen, den Teilnehmern einige genussreiche Stunden zu verschaffen. Es findet Konzert, ausgeführt von organisierten Civil-Berufsmusikern, Profog, gesangliche und humoristische Vorträge, Belustigungen aller Art für die Kinder sowie Gratisverlosung für dieselben statt. Der Garten wird illuminiert. Das Entree ist auf 20 Pf. festgesetzt und zahlen Herren, welche am Ball teilnehmen, 30 Pf. nach. Das Komitee erwartet, daß die Genossen für einen regen Abgang der Karten Sorge tragen, damit das Fest auch einen zahlreichen Besuch aufzuweisen hat.

Bahnhofsbau Zehlendorf. Wie schon in der Sonntagsnummer des „Vorwärts“ berichtet wurde, hatte die Polizei die Arbeiten so lange inhibiert, bis Unterkunftsräume für die Arbeiter geschaffen wurden. Nach unrer Schätzung genügen diese Räume bei weitem noch nicht für alle Arbeiter, neugierig fragen wir aber, wie die Baupolizei die Bretterbuden abnehmen konnte, die doch nicht ein einziges Fenster besitzen? Oder nimmt man an, die Arbeiter finden den Mund beim Essen auch im Düstern? Oder wird es dem Unternehmer etwa zu teuer? Der Unternehmer war mehrere Tage nicht anwesend; sofort, als er am Sonnabendmittag kam, wurde die Arbeit wieder aufgenommen trotz der, nach unrer Meinung, unfertigen Bretterbuden. Wir fragen Herrn Baurat Schiermeier, Leiter des hiesigen Bauamts, ob hier die Baupolizei richtig abgenommen hat? Und was sagt er zu den fensterlosen Buden? Am Sonntag früh hatten wir Gelegenheit, uns einige Lobzettel der Arbeiter anzusehen. Wir trauten unsern Augen kaum als wir lasen für 20 Arbeitstunden 2,50 M., für 125 Stunden 24 M., dito 125 Stunden 26 M. usw. Es wäre doch ganz selbstverständlich, daß man den Arbeitern mitteile, was bei solch niedrigen Löhnen alles in Abzug gebracht wird. Doch weit gefehlt, nichts steht da, wer mußte sich verbessern. Für das Kampern während dreier Nächte im Freien sollte jedem eine Mark gezahlt werden, bis jetzt hat jedoch keiner etwas davon gesehen. So geht's den lieben Ausländern, wenn sie erst hier sind. Wie manche Seuche ist schon durch fremde Arbeiter eingeschleppt worden (die herberende Wurmfraukheit sollte ein warnendes Beispiel sein). Wir fragen deshalb: Sind genügend Aborte vorhanden und wie steht's mit andern sanitären Einrichtungen?

Inzwischen sind von den Italienern nur noch 10 Mann am Plage. Der Schachtmeister ist ebenfalls verschwunden. Man spricht von allerhand Unrechlichkeiten, die er verübt haben soll. Referenten machen bereits unbefriedigte Ansprüche in Höhe von 800 M. geltend.

Briefkasten der Redaktion.

G. D., Kottbuserdamm. Mit diesen Vorschriften steht die betreffende Affäre nicht allein und es läme in erster Linie auf den Inhalt der „Anleitung“ an; an sich hat das „zur Beachtung“ auch eine berechtigte Seite.

G. P. Fragen Sie deswegen an in der Centralcommission der Krankenlassen, Engel-Ufer 15. — G. D. 14. Vereinsadresse haben wir nicht. Werden Sie sich also an Frau P. NW. Turnstr. 31. — G. B. 77. Wir empfehlen Kräfte grundsätzlich nicht, ebensowenig Rechtsanwältel usw. — G. G. 43. Am 4. August 1901.

Kriegervereine Vorwärts. Sitzung Donnerstags 9 Uhr abends im Bootshaus, Stralau, Tunnelstr. 17. — Spandau, W. S. Darüber bestimmt nicht die Redaktion, sondern der Verlag der Buchhandlung. Von Ihrer Anregung haben wir die erforderliche Mitteilung dorthin gemacht. — G. A. 82. Am solchen privaten Angelegenheiten geben wir keinen Rat. — G. A. 82. Wir leben in der Sache nicht klar; man müßte doch auch den andren, den verlassenen Teil hören, um urteilen zu können. — Glaser. Wenn Sie einige Handzettel und Versammlungsangelegenheiten an die Druckerei und an die Expedition an die Redaktion adressieren, kann es Ihnen — da die Redaktion noch zu einer Zeit thätig ist, wo die meißlich zuständigen Abteilungen geschlossen sind — passieren, daß in der Redaktion ein Brief zu spät geöhnt wird und ihre Austräge nicht mehr ausgeübt werden können. — Hierlohn. Näheres man nicht zu erfahren, ausgeübt werden können. — 777. Sie müssen einen Anwalt nehmen, der sich mit einem Anwalt am Wohnorte des Beklagten in Verbindung setzt.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7^{1/2} bis 9^{1/2} Uhr abends statt. Geöffnet: 7 Uhr.

Breitung. 1. Zahlen Sie die 7 M., melden Sie sich an und beantragen Rückgabe des Papiers. 2. Rein. 3. Preis. 4. Rein: Sie können ja auch dort einen Übertrag schließen. — I. Reise. 1. Ja. 2. Der Betreffende kann unter Erllärung der sonstigen Voraussetzungen des Statuts Klassenmitglied werden. — M. G., Ober-Schöneweide 18. Sie können mit Aussicht auf Erfolg beim Amtsgericht gegen den Unteroffizier auf Erllärung Ihrer Auslagen klagen. — M. G. 10. Er erhält die höhere Rente; ob in Ihrem Falle die Altersrente höher sein würde, ist aus Ihren Angaben nicht zu ersehen. Der Antrag auf Bewilligung der Altersrente soll jedenfalls gestellt werden. — P. G. M. Wenn Sie das Wort „politisch“ aufnehmen, können Sie leichter als politischer Verein betrachtet werden. Gegen Sie hat „politisch“ „ökonomisch“. — 100 P. G. Kriegervereine. Drogen Sie, falls die Reparatur in einer bestimmten Zeit nicht erfolgt, sie auf Kosten des Wirts ausführen zu lassen und handeln Sie danach.

— Oberkassell 104. Versicherungspflicht liegt in beiden Fällen vor, da es sich nicht um Berufstätige usw. handelt. — Selma. 1. Wenn kein Urteil ergangen ist: ja. 2. Nein. — M. R. 43. Nein, aber trotz ihrer Weigerung erfolgt Kündigung. — P. J. 7. 1. Welche Kirchenbehörde Sie meinen, ist nicht ersichtlich. 2. Die Adresse der Schuldeputation ist: Rathaus, Magistrat, Schuldeputation. — G. S. 25. Können Sie den Beweis der Zahlung (z. B. durch Eid) nicht führen, so thun Sie am besten, ohne eine Klage abzugeben, zu zahlen. — G. R. 33. 1. Ja. 2. Nein. — G. N. 34. Ja. August 23., Oberleben. 1. Ja. 2. Nein. Nähere Darlegungen enthält der Briefkasten vom 8. August. — M. J. Pantow. Vontagericht zu Rathenow. — G. 44. 1. Nein. 2. Sie müssen sich an die Gefängnisverwaltung um Gestattung des Besuchs wenden. 3. Weil Sie sonst Ihr Anrecht auf Rente verlieren. — A. P. Ist besetzt. — P. T. 1000. Nein. — Hirwana. Wenden Sie sich an den Vorstand der Krankenkasse um Auskunft oder sprechen Sie mit dem Statut in der Sprechstunde vor. — R. M. 33. 1. Verjährung liegt nicht vor. 2. Ja. — C. B. Der Invalidenrentner kann versuchen, so viel zu verdienen, als ihm möglich ist. — K. R. 1. Klagen Sie beim Gewerbegericht auf Rückgabe. 2. Nein. — Tempel 45. Da nichts anderes vereinbart ist, so hat das Dienstmädchen nur Anspruch auf Kündigung zum 1. Oktober. Geht die Herrschaft auf den

früheren Termin ein, so ist diese Vereinbarung gültig. — Chiffre 99. Wenn Sie einen Gefangenen sprechen wollen, so müssen Sie bei der Gefängnisverwaltung um Erlaubnis einfordern und erhalten dann Bescheid, ob und wann Sie den Gefangenen sprechen können. — M. R. 777. Klagen Sie, falls in der ungenannten Stadt ein Gewerbegericht besteht, bei diesem, sonst beim Amtsgericht auf Zahlung des Lohnes. Formulare und Beispiele finden Sie in dem in den öffentlichen Verwaltungen ausliegenden „Arbeiterrecht“. — P. W. Mit einer Verleumdungsklage können Sie schwerlich durch. Verlangen Sie ein Zeugnis, das sich über Ihre Leistungen ausläßt, und fügen eventuell auf Verichtigung dieses Zeugnisses. — P. S. und 23 andre Heiratsfragen. 1. Zur Eheschließung ist für die Braut Zurücklegung des 16. für den Bräutigam Volljährigkeit (Zurücklegung des 21. Lebensjahres oder Volljährigkeitserklärung nach vollendetem 18. Lebensjahre) erforderlich. Das Ehemündigkeitsalter muß bei der Anmeldung zum Aufgebot vorhanden sein. 2. Bis zur Vollendung des 21. Lebensjahres bedürfen eheliche Kinder der Einwilligung des Vaters, uneheliche der Mutter. 3. Beim Aufgebot werden verlangt: die Geburtsurkunden beider, die Militärpapiere des Bräutigams, eine beglaubigte Einwilligungserklärung des Vaters (oder der Mutter) für die etwa noch minderjährige Braut. 4. Das Aufgebot erfolgt in der Gemeinde oder in den

Gemeinden, wo die Verlobten ihren Wohnsitz haben, ferner wenn einer der Verlobten keinen gewöhnlichen Aufenthalt außerhalb seines gegenwärtigen Wohnsitzes hat, auch in der Gemeinde seines jetzigen Aufenthalts, und endlich, wenn einer der Verlobten seinen Wohnsitz innerhalb der letzten sechs Monate gewechselt hat, auch in der Gemeinde seines früheren Wohnsitzes. Es ist daher zweckmäßig, dem Standesbeamten eine polizeiliche Anmeldung über den Bezug mitzubringen. Der Antrag erfolgt zwei Wochen lang. 5. Vor der Heirat müssen mindestens 200 Markten geleistet sein, wenn die junge Frau den Anspruch auf Rückzahlung der Hälfte der für sie geleisteten Markten geltend machen will. Sie verliert dann aber alle Ansprüche aus der Versicherung. Recht sie selbst weiter (mindestens 40 Markten in je zwei Jahren), so behält sie ihre oft wertvolleren Ansprüche, z. B. die Möglichkeit, eine Heilstätte zu besuchen. 6. Rückfälligkeit des Kündens der Versicherung dem Versicherungsnehmer gegenüber besteht kein Recht; in der Regel bietet der Versicherungsnehmer das Duzen an. 7. Eine kirchliche Trauung ist für die Rechtsbeständigkeit der Ehe völlig unerheblich. Die Ehe wird durch das Ja der Heiratskandidaten vor dem Standesbeamten geschlossen. Dieser Heirat kann sich ein Hochzeitsmahl, ein Gang in die Kirche, eine Hochzeitsreise anschließen: irgendwelche Rechtsfolgen sind an solche Cerimonien nicht geknüpft.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, den 12. August.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Neues Operntheater. Die Fiedermaus.
Wesien. Alt-Heidelberg.
Leitung. Der blinde Passagier.
Deutsches. Resonanztag.
Anfang 8 Uhr:
Liederpielhaus (Kroll). Vision nach dem Valle.
Berliner. Der Troubadour.
Kleines. Nachtschl.
Belle-Alliance. Specialitäten.
Carl Weiß. Der Hehltritt einer Frau.
Apollo. Die Liebesinsel. Specialitäten.
Metropol. Neues! Allerneuestes! Reichshallen. Stettiner Säng. Passagier-Theater. Specialitäten.
Urania. Taubenstrasse 48/49.
Von der Zugspitze zum Watzmann.
Invalidenstrasse 57/62. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Belle-Alliance-Theater.

Im herrlichen Sommergarten, bei unangenehmem Wetter im Theater: Specialitäten-Vorstellung.
Amanda Harold mit den drei Köpfe.
Genaro Kikuto, japan. Kostüme.
Max Ferner, Anna Verdier, Ethy Begonia, Wiege Jorde. Anf. 8 Uhr.
Entrée 50 Pf. Son 6 Uhr ab (Sonntags 4 Uhr): **Konzert.**

Kleines Theater.

Unter den Linden 44.
Nachtschl.
Anfang 8 Uhr.

Metropol-Theater.

Der größte Erfolg dieser Saison!
Zum 213. Male:
Neuestes!

Allerneuestes!

Dramatische Revue in 5 Bildern.
Glänzende Balletts. 300 Mitwirkende.
Anfang 8 Uhr.
— Rauchen überall gestattet. —

Apollo-Theater.

Zum 98. Male: **Die Liebes-Insel**
mit dem sensationellen Briefmarken-Ballett.
Ein ungetrautes Weib.
Mimodrama in 2 Akten, gepulst von Merians dressierten Hunden.
The Avolos — Brothers Kaufmann.

Carl Weiss-Theater.

Große Frankfurter Straße 132.
Abends 8 Uhr:
Der Fehltritt einer Frau.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Sonntagmorgens 3 Uhr: **Der Leiermann und sein Vögelchen.**
Im Garten: Neue Specialitäten.
Anfang 5 Uhr.

W. Noacks Theater.

Direktion: Robert Dill.
Brunnenstrasse 16.
8 1/2 Uhr:

Liane, die zweite Frau.

Vorher: **Dir wie mir.**
Anfang 6 Uhr.
Kaffeehäse von 3 Uhr ab.
Bei schlechtem Wetter: Vorstellung im Saale.

Bernhard Rose-Theater.

Geländbrunnen, Bahnhofsstr. 58.
Mittwoch, den 12. August:
Friede auf Erden.
Lebensbild mit Gesang und Tanz in 3 Akten von D. Schulz.
Delbost, einbeiniger Handbarobol.
Karl Groth, Groteskomiker.
The 3 Amaranths, akrob. Tänzerinnen.
Gawert mit seinen dressierten Hunden.
Rivas und Dixas, Antipodentat auf lebendem Wedel.
Mary Ellys, moderne Zirkolente.
Richard Wagner, Konzertsänger.
Ballett-Gesellschaft „Saltarello“.
Marie Förster, Solotänzerin.
Anfang 4 Uhr.

Urania.

Taubenstrasse 48/49.
Abends 8 Uhr:
Von der Zugspitze zum Watzmann.

Sternwarte

Invalidenstrasse 57/62.
CASTANS Panoptikum
Friedrichstr. 105.
!! Menschliches Doppelwesen:
die zusammen-gewachsenen Schwestern
20 Jahre alt, spielen Violine!

Passage-Theater.

Anf. Sonntags 3 Uhr, Wochentags 5 Uhr. Anfang d. Abendvorstellung 8 Uhr.
Die Tritons, die besten Taucher der Welt, 5 Min. unter Wasser ohne z. atmen.
Kapitain Martons, Kunstschütze.
Ganz Berlin verbricht sich schon den siebenten Monat den Kopf über **AGA!**
Freitag, 14. Aug., erstes Auftr.: **Das Moto-Mädchen.**
Mensch oder Maschine? Das neue Rätsel für Berlin.

ZOOLOGISCHER GARTEN

Täglich ab 5 Uhr nachmittags:
Doppelkonzert.
Entrée 1 M., ab 6 Uhr 50 Pf. Kinder unter 10 J. die Hälfte.
In der Arena:
Raubtier-Spielschule.
6 Löwen, 1 Leopard, 1 Hyäne, 1 Bär. — Vorstellungen: Wochentags 4-5, 6-7 Uhr, Sonnt. 12-1, 4-5 u. 6-7 Uhr.
Eintritt: Sperrplatz 1 M., Stohplatz 50 Pf. Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Trianon-Theater.

Georgenstraße, zwischen Friedrich- und Universitätsstraße.
Sonabend, den 15. August cr.: **Wiedereröffnung.**
Die Notbrücke.

Fröhels Allerlei-Theater

fr. Pahlmann. Schön. Allee 148.
Inhaber: **Wilhelm Fröbel.**
Leute:
Großer Elite-Spielabend
des gesamten, neu engagierten **August-Spielplans**
Um 8 Uhr: Großer Beifall!
Das Bild des Vaters.
Original-Vollständ. v. Anton Anno.
Im Saale: **Grosser Ball.**
Anfang 5 Uhr. Entrée 30 Pf.
Freitag, den 14. August: **Hugo Schulz-Benefiz.**

Wintergarten

Eröffnungsvorstellung
Sonabend, 15. August.
Der Vorverkauf findet an der Tageskasse von 10-5 Uhr statt.

Ostbahn-Park.

Am Küstrinerplatz. Rüdorsdorferstr. 71.
Hermann Imbs.
Täglich:
Gr. Konzert, Theater und Specialitäten-Vorstellung.

Herren-Moden

elegante Ausföhrung
geringe Teilzahlung
J. Kurzberg, Neue Königstr. 47
direkt am Alexanderplatz.

Charlottenburg.

Voranzeige.
Am Sonntag, den 16. August, findet im Volkshaus, Rosinenstraße 3, ein **Sommerfest** zum Besten des Volkshauses statt.
Alles Nähere im Freitag-Ans.!

Max Klien's Sommer-Theater

Hasenheide 13-15. — Kritische Leitung: Paul Milbits.
Täglich: 17182*
Grosses Konzert, Theater- und Specialitäten-Vorstellung.
Jeden Montag: **Sommerfest.** — Jeden Mittwoch: Die beliebtesten **Kinderfeste.** — Jeden Donnerstag: **Elite-Tag.**
Die Kaffeehäse ist täglich von 2 Uhr ab geöffnet.
2 hochelegante Regalbahnen, Wärselbuden, Konbitoriel, Blumenstand etc.
In den Sälen: **Familien-Kränzchen.**

Schloss Weissensee.

„Zum Sternecker“, Inhaber: C. Koch.
Täglich: **Grosse Theater-Specialitäten-Vorstellung.**
Nebenprogramm, 40 Nummern. Im Bal champêtre: **Grosser BALL.**
Illumination der Fontaine lumineuse. Jeden Mittwoch:
Grosses Kinderfreundfest mit Gratis-Verlosung.
Jeden Donnerstag: **Grosses Monstro-Elite-Fest** u. **Doppelkonzert.**
Jeden Sonntag: **Grosses DOPPEL-KONZERT.**
Kaffeehäse. — Volkshelustigungen aller Art.

Prater-Theater

Rastanien-Allee 7/9. Direkt: M. Kalbo.
Täglich: **Alt-Heidelberg du Feine.**
Liederpiel in 3 Akten von D. Richter.
Konzert und Ball.
U. a.: Deta Waldau, Bravour-Soub. Original Eugen Milardo, Tanzhumorist.
Neu! **The Berlings.** Neu! die singende Ruffler.
Johnke Compagnie.
Transformations-Red. — Fantomime.
Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf., mim. Platz 50 Pf.

Schweizer-Garten

am Königsöcher, am Friedrichshain.
Täglich: **Theater** und **Artisten-Vorstellung,**
Ball u. Volksbelustigungen.
Abends 10 Uhr:
Berliner Sportmadel.
Poffe mit Gesang in zwei Bildern von Gerike.
Bioscop.
Lebende Bilder. Neueste Aufnahme.
Jeden Mittwoch: **Kinderfest.**

Diez' Specialitäten-Theater

Landsberger Allee 76-77 (Ringbahn-Station).
Ob schön! Ob Regen!
Täglich das vollständigste konkurrenzlose **Riesen-August-Programm!**
H. Stahnke, Mast. Deamando und Miss Anni. The Delsons.
Loro-Quartett. Gebr. Bellong. Fritz Brand. Dustes Bioscop usw.
Sonab., Sonntag, Montag: Tanz. Anf. Wochent. 5 Uhr, Sonnt. 4 Uhr.

Etablissement Buggenhagen

am Moritzplatz.
Jeden Tag:
Konzert
des berühmten Orchesters des Signor Vincenzo Ferrara.
Donnerstag, Sonnabend, Sonntag im Kaiser-Saal: **Tanz.**

Königsstadt-Kasino.

Holzmarktstr. 72. Ecke Alexanderstr.
Tägl. im herrl. Garten: **Tägl. Grossart. Programm.**
Tom Brynaly, Gerra-Sano, Any Raaly, Eduard Reetz, Henriette Donnauz, Bonnet-Trio, R. Schaup. Rittio, Sonab., Sonntag: Tanz.
Anfang 8 Uhr, Sonntags 5 Uhr.

Reichshallen

Täglich:
Stettiner Säng.
Anfang: 8 Uhr, Sonntag 7 Uhr.

Extraverkauf

einer **Gelegenheitspartie** mit **Perser Teppiche**
Gebet- u. Decorationsstücke, getraue Kopien **echter Perser** von wunderbarer Farbenpracht auf beiden Seiten benutzbar.

Steinarbeiter.

Am Sonntag starb unser Kollege, der Steinmetz **Joh. Reck.**
Die Beerdigung findet Mittwoch nachmittags 4 Uhr von der Leichenhalle der Christus-Gemeinde in Mariendorf aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht 179/3 **Der Vorstand.**

Radfahr-Verein „Wanderer“

Friedrichshagen.
(M. d. V. R. A. „Solidarität“.)
Am 6. d. Mts. verstarb unser Rastgenosse **Friedrich Graebenitz**
infolge eines Berufsunfalles.
Die Beerdigung findet am 12. August, nachmittags 6 1/2 Uhr, von der Halle des Köpenicker Friedhofes aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht 2465 **Der Vorstand.**

Teppich - Specialhaus

Emil Lefèvre
Berlin Oranienstr. 158.
Katalog 1903 mit ca. 600 Illustrat. auf Wunsch **gratis u. franco.**

Sanssouci.

Täglich im Garten: **Hoffmanns Norddeutsche Säng. und Konzert.**
Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag nach der Soiree: **Tanzkränzchen.**
Für die Winterzeit sind noch einige Sonnabende frei zu festlichfeiern.

Vorwärts - Buchhandlung

SW., Lindenstrasse 69.
Für Radfahrer!
Radfahrerepläne von Berlin mit Angabe der Art des Straßenpflasters, der für Radfahrer verbotenen Straßen etc. . . 50 Pf.
Radfahrerkarten von Berlin und weiterer Umgebung (von Joachimsthal bis Jüterbog, von Genthin bis Frankfurt a. O.) auf Leinwand ausgezogen, in Karton 1,75 M.
Radfahrerkarten von Deutschland und angrenzenden Ländern, mit Angabe der Befähigung der Wege, Entfernungen der einzelnen Orte unter sich, Höhe über dem Meere, Steigungen etc., kleinem Führer, ausgezogen, in Karton, jede Section 1,50 M.

Waldhagen

Speck und Schmalz.
Speck, ff. geräuchert . . . Pfd. 65 Pf.
Vorderschinken, ff. ger., 6-10 Pfd. schmer, recht mager, Hundschmitt . . . 65
feinst. gar. reines Schweine-schmalz . . . 55
Speisefett, auch sehr beliebt . . . 45
Speise-Rindlarderl . . . 45
Margarine, hochrein, mit Sahncräm . . . 60
Für Güte in Waren jede Garantie. Versende p. Post u. Bahn geg. Nachnahme; circa 30 Pfd. sende franco per Bahn über ganz Deutschland, Deutschland u. Luxemburg. 165*
Wilh. Lüdeking, Viottho in Westfalen.

Dr. Schünemann

Specialarzt für Haut-, Horn- und Frauenleiden. **Seydelstr. 9.**
12-1, 3, 4, 6-1, 8, Sonnt. 9-11.

Neueingeführt, täglich frisch

Softwürstchen, kleine a Paar 8 Pfg., Wiener a Paar 15 Pfg.,
Bockwürste a Stück 15 Pfg. Dampfwürst a Pfd. 60 Pfg.
l. Zwiebelleberwürst a Pfd. 60 Pfg., 1/4 15 Pfg.
la. Gänse a Pfd. 65 Pf.,
auch ausgeglachtet, zu Halbpfeifen.
Täglich frische Grieben. Frisches Gänsefischmalz.
Gänseweihauer. Fr. Spitzgans.

Max Schönwald, Luckauerstr. 17.

Berand nach allen Stadtteilen. 15/8*

Lucas' Fussboden-Glanzlack

sofort trocken, Pfd. blitzblank, 50 Pf. unverwüstlich. **50 Pf. Küchenmöb.-Lackfarbe** pro Pfd. 75 Pf. zu haben in den meisten Droguenhandlg.
Georg Lucas, Farbenfabrik, SW. Bernburgerstr. 8.
Tel.: 6a, 1207B. [17572]

Kennen Sie unser Rabatt-System?

RABATT-KARTE
A. Jandorf & Co.
Berlin
Belle-Alliancestr. 1-2
Spittelmarkt 16-17 Gr. Frankfurterstr. 113

Wer bei Jandorf kauft spart Gold!

A. JANDORF & Co.

Spittelmarkt 16/17 Belle Alliance-Strasse 1/2 Grosse Frankfurter Strasse 113
Ecke Leipziger Strasse Am Blücher-Platz Ecke Andreas-Strasse

Gelegenheitskauf
soweit der Vorrat reicht!

1000 Stück hochelegante schwarze

Costüme-Röcke

neueste Façons, prima Verarbeitung, moderne, geschmackvolle Ausführung, in den verschiedensten Stoffarten

Serie I. 1275 M.
Serie II. 1575 M.
Serie III. 1875 M.
Ganz bedeutend unter Preis.
An Wiederverkäufer wird von diesem Posten nicht abgegeben.

Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Größere Inserate bitten wir vorher anzumelden und bis 4 Uhr nachmittags einzusenden. Die Expedition.

1. Ziehung 2. Klasse 209. Nal. Preuß. Lotterie.
Ziehung vom 11. August 1908, nachmittags.
Aus der Gewinne über 96 Mtl. hat den betreffenden Nummern in Stämmen beigefallen.

153 472 73 505 94 757 76 981 92 116117 72 224 425
77 835 61 970 73 93 117137 90 348 455 522 84 848
925 84 90 118121 251 83 394 [200] 595 [200] 802

1. Ziehung 2. Klasse 209. Nal. Preuß. Lotterie.
Ziehung vom 11. August 1908, nachmittags.
Aus der Gewinne über 96 Mtl. hat den betreffenden Nummern in Stämmen beigefallen.

207 24 327 522 39 96 690 838 112063 251 323 [200]
80 549 90 623 [200] 57 89 922 29 113150 98 372 444

Furchtbare Brandkatastrophe auf der Pariser Untergrundbahn.

Neben eine furchtbare Brandkatastrophe, die sich am Montagabend auf der Pariser Metropolitain-Untergrundbahn ereignete und mehr als 100 Menschenleben forderte, meldet das „Völkische Telegraphen-Bureau“:

Gegen 8 Uhr abends ging ein leerer Zug, der einen andern leeren Zug schleifte, nach der Wagenrampe der Place de la Nation. In der Nähe der Station Menilmontant gerieten diese beiden Züge in Brand. Der Maschinist und das übrige Zugpersonal konnten sich jedoch rechtzeitig retten. In demselben Augenblick traf aber ein mit zahlreichen Reisenden besetzter Zug auf der Station Couronnes ein. Der Maschinist dieses Zuges klappte, da die Linie blockiert war. Sofort war der Zug in dichten Rauch gehüllt und es entstand eine furchtbare Panik unter den Reisenden, besonders, als nach ein bis zwei Minuten das elektrische Licht erlosch. Die Reisenden, über 200 an der Zahl, suchten einen Ausgang. Das Bahnpersonal bemühte sich zwar, den Reisenden den Weg zu zeigen, aber es scheint, daß es sich wegen der entsetzlichen Verwirrung kein Gehör verschaffen konnte. Die Rettungsarbeiten waren wegen des den Tunnel erfüllenden dichten Rauches ungeheuer schwierig. Es vergingen Stunden, ehe die Feuerwehr in den Tunnel eindringen konnte. Anfanglich glaubte man, daß niemand das Leben eingebüßt habe. Gegen Mitternacht verbreitete sich jedoch das Gerücht, daß von den 200 Reisenden sich kaum die Hälfte habe retten können und die übrigen Reisenden erstikt seien. Der verwundete Maschinist des in Brand geratenen Zuges erklärte, er glaube, der Brand sei dadurch verursacht worden, daß sich ein Metallbestandteil von dem Motorwagen gelöst habe und auf die Schienen gefallen sei, wodurch ein Kurzschluß entstanden sei. Die Guttaperchahülle der Leitungsdrähte habe sich entzündet und der Holzboden des Wagens habe Feuer gefangen, das rasch um sich gegriffen habe.

Im ganzen sind 84 Leichen aus dem Tunnel zu Tage gefördert. Die meisten Verunglückten fielen kampflos das Taschentuch in der Hand; ihre Gesichtszüge waren rot aufgedunsen und von dem heißen Dampf verengt, der noch in den Morgenstunden den Tunnel erfüllte und das Arbeiten der Feuerwehr sehr erschwerte. 40 Opfer sind in Ambulanzwagen in die Morgue geschafft. 44 in die Caserne de la Cité. Von der ungeheuren Vollmenge, welche sich schon den ganzen Morgen vor den Zugängen der Morgue und der Kaserne drängte, wurden Gruppen von je zehn Personen in die Säle eingelassen, wo sich herzerregende Szenen abspielten. Um 10 Uhr waren mehrere Opfer von ihren Angehörigen wiedererkannt. Der Polizeipräsident trat alsdann persönlich in der Morgue die nötigen Anordnungen für die Beerdigung der rekonozitierten Leichen. Gegen 10 1/2 Uhr erschien Ministerpräsident Combes in der Morgue und in der genannten Kaserne.

Das „Berliner Tageblatt“ erhält folgende Darstellung des Verlaufes der Katastrophe: Gegen 8 Uhr erhält der Zugführer Chauvin den Auftrag, seinen beschädigten leeren Zug an einem anderen leeren Zug anzuhängen und so zum Bahnhof unter der Place de la Nation zu dirigieren. Er handelt demgemäß, bemerkt aber unterwegs, daß unter dem Wagen bisweilen kleine Flammen aufschlagen; er hofft, noch die Station zu erreichen, aber zwischen dem Bahnhof Menilmontant und Couronnes schlägt plötzlich, offenbar infolge Kurzschlusses, eine meterhohe Flamme empor. Im selben Augenblick erlischt im Tunnel das elektrische Licht und dichter Rauch füllt alles ein. Das Personal der beiden leeren Züge stürzt zum Ausgang des Bahnhofes Menilmontant, entkommt halb erstirt und schlägt Alarm.

Inzwischen ist auf der entgegengesetzten Seite auf dem andern Geleise ein Zug gekommen, der dicht mit Fahrgästen vollgepackt war. Der Führer dieses Zuges bemerkt vor sich das Feuer und den Rauch und stopt. Die Fahrgäste springen hinaus und suchen den Ausgang des Bahnhofes Couronnes zu erreichen. Der Qualm, der zuerst wie eine Wolke über den Boden kriecht, erfüllt jetzt bereits den ganzen Tunnel. Schon brennt das ganze Gewölbe. Lachend, lachend und drängend kommen die Fahrgäste zur Ausgangstreppe. Mehrere sind betäubt und müssen in eine Apotheke getragen werden. Andere halten sich vor dem Willekästchen auf, fordern drohend ihr Geld zurück und versperrten so den nachdrängenden den Weg. Nach wenigen Minuten ist die Treppe so mit Rauch gefüllt, daß es unmöglich wird, hinabzusteigen. Niemand weiß, ob noch Personen unten zurückgeblieben sind. Die Feuerwehr eilt herbei, Polizei und berittene Gardisten sperren die Straße in weitem Umkreise ab. Man befürchtet das Einschlagen der brennenden Gewölbe. Der Polizeipräsident Levine versucht zweimal, mit mehreren Beamten die Treppe hinabzusteigen, und muß jedesmal umkehren. Man rechnet, daß der Zug 240 Personen gehabt hat, aber nur 50 haben sich gemeldet. Ein Arbeiter kommt weinend und erzählt, er vermisse seine Frau. Ein Feuerwehrmann mit Rauchhelm wird hinabgelassen, gießt aber sofort das Netz ab und wird wieder hinaufgezogen. Die hinabgelassenen Wasserstrahlen sind wirkungslos. Um 3 Uhr morgens entschließt man sich, die Straße und das Bahngewölbe zu sprengen und eine Öffnung zu schaffen. Man hört unter der Erde das Geräusch der einströmenden Eisenbahnen. Um 1/4 Uhr morgens findet ein Feuerwehrmann, der durch die Öffnung eingedrungen ist, einen verkohnten Leichnam. Der Feuerwehrmann wird selbst fast leblos herausgezogen und ins Hospital geschafft. Um 1/2 Uhr werden an Fuße der Treppe des Bahnhofes Menilmontant sieben Leichen gefunden; zwei Leichen älterer, zwei jüngerer Männer und drei Frauen.

Diese sieben Leichen sind diejenigen von Personen, die gerade ihre Wiletts lösen wollten, und von der anstürmenden Menge umgerannt wurden. Eine Dame hatte sich in das Willebureau geflüchtet und wurde dort tot vorgefunden. In diesem Augenblick glaubt man, daß weitere tote sich nicht im Tunnel befinden, aber bald zeigt sich, daß diese Annahme irrig ist. Dicht am Bahnhof Couronnes werden drei andere Leichen entdeckt, und gleich darauf folgt noch eine weit furchtbarere Entdeckung. Im Winkel des Bahnhofs liegen übereinandergepackte ganze Haufen verkohnter Leichname. Viele tote Leichen halten ihre Taschentücher in den Händen. Die Gesichter sind tiefrot, wie geröstet. Um 8 Uhr morgens sind 45 Leichen aus Licht gefördert, um 7 Uhr bereits 84. Die Toten gehören meistens dem Arbeiterstande an, doch findet man auch Leichen einiger elegant gekleideten Damen. Sehr zahlreich sind die Kinderleichen, drei liegen dicht bei einander und scheinen Geschwister zu sein. Alle diese Leichen werden aus dem qualmenden Tunnel herausbefördert und auf die Ambulanzwagen geladen, während weit hinten an der Absperrungsstelle eine dicke Menge steht, und die Frauen nach ihren vermissten Männern schreien. In der ganzen Stadt rufen Camelots Extrablätter aus.

Im Laufe des heutigen Vormittags werden immer neue entsetzliche Details bekannt. Ein Journalist, der nach der Vergangenen Leichen in den nun ziemlich rauchfreien Tunnel hinabgestiegen ist, erzählt, daß fünf Wagen des Zuges unverbrannt sind, aber die Scheiben und Sitze sind zertrümmert. Der Bahnsteig ist mit verkohnten Gegenständen und Blut bedeckt. Man fordert jetzt etwas spät, daß die Wagen imprägniert, und die elektrischen Drähte von der Erde an das Deckengewölbe verlegt werden sollen.

Paris, 11. August. (B. L. V.) Der Staatsanwalt leitete heute vormittag mit den Ingenieurern der Stadtbahn eine Untersuchung über das Unglück ein. Nach amtlicher Feststellung beträgt die Zahl der ans Tageslicht geschafften Opfer 84. Der Minister der öffentlichen Arbeiten Maragnols traf auf der Station Menilmontant ein, um die Unglücksstätte zu besichtigen. Auf der Station Couronnes, wo die Reisenden in der Dunkelheit in dem von der Bahnhofsmauer gebildeten Engpaß eingeschlossen waren, befindet sich eine große Wutlache, in welcher Schirme und Hüte liegen. Der Zug, welcher dort liegen geblieben ist, ist nur angeschwollen. Die Scheiben sind zertrümmert. Die Hände und Füße am Dienstraum des Stationsvorstehers haben sich durch die noch immer herrschende große Hitze verbogen und haben ebenfalls zu Schwelen angefangen.

Es ist noch immer nicht möglich, zu dem verbrannten Zuge zu gelangen. Nur Feuerwehrlente haben sich demselben genähert, und diese erklären, daß sich vor und hinter der Station Couronnes keine Leichen mehr befinden.

Paris, 11. August. (B. L. V.) Der Munizipalrat hat beschlossen, die Opfer des Unglücks auf der Stadtbahn auf Kosten der Stadt Paris beerdigen zu lassen. Die meisten unter den bereits festgestellten Verunglückten wohnten in Paris oder innerhalb der Gemeindegrenzen von Paris; nur einige wenige waren aus der Provinz. Präsident Loubet hat an die Stadtverwaltung ein Telegramm gerichtet, in dem er seiner Erschütterung und der Teilnahme Ausdruck giebt, die er an der Trauer der Bevölkerung von Paris nimmt.

Alkohol-Abstinenz und Arbeiterschaft.

Der erste Deutsche Abstinenztag hat am Montag in allerlei Festlichkeiten und Vergnügungen seinen Abschluß gefunden. In dem Kongresslokal, den Kellerischen Festsaal in der Kopenstraße, wurde mittags ein feierliches Mahl und abends ein großes Konzert mit anschließendem Ball veranstaltet. An demselben Abend fand an einem andern Punkte der Stadt, in Dräsel's Saal in der Neuen Friedrichstraße, eine andre Kundgebung für Alkohol-Abstinenz statt, die schlichter war. Auf den Ruf des Deutschen Arbeiter-Abstinenzbundes waren hier in öffentlicher Versammlung diejenigen Abstinenzentzungen gekommen, die aus politischen und religiösen Gründen nicht mit den Gutmeyern, Plankreuzern und Hand in Hand gehen mögen und deshalb dem deutschen Abstinenztag fern geblieben waren. Auch einige Teilnehmer des Abstinenztages sah man in der gut besuchten Versammlung, unter ihnen Professor Forel.

Zwei Referenten hatten sich in die Aufgabe geteilt, die Frage des Alkoholgenusses und der Alkohol-Abstinenz von der gesundheitlichen und von der sozialpolitischen Seite zu beleuchten. Beide kamen zu dem Ergebnis, daß nicht bloße Mäßigkeit im Alkoholgenuss, sondern völlige Enthaltensamkeit von Alkohol zu fordern sei; denn die „Mäßigkeit“ sei nur die vorläufige späterer Unmäßigkeit. Unter Parteigenosse Dr. med. Otto Juliusburger zeigte die gesundheitlichen Gefahren des in neuerer Zeit mehr und mehr auch von Frauen geübten Alkoholgenusses, der nicht nur den Körper, sondern auch den Geist schädige, der die Retrospektiv steigere, das Gedächtnis beeinträchtige und nur zu oft zu völliger Geisteskrankheit führe, der so manchen in krankhaftem Aufbruchzustand sich befindenden oder von Wohnverstellungen erfüllten Trinker zum Verbrecher werden lasse und selbst der Nachkommenschaft des Trinkers Krankheit und Siedtum als verhängnisvolles Erbe mit auf den Lebensweg gebe. Die Alkoholfrage sei von besonderer Bedeutung für die Arbeiterschaft; für die Krankenkassen, denen ein dem Alkohol ergebendes Mitglied gewöhnlich sehr teuer werde, und für den wirtschaftlichen und politischen Kampf der Arbeiterschaft, der gekämpft werde durch die „Social-narose“, durch die dem Alkohol entstammende Gemütslichkeit, Zufriedenheit, Gleichgültigkeit, Mittelmäßigkeit und Verdrümmung.

Genosse Juliusburger hatte in seinem Vortrage unter dem Beifall der Versammlung darauf hingewiesen, daß der Mann, der sich um die Ausfüllung über die Gefahren des Alkohols hervorragende Verdienste erworben habe, Professor Forel, im Saale anwesend sei. Gleich nachdem der Redner geendet, ergriff Forel, von der Versammlung nochmal mit freudigem Beifall begrüßt, außer der Tagesordnung das Wort. Der berühmte Gelehrte sprach hier lebhafter und anregender als auf dem Abstinenztag. Er setzte auseinander, wie der Alkohol die ganze Masse herunterbringe. Seine Ausführungen schloß er mit dem Rat, die abstinente Arbeiterschaft möge mit andern Abstinenzvereinigungen Hand in Hand gehen, selbst mit Märgern. Man applaudierte förmlich, aber nicht um dieses Schlußsatzes willen, sondern trotz ihm. Die Wut gegen den Vorläufer der Abstinenzbewegung ließ keinen Widerspruch aufkommen.

Der zweite Redner des Abends, Genosse Simon Ragenstein, warf die Frage auf, was denn Alkoholfrage und Arbeiterbewegung mit einander zu thun hätten. Er beantwortete sie dahin, daß die Alkoholfrage keine Frage von bloß persönlicher, sondern von sozialer Bedeutung sei, wenn sie auch nicht, wie man gemeint habe, die soziale Frage überhaupt sei. Der Alkoholismus sei eine Volkskrankheit. Gesteigert worden sei sie durch die moderne kapitalistische Entwicklung, durch die heutige Wohlstand, Alkohol in großen Mengen zu erzeugen, durch den Aufschwung der Brauindustrie und in neuester Zeit auch der Bierindustrie, und sie schädige nun die große moderne Kulturbewegung, die Arbeiterbewegung. Zwischen Alkoholismus und Rot bestehe ein Cirkel von Ursache und Wirkung. Nicht immer sei die Trunksucht eine Folge wirtschaftlichen Elends; oft werde gerade von den besser bezahlten Arbeitern am meisten getrunken. Bekämpfen könne man den Alkoholismus schon innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft, durch das direkte Mittel des guten Beispiel und auch indirekt durch Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Wohnungen, durch Unterweisung heranwachsender Mädchen in Hauswirtschaftsführung, durch Verbilligung der Lebensmittel. Die radikal-abstinenzlerischen Forderungen, die Ragenstein schließlich an die Vorläufer der Arbeiterbewegung stellte, und die herabsetzenden Worte, die er den nicht-abstinente Parteigenossen und ihrer Tätigkeit im Dienste der Partei widmete, werden wohl selbst von einem großen Teile der Abstinenzten nicht bedingungslos unterschrieben werden.

Einen formellen Protest gegen Forels Rat an die Arbeiterschaft, mit andern Abstinenzvereinen und selbst mit Märgern zusammenzugehen, entfielen die Ausführungen des Genossen Ragenstein nicht. Der Redner ließ aber doch keinen Zweifel darüber, daß der abstinente Arbeiter nichts zu thun haben will mit jenen Kreisen, die gegen den Alkohol predigen, aber gleichzeitig der Trunksucht Vorlauf leisten, indem sie für Lebensmittel-Verteuerung eintreten. Auch in der kurzen Diskussion, die sich angeschlossen, kam es nicht zu der offiziellen Erklärung, daß und warum die Arbeiter in der Abstinenzbewegung ihre eignen Pfade gehen wollen. Die Versammlung beschloß ohne Widerspruch folgende Resolution:

Die am 10. August 1903 in der Zeitungsstellen zu Berlin tagende Volkerversammlung sieht in dem zunehmenden und das ganze Volk bedrohenden durchschneidenden Alkoholgenuss eine schwere Gefahr für die körperliche und geistige Entwicklung insbesondere des arbeitenden Volkes. Der Alkohol verschlingt noch die schweren Schäden der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, wird als mitwirkende oder Hauptursache zur Quelle von Verbrechen, Not, Krankheit und Entartung und ist eines der schlimmsten Elemente im Kampfe um die Befreiung des arbeitenden Volkes. Die kapitalistische Gesellschaft hat sich, aller anerkannter Bestrebungen aufrechtiger Volksgenossen ungeachtet, bisher unfähig gezeigt, diese mit dem ganzen sozialen und geistigen Gefüge des Kapitalismus enge verflochtene Pest des Volkslebens zu

überwinden. Es ist daher auch auf diesem Gebiete die Aufgabe der kämpfenden Arbeiterklasse, neben dem Kampfe gegen das ganze kapitalistische System die Bekämpfung dieser, zu seinen schmerzhaften Erscheinungsformen zählenden Volkskrankheit zu betreiben, um die Arbeiterklasse immer launfähiger und bildungsbelebiger zu machen und der höchsten Entfaltung der menschlichen Kultur in der sozialistischen Gesellschaft den Weg zu bahnen. Die Versammlung erwartet daher von der sozialdemokratischen Partei und ihrer Presse wie von allen der modernen Arbeiterbewegung nahe stehenden Organisationen das Studium der Alkoholfrage und die ernsthafteste Bekämpfung des Alkoholismus im öffentlichen und privaten Leben durch Beispiel, Aufklärung über die Gefahren des Alkohols und sozialpolitische Verbesserungen aller Art. Sie betrachtet die völlige Enthaltensamkeit von jeder Art des Alkoholgenusses als das wirksamste und der Arbeiterbewegung würdige Mittel zur Bekämpfung des Alkoholismus wie zur Stärkung der Arbeiterklasse im Kampfe um eine bessere Zukunft.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Dieck Verlag), ist und werden die Nr. 17 bis 18 Jahrganges ausgegeben. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Aufruf des Parteivorstandes. — Aufruf der Vertrauensperson. — Verlängerter Mittagspause oder früherer lässlicher Arbeitsbeginn für die Arbeiterinnen. I. Von Clara Zeilin. — Rückblick auf die Geschichte der proletarischen Frauenbewegung in Italien. — Das „böte“ Jahr 1898. Von Dr. Robert Kiesel. — Aus der Bewegung. — Rezension: In Abendblättern. Von Blasi Münchener, Wiedergabe. — Das und Weib. Gedicht von E. Bruh. — Rezension: Weibliche Fabrikarbeiterinnen. — Vereindrecht der Frauen. — Frauenstimmrecht. — Frauenbewegung.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen (eingetragen in der Reichspost-Zeitungsliste Nr. 1903 unter Nr. 8189) beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pf., unter Fernband 85 Pf.

Der „Wahre Jacob“ hat schon die 17. Nummer seines 20. Jahrganges erscheinen lassen. Aus dem Inhalt heben wir die beiden farbigen Bilder hervor: „Germanisches neuestes Lechtelarschicht“ und „Schlechte Wahlen“ sowie die Illustrationen „Zwei Scheinheilige“, „Wassernot in Schlesien“, „beide mit Gedächtnis“, „Eugen in der Sommerfrische“, „Die Entwicklung des Falles Höffner“ und „Die Geburt des Schuttmann“. In der Nummer wird auch eine in Russland fast verbreitete satirische Zeichnung wiedergegeben, die Tolstoi auf den Schichtarbeitern gezeichnet darstellt. Der Oberbund der Arbeiter, der Führer des russischen Arbeiterbundes und der Reaktion, ist im Begriff, den Schichtarbeitern anzukommen. Der letzte Teil der Nummer bringt die Gedichte „Wir haben es gut“, „Bewusstlosigkeit“, „Vorabend eines Abends“, „Abend“, „Vormittag“ von Clara Zeilin, „Ein Vorschlag der Junfer“, ferner die Novelle „Sonnenregen“ und außer zahlreichen kleineren Beiträgen noch die größeren Erzählungen in Prosa „Milde über die Kapstadt“ und „Die neue deutsche Reichskunst“. Der Preis der Nummer ist 10 Pfennig.

Die Gründung der deutschen Sozialdemokratie. Eine Festschrift der Leipziger Arbeiter zum 23. Mai 1903. Zweite Auflage. Preis: 40 Pf. Verlag Leipziger Buchverlag Mittelgesellschaft.

Natgeber für Arbeiter. Preis: 1,50 M. Verlag Leipziger Buchverlag Mittelgesellschaft.

Protokoll der fünften ordentlichen Generalversammlung des Deutschen Werftarbeiter-Verbandes nebst Geschäftsbericht. Abgehalten am 10. bis 13. Mai 1903 in Bregenz. Verlag von Otto Cellerig, Lege.

Vermischtes.

Erdbeben in Italien.

Rom, 11. August. Heute früh kurz nach 5 1/2 Uhr wurden in Bari zwei wellenförmige Erdstöße verspürt, deren zweiter der stärkere war. Auch in Polizzo und Messina wurde das Erdbeben wahrgenommen. In Syrachis erfolgte um 5 Uhr 33 Minuten früh ein Erdstöß mit dumpfem Rollen, dem drei Minuten später ein zweites mehrere Sekunden anhaltendes Beben folgte. Auch in Taranto, Stabia und Castellamare wurden heute früh Erdstöße verspürt.

Rom, 11. August. Fortwährend laufen noch Meldungen von Erdbeben ein, so aus Segni und der ganzen Provinz Recco.

Rom, 11. August. Aus Reapel, Catania und fast dem ganzen östlichen Sizilien wurden gegen 5 1/2 Uhr morgens Erdschütterungen gemeldet. In Mineo (Provinz Catania) liefen die Bewohner schreiend auf die Straßen. Einige Häuser wurden beschädigt.

Vater und Sohn ertranken. Wie aus Schweinsfüße berichtet wird, sind heute früh im dortigen Hafen nahe am Bollwerk ein Fischer aus Alsted und sein Sohn ertrunken. Letzterer war vom Fockegel über Bord geschleudert, und der Vater war ihm nachgesprungen, um ihn zu retten.

Dem Ditt erschlagen. Auf dem Artillerie-Schießplatz bei Thorn wurde vorgestern nachmittag, wie ein Telegramm aus Thorn meldet, ein Arbeiterkommando, das unter dem Befehl des Feuerwerks-Oberleutnants Deutel stand, von einem schweren Gewitter überfallen. Ein Blitzstrahl tötete den Oberleutnant Deutel mit seinem Pferde, das ganz verjüngt wurde. Die Mannschaften des Kommandos kamen mit dem bloßen Schreck davon.

14 Personen durch Hitze vergiftet. Wie gemeldet wird, sind in Wülheim am Rhein die Angehörigen dreier Familien nach dem Genuss gefochter Biere schwer erkrankt. Mit Ausnahme eines Mädchens liegen sämtliche Angehörige, insgesamt 14 Personen, danteider, mehrere befinden sich in Lebensgefahr.

Marktpreise von Berlin am 10. August 1903 nach Ermittlungen des hgl. Polizeipräsidiums. Table with columns for commodity, unit, and price.

Witterungsübersicht vom 11. August 1903, morgens 8 Uhr.

Table with columns for Station, temperature, wind, and other weather data.

Weiterprognose für Mittwoch, den 12. August 1903. Veränderliches, jedoch vorwiegend heiteres und etwas wärmeres Wetter mit schwachen Südwinden ohne erhebliche Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

Fliesenleger - Hilfsarbeiter!

Freitag, den 14. August d. J., abends 8 Uhr, in den Industrie-
Festsaal, Benthstraße 19/20:

Versammlung

aller bei Fliesenlegern beschäftigten Hilfsarbeiter
Berlins und Umgegend.

Tages-Ordnung: 39/18
1. Der Streik der Fliesenleger und welche Lehren ziehen wir daraus?
Referent: Kollege Georg Heinemann. 2. Wie stellen sich die Fliesenleger-
Hilfsarbeiter zum Anschluss an die Organisation. 3. Verschiedenes.

Pflicht aller bei Fliesenlegern beschäftigten Hilfsarbeiter ist es, in dieser
Versammlung zu erscheinen. Wir erlauben die Fliesenleger, ihre Hilfsarbeiter
auf diese Versammlung aufmerksam zu machen.

Verband der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter.
(Zahlstelle Berlin und Umgegend.) Die Ortsverwaltung.

Socialdemokrat. Wahlverein Charlottenburg.

General-Versammlung

am Donnerstag, den 13. August, abends 8 1/2 Uhr.

Tages-Ordnung:

1. Wahl eines zweiten Vorsitzenden und Schriftführers. 2. Anträge zur
Brandenburg. Provinzialkonferenz und zum Parteitag. 3. Wahl der Dele-
gierten zur Generalversammlung des Kreises. 4. Vereinsangelegenheiten.
Neue Mitglieder werden aufgenommen.

250/15 Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.

Bureau: Engel-Nier 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII, 333.

Donnerstag, den 13. August 1903, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von

Wilh. Koepke, Hermannstraße 27:

Konferenz der Vertrauensleute für Rixdorf.

Da wichtige Dinge zur Beratung stehen, ist das Erscheinen aller
dringend erforderlich.

130/6 Die Ortsverwaltung.

Luftbad Nüpi

am Bahnhof Jungfernheide eröffnet für Herren. 28515*

Arbeiter-Sekretäre gesucht.

Für das am 1. Januar 1904 zu errichtende

Arbeiter-Sekretariat für Leipzig

wird ein erster und ein zweiter Sekretär gesucht.

Bewerber werden ersucht, ihre Gesuche nebst Gehaltsansprüchen bis 10. September
d. J. an A. Diekmann, Leipzig-Nieschönfeld, Eisenbahnstr. 10, III, zu senden.

Restaurant und Café „BELLEVUE“

Rummelsburg am See! Jnh. F. Walterstein & Sohn.

empfehlen sein ca. 5000 Personen fassendes Etablissement zur Abhaltung von
Festlichkeiten. Auch an einigen Sonntagen und Sonntagen. Täglich
grobes Frühstück. Sonntags große Spezialitäten-Vorstellung. Vereins-
zimmer, 2 Regelmäßig, 30 Ruderboote unter elegant. Bedingungen. [21862*

Lassen Sie einen Sohn einsegnen

so kaufen Sie den Anzug bei

Herrmann Schlesinger, Turm-Strasse 85,

Sie haben dadurch die Sicherheit, daß Sie

1. Unter großer Auswahl bequem wählen können.

2. Neue, laubere und haltbare Qualität bekommen.

3. Gutes und beste Stoffe erhalten.

4. Zu unbedingt festen Preisen kaufen.

Jedes dort gekaufte Stück ist den dafür gezahlten

Preis auch wert.

Niemand zahlt mehr, niemand weniger. Kein Vorschlagen,

kein Bieten, Handeln oder Nachhaken, aber:

Billige Preise.

28132*

Billigstes Angebot

in Herren-Stoffen:

Winter-Paletostoffe

mit angeworbenem Futter — hoch-

neu — 3 M. per Meter.

Siehe Schaufenster-Ausstattg.

der Tuchfabrik-Niederlage

Berlin C., Ross-Strasse 2.

Koch & Seeland.

Monatlich

— 10 Mark —

liefern Anzüge,

Paletots

nach Maß.

Per Anse allerbilligste Preise.

Wer selbst Stoff hat, 20 M. an.

Schneidermeister,

Prinzenstr. 55.

J. Tomporowski,

Prinzenstr. 55.

Prinzen-

Str. 41.

Spezialarzt für

[1319]*

Haut- und Harnleiden.

10-2, 5-7. Sonntags 10-12 3-4

Dr. Simmel,

Prinzen-

Str. 41.

Spezialarzt für

[1319]*

Haut- und Harnleiden.

10-2, 5-7. Sonntags 10-12 3-4

Dr. Simmel,

Prinzen-

Str. 41.

Spezialarzt für

[1319]*

Haut- und Harnleiden.

10-2, 5-7. Sonntags 10-12 3-4

Dr. Simmel,

Prinzen-

Str. 41.

Spezialarzt für

[1319]*

Haut- und Harnleiden.

10-2, 5-7. Sonntags 10-12 3-4

Dr. Simmel,

Prinzen-

Str. 41.

Spezialarzt für

[1319]*

Haut- und Harnleiden.

10-2, 5-7. Sonntags 10-12 3-4

Dr. Simmel,

Prinzen-

Str. 41.

Spezialarzt für

[1319]*

Haut- und Harnleiden.

10-2, 5-7. Sonntags 10-12 3-4

Dr. Simmel,

Prinzen-

Str. 41.

Spezialarzt für

[1319]*

Haut- und Harnleiden.

10-2, 5-7. Sonntags 10-12 3-4

Dr. Simmel,

Prinzen-

Str. 41.

Orts-Krankenkasse der Handschuhmacher

und verwandten Gewerbe zu Berlin.

Die in der Generalversammlung vom 1. März d. J. beschlossene neue

Abänderung des Statuts betreffs

Einführung von Lohnstufen, Erhöhung

der Beiträge u. a. ist durch Beschluß

des Bezirksausschusses vom 17. Juni

dieses Jahres und 23. Juli d. J.

genehmigt. Mit Genehmigung des

Herrn Magistratskommissars für die

Orts- und Betriebs-Krankenkassen

treten die die neuen Satzungen von

Montag, den 3. August 1903,

ab in Kraft. 275/11

Druckformulare perfert der Rentant,

Herr Franz Werner, Wulsdorf, 29/30,

Berlin, den 11. August 1903.

Der Vorstand.

H. A.: Herm. Hinz, Vorsitzender.

Restaurant Wilhelmsberg,

Trinkaus' Ball-Salon.

Sonntag, 16., und Montag, 17.,

Erntefest,

wozu Freunde und Bekannte ergebenst

einladet G. Trinkaus. *

Dr. Simmel, Prinzen-

Str. 41.

Spezialarzt für

[1319]*

Haut- und Harnleiden.

10-2, 5-7. Sonntags 10-12 3-4

Dr. Simmel,

Prinzen-

Str. 41.

Spezialarzt für

[1319]*

Haut- und Harnleiden.

10-2, 5-7. Sonntags 10-12 3-4

Dr. Simmel,

Prinzen-

Str. 41.

Spezialarzt für

[1319]*

Haut- und Harnleiden.

10-2, 5-7. Sonntags 10-12 3-4

Dr. Simmel,

Prinzen-

Str. 41.

Spezialarzt für

[1319]*

Haut- und Harnleiden.

10-2, 5-7. Sonntags 10-12 3-4

Dr. Simmel,

Prinzen-

Str. 41.

Spezialarzt für

[1319]*

Haut- und Harnleiden.

10-2, 5-7. Sonntags 10-12 3-4

Dr. Simmel,

Prinzen-

Str. 41.

Spezialarzt für

[1319]*

Haut- und Harnleiden.

Kleine Anzeigen.

Jedes Wort 5 Pfennig. Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Verkäufe.

Restaurations, 7 Jahre bestehend,
Bereitszimmer mit Verein, Regel-
bahnen, sofort zu verkaufen. Schmidt,
Badel-Allee 114. 168*

Parvillotal wegen andern Unter-
nehmens billig zu verkaufen. Schmidt,
Badel-Allee 114. 168*

Bahnhof Wilbau, bei Neuthen,
Hoherlehme, Schwimmbad, Gärten,
süßmilch, hochgelegene prachtvolle Bau-
stellen, gute 20 Acker, ohne An-
zahlung, nur 10 Jahre fest. Vermittler
erhalten 20 Mark Abzugs-
gebühren. Dorndorf, Galtwitz, Hoher-
lehme; Restaurant Carl, Weinberg-
straße 4; Rabermann, Inslerburger-
straße 19. 17738*

Gardinenhaus Große Frankfurter-
straße 9, parterre. 173*

Vorjährige elegante Herrenhosen
aus feinsten Stoffen 9 bis 12 Mark.
Verkauf Sonnabend und Sonntag.
Verkaufshaus Germania, Unter den
Eichen 11. 17188*

Welche Herrenhüte, gute Qualität,
Stück 55 Pfennige. Bessere Sachen
enorm billig. Hutfabrik, Comtoir
Kaiserstraße 25A, früher Barim-
straße 4 und 5. Sonntags geöffnet. *

Teppiche (sehr schöne) in allen
Größen für die Halle des Wertes
im Leipziger Markt, Hadericher
Markt 4, Bahnhof Börse. 93/2*

Dame verkauft Ruchbaum-Bir-
schall, nach neu, Kuchenschiffel, auch
einzelne, Brautleuten bietet sich Ge-
legenheit. Gefascht kann bis Oktober
stehen. Beschäftigung empfohlen, auch
Sonntags. Schönhauser Allee 101/102,
parterre. 1753*

Krankensfahrthüle für Zimmer
und Straße faulisch und leichtwie in
allen Preislagen. Kopp, Hoffer-
straße 95. 92/13*

Teppiche mit Gardinenhosen
niederlage Große Frankfurterstraße 9,
parterre. 173*

Fahrräder, Teilzahlungen, 125
Mark, Anwalddenkmal 148, Schiller-
straße 40. 17638*

Nähmaschinen, alle Systeme,
1,00 wöchentlich, fünfjährige Garantie,
Lieferung sofort. Belle-Alliance-
straße 78. 2145

Nähmaschinen, Zichte bis zehn
Mark, wer Teilzahlung Nähmaschine
kauft oder nachweist. Alle Systeme.
Karte erhalten. Dohert, Jorndorfer-
straße 47. 2075

Nähmaschinen-Geschäft Wasser-
thorstraße 14 liefert ohne Anzahlung,
Abzahlung 1,00 (auch Postkarte). *

Nähmaschinen, gebrauchte,
Bieder-Bülow von 8 Mark an und
Langschiffchen von 10 Mark an.
Bellmann, Gollnowstraße 26 nahe der
Landsbergerstraße. 17238*

Schaufgeschäft, 2000 Mark, ver-
käuflich, Niere 1700 Mark. Wasmuth
Brangelstraße 19, Porzellan-Geschäft. *

Anzüge, Sommerpaletots, wenig
getragene Monatsgarderobe, große
Auswahl, auch neue vorjährige, be-
stellte nicht abgeholt, läuft man
sofort direkt beim Schneidermeister
Häringstraße, Rosenthalerstraße 15, II.

Ringschiffchen, Bobbin, Schnell-
nähler, ohne Anzahlung, Woche 1,00,
gebrauchte 12,00. Köpferstraße 60/61,
Preislauderstraße 59/60 und Große
Frankfurterstraße 43. 1705*

Malzkräftiger, blutbildend, für
Blutarme, Brustkranke, Schwächliche,
Gewichtszunahme, bessere Geschm-
ack, überraschend, 14 Flaschen
3 Mark, 1/2, Lonne 3,50 erhaltene.
Nicht Falschzahl, Qualität ent-
scheidend. Vortier-Kellerer Ringler,
Bernauerstraße 119. 94/20*

Stegdecken billigt Fabrik Große
Frankfurterstraße 9, parterre. 173*

Eingermaschine, gute, 15,00.
Ringsbergerstraße 11 IV, Preis.

Verkauf elegante Wirtschaft Sport-
billig sofort Frau Rodow, Feh-
bellinerstraße 44 I. 2385

Stegdecken, Sportbillig, Fabrik
Weinstraße 20. 1705*

Obst-, Gemüsegeschäft wegen
Krankheit meines Mannes für jeden
Preis zu verkaufen, eventuell die
Einrichtung auch einzeln veräußern.
Fähreres Brangelstraße 86, Eigarren-
geschäft. 172*

Junge Dampfmaschinen zum Anlernen
2 Mark, Vogelhandlung, Winterfeldt-
straße 19, Frommel. 1732

Herrenanzüge, Sommerpaletots,
Bleistift, zurückgekehrt, hoch-
vornehm, verkauft billig Deutsches
Verkaufshaus Jägerstraße 63, 1 Trepp.

Stegdecken! (Selegenscheidt) in
Seidenstoff, Stück 8 M. durchweg 3,75.
Posten elegante Wäsche, 4,50
verkauft Julius Neumann, Belle-
Alliancestraße 105. 18138*

Halbrenner, moderner eleganter
Pan, sehr leichtlaufend, komplett, ganz
billig. Große Frankfurterstraße 14,
im Keller. 1749

SW. Oddestillation, Parvillotal,
verschiedene Zahlstellen, großer Bier-
umlauf, ist wegen anderweitigen Unter-
nehmens zu verkaufen. Offerten unter
H. 6 Expedition des „Vorwärts“.

Die rühmlichste Kellerei wäre nicht
im Stande, so ungeheure Erfolge zu
erzielen, als es Realität und Leistungs-
fähigkeit vermag bei Schlingler,
Lurmsstraße 85. 17918

Gangbare Vorloftgeschäft, Rabe
Büchhof, Krankeitsbäder preiswert
verkauft. Glend, Gollnowstraße 65,
hochparterre. 1719

Abbigebant Lemble verkauft,
50,00, Kaufs, Schliemannstraße 15-
57. 515

Vaneelfosa, Salongarnitur,
Lafagefola, Trumeau, Chaiselongue,
Romanbantenstraße 40 I. 16/4

Brautleuten passende Gelegen-
heit. Junger Mann verkauft ge-
hohe Säulenmischheit Sportbillig.
Garnitur, Säulentrumeau, auch ein-
zelne, umständlicher sofort. Händler
verboten. Bergstraße 2, I. 16/6

Verschiedenes.

Patentbureau Dammann, Koch-
platz 57. 515

Rechtsbureau, Gerichts-
Eingabengeld, Katerteilung, Straf-
sachen, Schenkungen, Brunnenstr. 97.

Unfallkassen-Rechtsbureau Wagner,
Steglicherstraße fünfundsiebzig [17306*

Rechtsbureau, Prozeßbeistand,
Eingabengeld, Katerteilung, Kauf,
Brannenstraße vierzig. 2255*

Rechtsbureau, Gräner Weg vier-
undneunzig (Andreasplatz), Gerichts-
beistand, Alimentensachen, Eingaben-
gelder, Katerteilung, Langjährige
Erfolge! 2025*

Gerichts- und Verwaltungssachen
aller Art. Kanzleirat Schmidt,
Alexandrinstraße 80, I. 184b

Kunsthoferei von Frau Kofodt,
Steinmeyerstraße 48, Duergebäude hoch-
parterre. 1721A*

Nähmaschinenreparaturen wer-
den schnell und billig unter Garantie
in meiner eignen Werkstatt ausgeführt.
E. Bellmann, Gollnowstraße 26, nahe
der Landsbergerstraße. 1721A*